

6/2013

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



STADTGESCHICHTE

Historisches Erbe als Wissensquelle

GENERALSEKRETÄR



Einst und jetzt: Städte sind Wissenszentren!

Städte waren bereits seit der Antike Bevölkerungs- und Handelszentren. Neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung waren Städte auch immer ein Knotenpunkt für Wissen und Innovation. Gerade in unserer heutigen wissensbasierten Gesellschaft leisten Ballungszentren daher einen wichtigen Beitrag. Sie verfügen nicht nur über historische Daten, sondern sind unser kollektives Gedächtnis. Archive ermöglichen die Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur und sind für die Forschung und Bildung unersetzbar. Städte und Gemeinden lernen aus ihrer Vergangenheit und haben großes Interesse daran, ihr historisches Erbe – wie signifikante Bauwerke, kulturelle, politische und wirtschaftliche Traditionen oder auch Urkunden, Akten, Karten, Bilder, Pläne, usw. – zu sichern. Das historische Erbe einer Stadt wiederum bestimmt ihren unverwechselbaren Charakter und ist für ihre BewohnerInnen identitätsstiftend. Auch in Zukunft werden (digitale) Archive und deren frei verfügbare Informationen eine wesentliche Quelle für Wissen und Innovation sein. Und Städte werden einmal mehr die maßgebliche Gestaltung unserer (Wissens-) Gesellschaft prägen!

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

2

Generalsekretär Thomas Weninger

Einst und jetzt: Städte sind Wissenszentren!
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes

3

Bürgermeister Michael Häupl

Lebensqualität braucht Investitionen
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes

4

Aktuelle Meldungen

Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern

8

Ferdinand Oppl

Stadtgeschichte und Stadtgeschichtsforschung
Die Zukunft der Forschung zur Vergangenheit der Städte

10

Andreas Weigl

Wozu Stadtgeschichte?
Stadtgeschichte und Gegenwart sind nicht voneinander zu trennen

14

Peter F. Kramml

Das kollektive Gedächtnis der Städte
Der Arbeitskreis der KommunalarchivarInnen fördert die Kommunikation

16

Katrin Netter

Das vernetzte Wissen
Die Vernetzung zwischen einzelnen Archiven

17

Lukas Morscher

Stadtgeschichte und Öffentlichkeit
Auf Augenhöhe mit den BürgerInnen?

18

Walter Schuster

Archiv und Zeitgeschichte
Die Aufgaben des Archivs einer Gemeinde sind vielfältig

20

Brigitte Rigele

Kernaufgaben der Kommunalarchive
Zur Archivierung von kommunalem Schriftgut

22

Raimund Ločičnik

Mittelalterschätze des Stadtarchivs Steyr
Der Vergänglichkeit entrissen

23

Gregor Gatscher-Riedl

In gemeinsamer Verantwortung für Archive
NÖ verfügt seit dem Vorjahr über ein modernes Archivgesetz

24

Manfred Hummel

Das „Gedächtnis“ einer Stadt
Der Übergang vom analogen zum digitalen Archiv

26

Martin Krenn

Das Archiv im Boden
Eine einzigartige Quelle zur Stadtgeschichte

- 27 *Ronald Risy*
Stadtarchäologie spart Zeit und Geld
Reibungsloser Ablauf von Bauvorhaben und Denkmalschutz
- 28 *Fabian Kanz*
Anthropologie und Archäologie
Das Aufgabengebiet von forensischer und historischer Anthropologie
- 30 *Johannes Luxner*
Neuer Wert für alte Mauern
Längst widmet sich den alten Gemäuern auch die Archäologie
- 32 *Johannes Luxner*
„Eine detektivische Sache“
Das Aufgabengebiet der Genealogie
- 34 *Bernhard Krabina*
Städte in der Wissensgesellschaft
Wissensbilanz – eine Methode für Stadtverwaltungen?
- 36 *Andrea Steffek*
Gedächtnis findet Stadt
Archive sind das öffentliche Gedächtnis eines Landes
- 38 *Johannes Luxner*
1. Stadtregionstag in Graz
Wie Städte kooperieren, um Strukturen mit Qualität zu schaffen
- 40 *Interviews mit Alfred Nagelschmied und Bernhard Fischer*
Zukunft Stadtregionen?
Moderne Strukturen für Städte und Gemeinden
- 63 Finanzen
- 64 Judikatur

PRÄSIDENT

Lebensqualität
braucht Investitionen

Österreichs Städte bieten ihren BewohnerInnen höchste Lebensqualität. Dafür braucht es Investitionen und nicht „Sparen um jeden Preis“. Viele historische Beispiele belegen, dass es wichtig ist, in finanziell schwierigen Zeiten innovative Wege zu gehen. Innovation kann aber nur ermöglicht werden, wenn dazu die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind bzw. geschaffen werden. Etwa durch Kooperationen von Städten und Gemeinden oder neue zukunftsweisende Infrastrukturprojekte. Österreichs Städte brauchen dafür jedenfalls eine starke politische Stimme. Unser Land muss seine Anstrengungen im Bildungsbereich verstärken. Denn Wissenschaft, Forschung und Innovation sind die Bereiche, die unsere Zukunft sichern. Die Zukunft unseres Landes und die Lebensqualität unserer Städte hängt nicht so sehr von den „rauchenden Schornsteinen“, sondern von den „rauchenden Köpfen“ ab.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Ausgabe Nr. 6/2013 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.^a Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Michael Krause, Mag. Roland Preiss, Grafik: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2013: 10 Ausgaben • Cover: Stadt Steyr, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

VERKEHRSBERUHINGUNG IST WICHTIGSTE MASSNAHME GEGEN LÄRM

Am 24. April fand der internationale Tag gegen Lärm statt. 2,7 Millionen Menschen fühlen sich laut aktuellen Umfragen in Österreich durch Lärm in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld beeinträchtigt. Lärm kann psychisch und körperlich krank machen. Maßnahmen gegen Lärmbelastung in Städten sind daher ein wesentlicher Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung.

Der größte Lärmerreger ist dabei der Straßenverkehr. Hier wenden die Städte verschiedenste Maßnahmen an, um den Straßenlärm einzudämmen: von der Errichtung von Lärmschutzwänden über Rückbaumaßnahmen und Grünelemente zur optischen Einengung des Straßenraumes bis hin zur Planung von Umfahrungsstraßen investieren Städte in Lärmverminderung.

Niedrigere Geschwindigkeit hilft Lärm reduzieren



Eine Begegnungszone erlaubt die gemischte Nutzung der gesamten Straßenfläche aller VerkehrsteilnehmerInnen und kann für einzelne Straßenstellen, ganze Straßen oder Gebiete verordnet werden (§ 76 StVO).

Eine Reduktion der Geschwindigkeit von 50km/h auf 30 km/h senkt die Lärmbelastung im Ortsgebiet ähnlich stark wie eine Verringerung des Verkehrsaufkommens um zwei Drittel. Tempo 30 hat auch einen positiven Einfluss auf die Verkehrssicherheit: Die Zahl der Verkehrsunfälle sinkt. „In Graz, wo 1992 eine generelle Tempo-30-Regelung (mit Ausnahme von Vorrangstraßen) eingeführt wurde, sind in den vergangenen 20 Jah-

ren trotz Bevölkerungswachstum die Verkehrsunfälle um 20 Prozent zurückgegangen“, sagt dazu der Grazer Stadtrat Gerhard Rüschi.

Aus einer aktuellen, stichprobenartigen Erhebung des Österreichischen Städtebundes geht hervor, dass die meisten Städte bereits für mehr als die Hälfte ihrer Straßen Tempo 30 verordnet haben und viele Städte planen, ihre Tempo-30-Zonen weiter auszuweiten. Als Hauptgrund wird dabei Verkehrssicherheit angegeben, an zweiter Stelle steht bereits die Lärmreduktion.

„Straßen, in denen Tempo 30 gilt, werden für FußgängerInnen und RadfahrerInnen attraktiver. Vor allem Kinder und ältere Personen profitieren davon. Eine höhere FußgängerInnen-Frequenz bringt den Geschäfts- und Einkaufsstraßen auch erhöhte KundInnenfrequenz. Es gibt wieder mehr Platz für andere Verkehrsarten und eine Umnutzung des öffentlichen Raums für andere Zwecke als den Autoverkehr kann stattfinden“, sagt Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

Neu: Fahrradstraße und Begegnungszone

Seit 1. April 2013 gibt es für Städte und Gemeinden in Österreich die Möglichkeit, Begegnungszonen und Fahrradstraßen nach der Straßenverkehrsordnung (StVO 1960) zu verordnen. St. Pöl-



Mit dem Instrument der Fahrradstraße können ganze Straßen für den Fahrradverkehr priorisiert werden. Dem MIV ist nur das Zu- und Abfahren erlaubt und hat gegenüber dem Fahrradverkehr Nachrang (§ 67 StVO). Die genannten Maßnahmen zur Verringerung des Verkehrslärms wirken sich äußerst positiv auf die Lebensqualität in Wohngebieten aus.

ten, Horn, Judenburg und Linz haben bereits erste Begegnungszonen erfolgreich umgesetzt. In weiteren Städten wie Klosterneuburg, Eisenstadt, Tulln und Wien sind Begegnungszonen in einem fortgeschrittenen Planungsstadium. Die jüngste Befragung des Städtebundes unter seinen Mitgliedern zeigt auf, dass zahlreiche Städte auch Fahrradstraßen geplant oder bereits fertiggestellt haben. Darunter Vösendorf, Tulln oder Neusiedl am See.

„Der Städtebund hat sich erfolgreich für diese Neuerungen in der Straßenverkehrsordnung eingesetzt. Fahrradstraßen und Begegnungszonen fördern eine Temporeduktion des motorisierten Individualverkehrs und tragen so zu einer höheren Verkehrssicherheit bei“, so Thomas Weninger.

Radweg ohne Benützungspflicht (li.), Geh- und Radweg ohne Benützungspflicht



Bank Austria schreibt den höchstdotierten Kunstpreis Österreichs neu aus

Der Bank Austria Kunstpreis wird heuer zum vierten Mal ausgeschrieben. Mit insgesamt 218.000 Euro Preisgeld ist er der höchstdotierte heimische Kunstpreis. Die Ausschreibung richtet sich besonders an Gemeinden, lokale und regionale Kulturinitiativen und kulturinteressierte UnternehmerInnen.

Wie hat sich der Bank Austria Kunstpreis in den vergangenen drei Jahren entwickelt?

Willibald Cernko, Vorstandsvorsitzender der Bank Austria: Nach dem großen Zuspruch im vergangenen Jahr konnten wir auch heuer wieder ganz hervorragende Projekte auszeichnen. Vielfalt und Qualität der Einreichungen zeigen deutlich, wie lebendig die österreichische Kunst- und Kulturlandschaft ist!

Sind aus der Verleihung des Kunstpreises heraus auch nachhaltigere Partnerschaften entstanden, speziell auf regionaler Ebene?

Cernko: Ja, und das freut mich ganz besonders! So hat sich mit dem Literaturfestival Sprachsalz (Preisträger 2011 in der Kategorie „Regional“) eine Kooperation mit der Bank Austria in Tirol entwickelt. Eine weitere sehr schöne Zusammenarbeit ist mit dem Verein exil.arte (Preisträger 2010 in der Kategorie „International“) entstanden: Dieser widmet sich Musikern und Komponisten, die in der NS-Zeit ver-

trieben, verfermt und ermordet wurden. Für ein Konzert im Wiener Musikverein hat unser Premiumpartner Musikverein im Vorjahr den Saal kostenlos zur Verfügung gestellt, die CD zum Konzert wurde dann in den Räumlichkeiten der Bank Austria präsentiert.

Welche Erfahrungen aus 2012 bestätigen das Konzept des Bank Austria Kunstpreises?

Cernko: Für den Bank Austria Kunstpreis 2012 wurden insgesamt 313 Projekte eingereicht – von einer Vielzahl kleinerer Initiativen aus ganz Österreich bis hin zu etablierten Institutionen.

Zu den Preisträgern zählt unter anderem :kult: das neue Mühlfestival, ein neuartiges Festival, das abseits des etablierten Festspielkalenders in Freistadt (OÖ) über die Bühne geht. Ebenfalls ausgezeichnet wurde das Filmfestival Diagonale in Graz, das mit einem Jugend-Projekt speziell Lehrlingen einen selbständigen, kritischen und kreativen Zugang zum Medium Film ermöglicht.



Willibald Cernko,
Vorstandsvorsitzender
der Bank Austria

Wir wollen fördern – auch Sie. Bank Austria Kunstpreis 2013.



Die Bank Austria, einer der führenden Kultursponsoren in Österreich, vergibt 2013 zum vierten Mal den Bank Austria Kunstpreis in vier Kategorien. Der Preis zeichnet innovative Projekte im Kulturbereich sowie herausragende Leistungen im Kulturjournalismus aus.

Die Ausschreibungsfrist läuft noch bis 4. September 2013. Die Ausschreibungsrichtlinien sind auf der Kunstpreis-Homepage der Bank Austria abrufbar: kunstpreis.bankaustria.at. Die Fachjury zur Ermittlung der Preisträgerinnen und Preisträger tritt im November zusammen.

Bank Austria Kunstpreis 2013 – Regional – dotiert mit EUR 70.000,-. Der Preis richtet sich an heimische Kulturinitiativen, die lokale Projekte realisieren. Ziele sind die Förderung und die Stärkung des Kulturlebens und einer entsprechenden Infrastruktur auf regionaler Ebene.

Bank Austria Kunstpreis 2013 – International – dotiert mit EUR 70.000,-.

Der Preis zeichnet heimische Kulturprojekte aus, die sich international behaupten können. Damit soll die Position Österreichs als kreative Kulturnation international gestärkt werden.

Bank Austria Kunstpreis 2013 – Kunstvermittlung – dotiert mit EUR 70.000,-.

Der Preis richtet sich an heimische Kulturprojekte, die eine aktive Auseinandersetzung mit Kulturthemen in der Öffentlichkeit fördern. Ziel ist es, Barrieren abzubauen, möglichst viele Menschen an Kunst heranzuführen sowie Kunst und soziale Anliegen zu verbinden.

Bank Austria Kunstpreis 2013 – Kulturjournalismus – dotiert mit EUR 8.000,-.

Mit diesem Preis werden Kulturjournalistinnen und -journalisten ausgezeichnet, denen es mit herausragenden Beiträgen gelingt, kulturelle Inhalte einem möglichst breiten Publikum niveauvoll nahezubringen.

Premiere: Die Verleihung des Welser Jugendawards mit der Siegerin Hanna Herceg.



JUNGE WELSERINNEN UND WELSER ERHIELTEN JUGENDAWARD

Am Donnerstag, 16. Mai fand die Verleihung des Jugendawards der Stadt Wels durch Bürgermeister Dr. Peter Koits und Jugendreferentin Silvia Huber statt. Dabei durfte sich Hanna Herceg über die Siegerprämie von 1.500 Euro freuen. Die Gewinnerin wurde von der aus Mag. Martina Märzinger-Strossier, Mag. Werner Retzl und Klaus Krobath bestehenden Jury für ihre modischen Recycling-Kreationen (siehe Bild) mit dem ersten Platz ausgezeichnet.

Der Sonderpreis in der Höhe von 750 Euro wurde als Anerkennungspreis auf drei Einreichungen aufgeteilt: 350 Euro gingen an die Neue Mittelschule 2 Pernau (für die Einreichung ihrer selbst hergestellten Weihnachtskrippen); jeweils 200 Euro erhielten Edith Haim (für eine selbstverfasste Kurzgeschichte) sowie Barbara Oppelt (für das Entwerfen eines Bildes und einer Skulptur). „Die eingereichten Projekte waren von sehr hoher Qualität

und beweisen, wie kreativ und begabt unsere Jugendlichen sind“, zeigten sich Bürgermeister Dr. Koits und Stadträtin Huber über die PreisträgerInnen erfreut.

Die erstmalige Verleihung des Jugendawards war übrigens der Startschuss für die Weiterführung des Projekts unter dem neuen Namen „Projekt Perfekt - der Unterstützungsfonds der Stadt Wels für kreative und qualitativ hochwertige Projekte an Welser Schulen“. Die nunmehr geltenden Richtlinien sehen vor, dass Schulen im Anlassfall um Unterstützung für aktuelle Projekte ansuchen können. Die Einreichungen werden dann von der weiterhin bestehenden Jury bewertet. „Mit dieser Neuausrichtung möchten wir originelle Schulprojekte finanziell unterstützen und somit die Arbeit der Lehrkräfte erleichtern und die Motivation der Schülerinnen und Schüler erhöhen“, meinten Koits und Huber abschließend.



JUGENDFORUM STARTET IN WIENER NEUSTADT

MegaFon, die Jugendplattform der Stadt Wiener Neustadt, lud am 7.5.2013 um 18 Uhr im SUB Wiener Neustadt (Singerasse 6-8) erstmals zum offiziellen Jugendforum! „Wir bieten allen Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren die Möglichkeit, das Leben in der Stadt aktiv mitzugestalten“, erklärte Jugendbeauftragter Christoph Gausch. Damit geht das Jugendforum direkt an die Wurzel jugendlicher Themen und ruft zu einer großen BürgerInnenbeteiligung auf. Das Jugendforum greift die Idee des gesellschaftspolitischen megaFon-Schulprojekts „Youth Flash“ erneut auf und bietet nicht nur SchülerInnen die Möglichkeit, über jugend- und stadtrelevante Themen zu sprechen, sondern lädt alle interessierten Jugendlichen aus dem Stadtgebiet Wiener Neustadts explizit dazu ein. „Alle wollen immer überall mitreden. Hier ist die Chance dazu!“, ergänzt Stefan Kumnig von megaFon. „Wir möchten offen und transparent mit der Jugend dieser Stadt ins Gespräch kommen und genau wissen, was sie interessiert und woran man gemeinsam arbeiten kann. Das Jugendforum ist einzigartig in dieser Stadt und wir hoffen natürlich, dass viele Jugendliche die Chance für sich nutzen werden“, so Kumnig weiter. Beim ersten Treffen diskutierten die Jugendlichen über ihre Themen. Die daraus resultierenden Hauptthemenbereiche werden in drei Folge-terminen ausgearbeitet. Gemeinsam wird danach an der Realisierung der Ideen gearbeitet. Begleitet wird dieser Prozess durch junge, geschulte ModeratorInnen.

Infos: <http://megaFon-wn.at/jugendforum-wiener-neustadt>

BURGENLÄNDERIN SIEGT IN PORTUGAL



Ida Kasper (Schülerin im evangelischen Gymnasium Oberschützen) hat bei der Schul-Weltmeisterschaft im Orientierungslauf in Portugal zwei Mal Bronze und im Teambewerb Gold erreicht. Bürgermeister Georg Rosner gratulierte der Schülerin mit einem Blumenstrauß und Kinogutscheinen zu ihrem sportlichen Erfolg.

MIT SICHERHEIT EINE DER SAUBERSTEN SEITEN IM NETZ:

Besuchen Sie uns auf unserer neuen Website: www.hollu.com



Der Spezialist für Sauberkeit, Hygiene und Wohlbefinden.

Julius Holluschek GmbH · A-6170 Zirl · Salzstraße 6 · Tel. +43 5238 52800-0 · www.hollu.com

www.diewilltenkaiser.com

BEZAHLTE ANZEIGE

Leistung auf Abruf



Jetzt das einzigartige Auto-Connect-Mähwerk im Wert von 5.460,-*

KOSTENLOS



- 44 PS
- Turbolader
- 3-Zylinder Dieselmotor
- Hydrostat-Getriebe mit 2-Pedal-Automatik
- Servolenkung
- 33 km/h Höchstgeschwindigkeit
- Differentialsperre
- Ölgelühlte Scheibenbremsen
- Allradantrieb

*Unverbindlich empfohlener Verkaufspreis in Euro inkl. aller Steuern und Abgaben. Angebot gültig solange der Vorrat reicht.

www.johndeere.at
Tel. 02782/83 222

BEZAHLTE ANZEIGE

Stadtgeschichte und Stadtgeschichtsforschung

Dass Städte auf Interesse, zumal auf historisches Interesse stoßen, setzt zunächst voraus, dass solche existieren und sich die Gesellschaft ihrer als ganz spezifische Lebensform bewusst ist. Dies ist im europäischen Kulturkreis seit der Antike der Fall und hat mit dem Aufkommen des mittelalterlichen Städtewesens deutlich an Konturen gewonnen.

Ferdinand Oppl, ehemaliger Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Der in urbanen Räumen lebende Teil der mittlerweile auf mehr als sieben Milliarden Menschen angewachsenen Weltbevölkerung ist heute in einem permanenten Prozess der Ausweitung begriffen. Lebten 1950 noch etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung auf dem Land, so war 2006 bereits für mehr als die Hälfte der Menschheit die Stadt ihr Lebensraum.

Der Wunsch, über die eigene Vergangenheit wie die Entwicklung des persönlichen Lebensumfeldes genauer Bescheid zu wissen, gehört zum Grundverhalten des Menschen. Übertragen auf die aktuelle Situation der Lebensräume, weist bereits diese Überlegung ganz markant in Richtung eines erhöhten Interesses an Stadtgeschichte. Wissenschaftliche Stadtgeschichtsforschung hat seit dem 19. Jahrhundert – anfangs geprägt von einer juristisch-rechtshistorischen Annäherung an das „Phänomen Stadt“ – einen Aufschwung genommen. Dies ist durchaus auch in Verbindung mit dem auf die Stadt konzentrierten Fokus der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung seit dieser Epoche zu sehen. Ebenfalls schon vor 1900 greifbar, im 20. Jahrhundert dann ungemein stark ausgebaut, war und ist das Bemühen zur Erarbeitung von Grundlagenwerken, von Editionen städtischer historischer Überlieferungen bis hin zu Sammel- und Überblickswerken. Erst die Verfügbarkeit derartiger Materialien – Sammlungen städtischer Urkunden, von Rechnungsbüchern oder von chronikalischen Überlieferungen, aber auch von Veröffentlichungen, in denen die historische Entwicklung vieler Städte nach einem ver-

gleichbaren Raster (Erstnennung, Befestigungen, wirtschaftliche Einrichtungen des Handels- und Gewerbelebens, usw.) erschlossen wird – macht es möglich, Vergleiche zwischen verschiedenen Städten anzustellen.

Zukunft der Stadtgeschichtsforschung

Zu einer Verankerung dieser vergleichenden Stadtgeschichtsforschung als universitäre Disziplin ist es bislang noch nicht gekommen, doch widmen sich ihr im deutschen Sprachraum eine Reihe von wissenschaftlichen Vereinen und Gesellschaften. Für Deutschland ist dabei auf das Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster/Westfalen, den Südwestdeutschen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung oder auch das Deutsche Institut für Urbanistik (DifU) zu verweisen. In der Schweiz bildet der Schweizerische Arbeitskreis für Stadtgeschichte eine maßgebliche Basis. In Österreich war Stadtgeschichtsforschung durch viele Jahrzehnte sowohl bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als auch bei der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft mit eigenen Kommissionen bzw. Instituten angesiedelt. Bis heute aktiv ist der 1969 gegründete Österreichische Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung, dessen Sitz im Jahr 2011 zum Österreichischen Städtebund nach Wien gewandert ist. Über die Ländergrenzen hinausreichend, existieren gleichfalls einschlägige Gesellschaften bzw. Kommissionen auf dem Gebiet der Erforschung von städtischer Geschichte, darunter die Internationale Kommission für Städtegeschichte, die 1955 auf dem

Internationalen Historikerkongress in Rom gegründet, oder die European Association for Urban History, die 1989 mit Unterstützung der Europäischen Union ins Leben gerufen worden ist.

Moderne Präsentation notwendig

An der Veröffentlichung der bereits angesprochenen Grundlagenwerke haben sich in Österreich sowohl die Akademiekommision mit den Bänden des „Österreichischen Städtebuchs“ (seit 1968, nach Bundesländern gegliedert; leider nicht vollständig) als auch in einer Art von wissenschaftlichem „joint-venture“ die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, der Österreichische Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung und das Wiener Stadt- und Landesarchiv mit dem Österreichischen Städteatlas (insgesamt liegen Atlasmappen für mehr als 60 Städte vor!) beteiligt. Archive wie vergleichbare Einrichtungen (Bibliotheken, Museen) spielen bei der Erforschung bzw. der Präsentation und Aufbereitung der jeweils eigenen Stadtgeschichte eine wichtige Rolle. Sie sind die bedeutendsten Promotoren auf diesem Felde, und jede/r an der Geschichte der eigenen Stadt interessierte Bürger/in wird dort vielfach Antworten auf seine/ihre historischen Fragestellungen oder auch Hinweise und Tipps zu deren Klärung erwarten dürfen. Historische Veröffentlichungen zu Einzelstädten haben ja eine lange Tradition, und diese Traditionen leben bis heute fort, wobei insbesondere aus Anlass von Stadtjubiläen „Stadtgeschichten“ größeren Umfanges vorgelegt werden. Und selbst in Zeiten von Finanzkrisen und schwer gebeutelten öffentli-



Reproduktionen von
Original-Kupferstichen aus
Georg Matthäus Vischer,
Topographia Archiducatus
Austriae Inferioris
Modernae. 1593–1672,
und aus dem NÖ Archiv.

chen Haushalten gehört es trotz allem beinahe zum „politischen Benimm-Code“, dass man runde Jubiläen auch mit historischen Ausstellungen und entsprechenden Veröffentlichungen begeht.

Attraktives aus der Stadt

Stadtgeschichte ist freilich viel mehr als die Geschichte der einen oder der anderen Stadt. Sie ist zu einer historischen Teildisziplin geworden, die sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur äußerst aktiv und flexibel, sondern auch wirklich innovativ zeigt. Ohne hier ins Detail zu

gehen, so möge doch darauf hingewiesen werden, dass gerade auch an der Erforschung von Klein- und Kleinstädten zusehends wissenschaftliches Interesse besteht. Neue Forschungsperspektiven in Form sogenannter „turns“ (etwa des „pictorial“ und des „spatial turn“) haben uns vielfach gelehrt, altbekannte Phänomene neu zu bewerten oder auch Neues in der historischen Bedeutung zu erkennen. In Summe: Stadtgeschichtsforschung ist – auch beim Publikum – beliebt, ja vielfach ein „Renner“. Sie setzt sich mit dem historischen Werden des eigenen, vertrauten

Lebensraumes auseinander; sie bietet mit ihren wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen nicht selten Entscheidungshilfen, und dies sogar aus der Sicht gegenwärtiger Städteplanung und Politik; sie trägt über die Vermittlung des Unterrichts gerade auch für Kinder und Jugendliche entscheidend zum besseren Verständnis der das eigene Leben prägenden Strukturen bei; sie hilft, der städtischen wie der übrigen Bevölkerung urbanes Lebensgefühl und damit den Lebensrahmen der Gegenwart ungleich besser begreifbar zu machen. ■

INFOS:

www.uni-muenster.de/Staedtegeschichte/index.html (Institut für vergleichende Städtegeschichte, Münster/Westfalen)
www.stadtgeschichtsforschung.de (Südwestdeutscher Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung)
www.stadtgeschichte.ch (Schweizerischer Arbeitskreis für Stadtgeschichte)
www.stadtgeschichtsforschung.at (Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung)

Wozu Stadtgeschichte?

Es ist nunmehr bereits zwei Jahrzehnte her, dass uns der amerikanische Historiker Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ prophezeit hat.¹ Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ und das Ende der Sowjetunion schienen ein neues Zeitalter, eine „pax americana“ einzuläuten. Ebenso wie das vorgebliche Ende der Geschichte kam in den 1990er-Jahren in Fachkreisen die Stadtgeschichtsforschung ins Gerede. Wozu noch Stadtgeschichte, wenn Stadt und Land in Megacities zu großen Agglomerationen zusammenwachsen, Stadtzentren und Stadtgrenzen nicht mehr wahrnehmbar, und Lebensformen zwischen Stadt und Umland nicht mehr unterscheidbar sind?

Andreas Weigl, Vorsitzender des Österreichischen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung

Diese aus einer globalen Perspektive formulierte These beschäftigte nicht nur HistorikerInnen, sondern auch StadtplanerInnen, ArchitektInnen und StädtebauerInnen in Europa. Der stetig voranschreitende Suburbanisierungsprozess ließ tatsächlich US-amerikanische Verhältnisse in der näheren Zukunft vermuten. Für die Stadtgeschichtsforschung hieß das, dass ihr sozusagen ihre Verbindung zur Gegenwart und damit letztlich ihr Forschungsobjekt verloren zu gehen drohte. Heute wissen wir, dass die Geschichte keineswegs an ihrem Ende angekommen und die europäische Stadt allen Suburbanisierungstendenzen zum Trotz keineswegs zum Sterben verurteilt ist. Im Gegenteil: Prognosen lassen global eine weitere demographische Verdichtung der Zenträume und Entleerung der peripheren Zonen in den nächsten Jahrzehnten erwarten. Auch die letzten regionalen Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria bestätigen diesen Trend für Österreich. Aber nicht nur das: Was die Entwicklung der Agglomerationsräume anlangt, halten sich europäische Städte nicht an globale Trends. Ihre Stadtzentren sterben nicht aus und das Flächenwachstum der Agglomerationen bleibt in gewissen – auch historisch-administrativ und topographisch vorgegebenen – Grenzen.

Aber was hat das alles mit Stadtgeschichte zu tun? Mehr als ein erster Eindruck vermuten lässt. Der Eigensinn der europäischen Stadt hat nämlich tiefe historische Wurzeln, die bereits vor rund 100 Jahren auch den Sozialwissenschaftler Max Weber zu einer großen These mit Bezug auf die Frage, warum denn gerade in Europa die

industrielle Revolution eingesetzt hatte und welche zentrale Rolle dabei die Städte gespielt hatten, veranlasste. Weber kam zu dem Schluss, dass es sich eben um einen sehr eigenständigen, historisch einmaligen, genuin europäischen Weg der europäischen Stadt gehandelt hat, der im Hochmittelalter seinen Anfang nahm und bis heute spürbar ist.

Image und Tourismus

Diese Erkenntnis hat bis heute wichtige Konsequenzen für Stadtpolitiken und die damit verbundenen administrativen Strukturen. Vordergründig wird dies bei der Feier von Stadtjubiläen, bei der Planung historischer Ausstellungen, in der Tourismuswerbung und im Stadtmarketing erkennbar. Es zählen nun einmal das „Goldene Dachl“ in Innsbruck, das Mozarthaus in Salzburg, die Rattenberger Altstadt und das Schloss Schönbrunn in Wien – um nur einige Beispiele zu nennen – zu den größten Tourismusmagneten, was nicht heißen soll, dass nicht auch moderne Akzente in der „Stadtkulturpolitik“ im weiteren Sinn wichtige Impulse für den Städtetourismus und für Stadtimages sein können. Als durchaus positive Beispiele sind etwa in diesem Zusammenhang die rezenten europäischen Kulturhauptstädte Graz und Linz zu nennen. Dennoch ist es wohl kein Zufall, dass beispielsweise eine Stadt wie Wiener Neustadt mit ihrem historischen Ehrentitel „Die Allzeitgetreue“ wirbt und damit auf einen für Nicht-ExpertInnen kaum bekannten „Städtemarker“ setzt.

Die Bedeutung der Ergebnisse der Stadtgeschichtsforschung für Planungsprozesse

und Strategien der Gegenwart geht jedoch, und das wird selten bewusst, über den Bereich der Kultur- und Wissenschaftspolitik weit hinaus. Sie betrifft etwa die Stadtgestalt, die Demographie und die damit verbundenen sozialpolitischen Aufgaben der Städte und nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik.

Die Berücksichtigung der historisch gewachsenen Stadtgestalt hat gerade in europäischen Städten für rezente Altstadtsanierungs-, aber auch Stadterweiterungsprojekte zentrale Bedeutung. Wie etwa für die Wiener Gründerzeitviertel zutreffend festgestellt wurde, lassen sich adäquate Restrukturierungspläne, die vorhandene Qualitäten nutzen und nicht zerstören wollen, nicht ohne genaue Kenntnis der historischen Entwicklung dieser Stadtteile umsetzen. Sind solche Initiativen erfolgreich, können sie nicht nur zur Wohn-, sondern auch insgesamt zur Standortqualität erheblich beitragen. Ignorieren sie das ursprüngliche Konzept, führen sie zur Verödung von Geschäftszeilen und fördern auch im dichtverbauten Stadtgebiet „Schlafstädte“.²

Die Ökonomie der Stadt

Aber nicht nur die Baugeschichte hat ihre Bedeutung für aktuelle Planungen, auch jene der Stadtökonomie. Gegenwärtig assoziiert man mit Wirtschaftsgeschichte vielleicht Erinnerungen an den großen Bankencrash und die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre: Bezüge, die spätestens seit dem Krisenjahr 2008 immer wieder hergestellt und auch analytisch benutzt wurden. Letztlich wesentlich bedeutender für die Erarbeitung langfristiger Konzepte

in der urbanen Wirtschaftspolitik ist jedoch die in den Wirtschaftswissenschaften nach 1989 gewonnene Erkenntnis: „history matters in the long run“. Analysen haben gezeigt, dass die sogenannte Pfadabhängigkeit von Wirtschaftsstandorten ganz beträchtlichen Einfluss auf die wirtschaftliche „Performance“ der letzten beiden Jahrzehnte gehabt hat. Das trifft insbesondere auf Städtenetzwerke zu. Wenn sie mit Leben erfüllt werden sollen, dann bedarf es gerade in Europa zumeist einer historischen Basis. Außenwirtschaftsbeziehungen, deren Stabilität auf ökonomischer und mentaler „Nähe“ von Räumen gründet, spielen dabei eine wichtige Rolle. Allen Unkenrufen zum Trotz erfüllt beispielsweise der Wirtschaftsstandort Wien seine angestrebte Drehscheibenfunktion zwischen West- und Osteuropa seit zwei Jahrzehnten mit erheblichem Erfolg. Die von manchen in den Raum gestellte Hauptstädtekonkurrenz innerhalb (Ost-) Mitteleuropas hat dem Standort keineswegs geschadet. Von Wien und anderen österreichischen Städten aus agierende Unternehmen im Bereich überregionaler

Dienstleistungen bauten zu einem nicht zu unterschätzenden Anteil auf ihre historisch gewachsene, manchmal auch familiengeschichtlich fundierte Kenntnis von Mentalitäten, von Räumen auf und stießen dabei auf Partner in den Nachbarländern und darüber hinaus, denen diese traditionellen Verbindungslinien nicht fremd waren. Allein ein Blick auf die Warenaußenhandels- und die Investitionsstatistik belegt diese Zusammenhänge ganz deutlich. Im Jahr 2010 ging rund ein Viertel der Warenexporte Wiener Unternehmen nach Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Damit hat sich genau jene außenwirtschaftliche Vernetzung wieder eingestellt, die eine simulierte Extrapolation auf Basis des Jahres 1928, also vor der Weltwirtschaftskrise, unter durchgängig marktwirtschaftlichen Bedingungen hätte erwarten lassen. Auch überregionale Dienstleistungen belegen die Pfadabhängigkeit der außenwirtschaftlichen Beziehungen im Donauraum, der mittlerweile rund 11 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union erwirtschaftet. Und es sind an der Donau gelegene Städte

wie Regensburg, Linz, Wien, Bratislava, Budapest und Belgrad, die die wichtigen Knotenpunkte in diesem Wirtschaftsraum bilden. Die rezent im Fluss befindliche „Donauraum-Strategie“ soll diesen Prozess weiter vertiefen.³

Migrationsforschung

Ein anderes Feld der Stadtgeschichtsforschung, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder in Analysen explizit oder implizit angesprochen wurde, ist die historische Migrationsforschung. Bekanntlich sind Städte langfristig betrachtet nicht durch sich selbst, also die Geburtenbilanz, sondern in erster Linie durch Zuwanderung gewachsen. In der scheinbaren Beschaulichkeit der geopolitischen Randlage Österreichs bis 1989 ist dieses Faktum scheinbar bis zu einem gewissen Grad in Vergessenheit geraten. Die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“, die EU-Integration und verstärkte globale Migrationsbewegungen haben es jedoch wieder in Erinnerung gebracht. Wenn sich Städte aber wieder verstärkt, wie schon in der Habsburgermonarchie, durch Zuwanderung defi-



Ein Beispiel für gelungene Stadtvermarktung:
Das „Goldene Dachl“ in Innsbruck zählt zu
den größten Tourismusknoten.

Wiener Neustädter Stadttore: Neunkirchner Tor und Wiener Tor; Ölgemälde, Lilienfeld, Zisterzienserkloster.



nieren, dann stellt das eine bedeutende Herausforderung für die urbane Sozial- und Wirtschaftspolitik dar. Gleichzeitig bietet aber eine engagierte Integrations- und Diversitätspolitik auch viele Chancen, die Standortqualität im internationalen Städtewettbewerb zu verbessern. Schul- und Universitätsstädte wie Graz, Klagenfurt, Leoben, Linz, Salzburg, Innsbruck und Wien sind von dieser alten/neuen demographischen Lage besonders betroffen.

Die historischen Bezüge von Migrationsbewegungen sind vielfältig. So gibt es eine enorme Kontinuität hinsichtlich jener Stadträume, die von ArbeitsmigrantInnen seit etwa eineinhalb Jahrhunderten bewohnt werden. Das reicht vom Linzer Stadtteil Kleinmünchen über das Grazer Bahnhofsviertel bis zum Wiener Gürtel. Auch hinsichtlich differentieller Segregationsprozesse zwischen den einzelnen großen MigrantInnengruppen gibt es auffällige historische Parallelen: Während diese bei StadtbewohnerInnen mit türkischem Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch sind, sind sie bei ex-jugoslawi-

ischem Hintergrund erheblich geringer und unter den ostmitteleuropäischen ZuwandererInnen sehr gering. Das erinnert an das Segregationsmuster der ausgehenden Monarchie, in der die Segregation der jüdischen MigrantInnen sehr hoch, die der MigrantInnen aus den böhmischen Ländern jedoch vergleichsweise gering war. Nun bestehen zwischen den Migrationsbewegungen in der ausgehenden Habsburgermonarchie, der sogenannten Gastarbeiterwanderung und den rezenten Migrationen natürlich auch zahlreiche Unterschiede. Dennoch lässt sich aus der älteren und jüngeren Migrationsgeschichte einiges über die Bedeutung von Migrationsnetzen, erfolgreichen und nicht erfolgreichen Integrationsstrategien, und über die Beziehungen von „Einheimischen“ und „Fremden“ lernen. Zum Beispiel, dass Migrationsströme nicht nach einfachen push- und pull-Modellen funktionieren, wie das noch in der Gegenwart in vielen sozialwissenschaftlichen Lehrbüchern behauptet wird. Es sind eben nicht unbedingt Menschen aus den ärmsten Regionen, die in österreichische Städte wan-

dern, sondern jene, die über Netzwerke, Informationen und nicht zuletzt angespartes Reisebudget verfügen. Die Kenntnis der historischen Migrationsforschung ist daher mehr als bloße Folklore und Gegenstand nostalgischer Rückblicke.

FAZIT

Stadtgeschichte und städtische Gegenwart sind gerade in Europa nicht voneinander zu trennen. Es ist Aufgabe der Stadtgeschichtsforschung, diese langen Verbindungslinien zu verdeutlichen, und Aufgabe interdisziplinärer Stadtforschung, die Ergebnisse der Stadtgeschichtsforschung in die Konzepte miteinzubeziehen und diese Konzepte EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung zu vermitteln. ■

¹ Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1993.

² Renate Banik-Schweitzer, Wien. Post-Fordistische Gesellschaft in unterschiedlichen Städtebaupologien. In: Renate Banik-Schweitzer, Eve Blau (Hg.), *Urban Form. Städtebau in der post-fordistischen Gesellschaft*, Wien 2003, 137–158.

³ Vgl. dazu Andreas Weigl, Wien und der Donauraum. Ein wirtschaftshistorischer Überblick. In: *Perspektiven 2010* Heft 5-6, 38–49.

Viele Gemeinden
haben ähnliche Probleme.



Wir helfen, sie
zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

Das kollektive Gedächtnis der Städte

Das Österreichische Archivregister verzeichnet mehr als 300 Stadt- und Gemeindearchive. Der Arbeitskreis der KommunalarchivarInnen im Rahmen des Österreichischen Städtebundes fördert die Kommunikation unter den ArchivarInnen und deren fachliche Weiterbildung. Das Hauptziel ist die Bewusstseinsbildung bei den Kommunen. Denn jedes Kommunalarchiv ist das kollektive Gedächtnis einer Gemeinde.

Peter F. Kramml, Leiter des Stadtarchivs Salzburg, Vorsitzender des Arbeitskreises der österreichischen KommunalarchivarInnen

Im Rahmen der österreichischen Archivlandschaft sind die Kommunalarchive zahlenmäßig die größte, aber auch heterogenste Gruppe unter den verschiedenen Archivsparten. In dem vom Österreichischen Staatsarchiv geführten „Archivregister“ sind aktuell 333 Stadt-, Markt-, Gemeinde- und Gemeindearchive verzeichnet: fast zwei Drittel davon befinden sich in Ober- und Niederösterreich. Hinzu

kommen im Aufbau befindliche Kommunalarchive, die im Archivregister noch nicht erfasst sind, sodass deren Gesamtzahl noch höher anzusetzen ist.

Der Organisationsgrad dieser Archive, die personelle, räumliche und technische Ausstattung sowie die Bestände und deren Erschließungsstandards sind höchst unterschiedlich, schließlich spannt sich der Bogen der Kommunalarchive vom Wiener Stadt- und zugleich Landesarchiv über die Archive der Landeshauptstädte bis hin zu Einrichtungen kleiner Gemeinden. Daher ist auch das Bild des „Kommunalarchivs“ äußerst vielschichtig. Im letzten Jahrzehnt erfolgte eine starke Professionalisierung. Es wurden den modernsten Erfordernissen entsprechende Archivneubauten (wie in Salzburg und Wels) realisiert und durch fast flächendeckende Archivgesetze der Länder wurde das kommunale Archivwesen auf eine gesetzliche Basis gestellt. Die Archivierung des Kommunalarchivgutes gehört damit zu den gesetzlich verankerten Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Hauptamtliche geführte Archive und neue Kooperationsformen

Bei der personellen Ausstattung stellt die hauptamtliche Betreuung durch fachlich ausgebildetes Personal noch immer die Ausnahme dar und beschränkt sich auf die größeren Kommunalarchive. Neue Wege der Gemeindegemeinschaften beschränkten 24 Vorarlberger Gemeinden im Bregenzerwald. Gemein-

sam beschäftigen sie im Archivverbund eine hauptamtliche Archivarin. Ein Modell mit Vorbildcharakter angesichts der Notwendigkeit professioneller Arbeit bei immer knapper werdenden Ressourcen. Die überwiegende Zahl der Kommunalarchive wird von Gemeindebediensteten betreut und eine ebenfalls nicht zu unterschätzende Anzahl ehrenamtlich geführt. Dies bedeutet, viele Kommunalarchive sind Einfrau- bzw. Einmann-Betriebe, in denen oft nur ein Teil der Gesamtarbeitszeit dem Archiv zugutekommt.

Lediglich die größeren Archive sind organisatorisch als eigene Dienststellen der jeweiligen Verwaltungen aufgestellt, während der überwiegende Teil in organisatorischer Verbindung mit den lokalen Museen oder Kulturämtern steht bzw. dem jeweiligen Stadt- oder Gemeindeamtsleiter unterstellt ist. Auch lokal begründete Kombinationen – wie die Verbindung von Stadtarchiv und Stadtarchäologie in Hall in Tirol oder jene mit der Stadtstatistik in Salzburg – kommen vor. Aber auch Vereine sind mit der Führung historischer Archive betraut, wie etwa in Enns oder Steyr.

Fortschreitende Professionalisierung

In den letzten eineinhalb Dezennien erfolgte auch bei der Führung der kommunalen Archive eine fortschreitende Professionalisierung. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hat der 1996 im Rahmen des Österreichischen Städtebundes gegründete Arbeitskreis der österreichischen KommunalarchivarInnen, dessen Hauptziele neben der Bewusstseinsbildung bei den einzelnen Kommunen, Archive zu führen bzw. einzurichten, auch die Förderung der Kommunikation der ArchivarInnen untereinander und insbesondere deren fachliche Fort-



Der Lesesaal des Stadtarchivs Salzburg.



Aktenfaszikel in einem Kommunalarchiv.

und Gemeinden

bildung sind. Die jährlich stattfindenden Tagungen des Arbeitskreises haben sich durch praxisbezogene Themenstellungen – wie etwa Archivbau, Archiv und EDV, etc. – als Fortbildungsveranstaltungen etabliert. Die Zahl der TeilnehmerInnen hat stetig zugenommen. Ein Höhepunkt war 2011 in Waidhofen an der Ybbs mit rund 80 KommunalarchivarInnen erreicht. Der jährliche Wechsel der Tagungsorte innerhalb Österreichs und die Abhaltung an Wochenenden haben sich bewährt und ermöglichen auch nebenamtlichen ArchivbetreuerInnen eine Teilnahme. Über die Website des Städtebundes werden Materialien zur Verfügung gestellt und wichtige Termine kommuniziert.

Auch der Verband der Österreichischen Archivarinnen und Archivare (VÖA) hat sein Aus- und Weiterbildungsprogramm ausgebaut und vermittelt in einem „Grundkurs für Archivarinnen und Archivare“ die Grundkenntnisse der Archivarbeit, um auch jene fachlich zu qualifizieren, die ein Archiv verantwortlich betreuen oder in einem Archiv mitarbeiten, jedoch über keine Fachausbildung verfügen – und gerade dies trifft auf viele kleinere Kommunalarchive zu. Einige Bundesländer halten zudem eigene Archivtage ab, die das Spektrum an fachlicher Beratung erweitern.

Historisches Archiv, Zwischenarchiv und Registratur

Auch die Bestände der Stadt- und Gemeindearchive sind inhaltlich und vom Umfang her heterogen und reichen von wenigen Archivkartons bis zu Akten auf kilometerlangen Regalböden. Manche Einrichtungen sind ausschließlich historische Archive, z. T. werden diese gemeinsam mit Museen geführt oder sind als Deposita in Landesarchive ausgelagert. Einige Gemeinden haben Zwischenarchive eingerichtet, in denen das Schriftgut bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist verwahrt wird, andere verfügen über keine älteren Bestände (mehr) und verwahren in ihren Registraturen das noch laufend benötigte Verwaltungsschriftgut. Historisch wertvolle Bestände und das aktuelle Verwaltungsschriftgut der Kom-

munen (bis hin zu den nun anfallenden elektronischen Beständen) dürfen jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Die Grenzen sind letztendlich fließend und das Registraturgut von heute ist – nach entsprechender Bewertung – das Archivgut von morgen. Archive können ihrer Aufgabe als Gedächtnis einer Stadt oder einer Gemeinde nur dann gerecht werden, wenn auch bereits in der Gegenwart verantwortungsvoll mit dem kommunalen Schriftgut umgegangen und für dessen mögliche spätere Archivierung vorgesorgt wird. Dies gilt insbesondere auch für elektronische Akten und deren Langzeitarchivierung sowie das gesamte digitale Erbe. Gerade in diesem Bereich ist die Kompetenz der ArchivarInnen im Bezug auf Verwaltungsabläufe und Records-Management eine wichtige Ressource.

Kollektives Gedächtnis der Kommune und modernes Kompetenzzentrum

Das Kommunalarchiv ist das kollektive Gedächtnis einer Gemeinde. Seine vielfältigen Aufgaben – Sammeln, Bewahren und Erschließen der Quellen, Forschen und aktive Vermittlung der Geschichte einer Kommune – machen es zum Dienstleister für die gesamte Verwaltung und für alle BürgerInnen. Stadt- und GemeindearchivarInnen müssen über äußerst vielschichtige Kenntnisse verfügen, spannt sich der Bogen der Quellen doch von mittelalterlichen Pergamenturkunden über rechtlich noch relevante Verträge bis hin zu modernsten Datenbanken. Es wird von ihnen erwartet, zu jeder Epoche der Gemeindegeschichte und zu jedem Jubiläum die fachliche kompetente Ansprechperson zu sein. Die Vermittlung der Geschichte erfolgt nicht nur mit Vorträgen, Publikationen und Ausstellungen, sondern auch durch Internetauftritte und moderne Medien. Die Kundinnen und Kunden er-



Kurbelregalanlage im Stadtarchiv Wels.



Ein Blick in den Speicher.

warten Fachauskünfte und Archivmaterial meistens umgehend, hochwertig und natürlich auch digital. Kommunalarchive haben sich daher auch als Forschungseinrichtungen und moderne Kompetenzzentren etabliert. ■

INFOS:

AK Kommunalarchive:
www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/kommunalarchive

VÖA: www.voea.at

Österreichisches Archivregister:
www.oesta.gv.at/site/5172/default.aspx

Ausstellungseröffnung im
Vorarlberger Landhaus,
12. März 2013. Titel:
„Nachlässe – Schätze
aus den Archiven“.
Teilnehmende Archive:
Bildstein, Bregenz,
Bregenzewald, Dornbirn,
Feldkirch, Hard, Lech,
Montafon, Klosters, Nenzing, Rankweil,
Wolfurt und das
Vorarlberger
Wirtschaftsarchiv.



Das vernetzte Wissen

Wie sinnvoll die Vernetzung zwischen einzelnen Archiven ist und welche Möglichkeiten gemeindeübergreifende Kooperationen im Archivbereich eröffnen, zeigen zwei Vorarlberger Beispiele: der Arbeitskreis Vorarlberger Kommunalarchive (AVK) und das Bregenzewald Archiv (BWA).

Katrin Netter, Leiterin Bregenzewald Archiv

Ein Archiv für 24 Kommunen

Das Bregenzewald Archiv existiert bereits seit den 1980er-Jahren, war aber zunächst eine private Sammlung des Heimatpflegevereins Bregenzewald. Jahrzehntlang vom Vereinsmitglied und Heimatforscher Werner Vogt betreut, waren seine Inhalte an dessen Interessen ausgerichtet. Dementsprechend enthielt die Sammlung vornehmlich Abschriften und Regesten von Akten aus anderen Archiven, die für seine Flurnamenforschungen Relevanz hatten. Originale waren nur in geringem Umfang und als Schenkungen aus Privatbesitz vorhanden. Dies änderte sich, als die Regionalentwicklung Bregenzewald Ende 2008 das Archiv übernahm und hauptamtlich mit einer Archivarin besetzte. Die Regionalentwicklung ist ein politischer Verein aller 24 Kommunen der Region. Erst durch diesen Träger eröffneten sich neue organisatorische Möglichkeiten. Mittlerweile ist das Archiv ein klassisches Kommunalarchiv, an das die 24 Kommunen der Region seit Jänner 2010 auf Basis einer Verwaltungsgemeinschaft ihre Akten nach Ablauf einer Frist von 50 Jahren abgeben. Nach fünf Jahren trägt die Aufbauarbeit nun insofern Früchte, als noch heuer die Einrichtung professioneller,

klimatisierter Archivräumlichkeiten in der Standortgemeinde Egg umgesetzt wird. Eine Person allein kann die anfallende Arbeit nicht bewältigen. Unterstützung erhält die Archivarin durch ein in den letzten beiden Jahren in der Region aufgebautes Netz an kommunalen AnsprechpartnerInnen, die sich insbesondere um die Sammlung von Fotos und privatem Schriftgut in den einzelnen Orten bemühen. Sie werden im Umgang mit den Akten geschult und gemeinsam mit ihnen werden historische Vermittlungsprojekte umgesetzt.

Eine Dachorganisation der Vorarlberger Kommunalarchive

2011 haben sich die Vorarlberger Kommunalarchive zu einem regionalen Arbeitskreis unter dem Dach der im Rahmen des Österreichischen Städtebundes organisierten Österreichischen KommunalarchivarInnen zusammengeschlossen. Sein primäres Ziel ist es, die Kommunalarchive in der Öffentlichkeit bekannter zu machen: Durch gemeinsame Projekte, Fortbildungen und Veranstaltungen, die regelmäßige

Treffen erforderlich machen, wird dem Einzelkämpfertum der Archivarinnen und Archivare in kleineren Institutionen entgegenengewirkt und der Kontakt untereinander verbessert. Seit 2011 nimmt der Arbeitskreis jährlich an der „Langen Nacht der Museen“ teil. Die zu diesem Zweck konzipierte Ausstellung steht jedes Jahr unter einem anderen Thema und zeigt den BesucherInnen die Vielfalt der in den Archiven gelagerten Bestände. Die Ausstellung geht in der Folge auf Wanderschaft und wird immer sowohl in den verschiedenen Regionen des Landes als auch im Vorarlberger Landhaus gezeigt. Das große mittelfristige Ziel des Arbeitskreises ist die Einführung einer einheitlichen Datenbanklösung in allen Kommunalarchiven, an deren Umsetzung nun schon längere Zeit gearbeitet wird.

Rund die Hälfte der 96 Vorarlberger Kommunen hat ein betreutes Archiv. Für den Erfolg der Initiative spricht, dass sich mittlerweile die Mehrheit aller haupt- oder ehrenamtlich arbeitenden Archivarinnen und Archivare aus diesen Archiven im Arbeitskreis organisiert hat. ■

INFOS: www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/kommunalarchive, www.bregenzewaldarchiv.at

Auf Augenhöhe mit den BürgerInnen?

Stadtgeschichte und Öffentlichkeit

Das Bild, das in der Öffentlichkeit von einem (Kommunal-)Archiv besteht, ist ein klischeebehaftetes: Staubig, altmodisch und uninteressant. Zu recht? Und vor allem: Was kann man dagegen tun?

Lukas Morscher, Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck

Das Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck versucht seit vielen Jahren, die Innsbruckerinnen und Innsbrucker für die Stadtgeschichte und somit auch für das Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck zu interessieren.

Ein für diese Institution bedeutender Schritt für die öffentliche Wahrnehmung ist die Rubrik „Innsbruck vor hundert Jahren“ in der monatlichen städtischen Postwurfszeitung „Innsbruck informiert“. Eine Medienanalyse hat ergeben, dass etwa 80 Prozent der LeserInnen dieses Mediums diesen Beitrag lesen. Das ist mit Abstand der begehrteste Artikel. Wie funktioniert das? Aus den Tageszeitungen des jeweiligen Monats vor einhundert Jahren werden interessante/lustige/stadthistorisch relevante & kuriose Artikel ausgesucht und mit Fotos aus den Beständen des Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck „garniert“. Es vergeht kein Monat, an dem nicht mehrere Rückmeldungen (und oft auch kleine „Erbschaften“) einlangen.

Eine andere Möglichkeit ist beispielsweise das – sehr kostengünstige – Anfertigen von Postkarten mit Motiven zur Stadtgeschichte aus den hauseigenen Beständen. Diese Karten können unter anderem im Rathaus als Kurzbriefe Verwendung finden („Anbei die gewünschte Kopie“). Eine

subtile Form der Werbung. Bei Absender wie bei Empfänger ...

Voraussetzung für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ist der stetige Ausbau einer elektronischen wie postalischen Adressdatenbank. Nur wer seine Kunden kennt, kann auch seine Arbeit verkaufen.

Ein unersetzlicher Klassiker der Öffentlichkeitsarbeit bleibt das Inserat. Bei der Unmenge von eingehenden Inseratsangeboten sind die Fragen nach dem Wo? Wie? Wann? genauestens zu prüfen.

Stadtgeschichte und Medien

Die Herausgabe bzw. Unterstützung von Büchern zu besonderen stadthistorischen Themen ist Aufgabe einer Kommune. Diese Schriften würden meist ohne dieser Hilfe nicht erscheinen. Umso wichtiger ist diese Form der Kulturpflege. Sie wird aber nur wahrgenommen, wenn sie auch in einer adäquaten Veranstaltung präsentiert wird. Bei einem Buch, von dem man eine überdurchschnittliche Verbreitung erwartet, sollte unbedingt ein „Star“ als Präsentator engagiert werden. Je nach der Verfügbarkeit der Mittel sollte man prüfen, welcher – sonst unbezahlbare – „Star“ ohnehin in der Region ist. Das senkt den Preis. Ein „Star“ hat den Vorteil, dass sowohl die Medien dem Buch besondere

Aufmerksamkeit widmen und somit mehr Platz einräumen, aber auch, dass neue Bevölkerungskreise auf das Buch und das Archiv aufmerksam werden. Auch wenn einmal eine Veranstaltung nicht ganz den Erwartungen entspricht, ist diese Schiene der Öffentlichkeitsarbeit eine sehr zeitgemäße. Das Mehr an Medienresonanz überwiegt stets das Honorar eines wohlbekannten Präsentators.

Mehr Events

In der heutigen Zeit sind Veranstaltungen „vor Ort“ – wo immer das auch sein mag – besonders gefragt. Lesungen in Schulen, Erzählcafés in Altersheimen, Events in Banken und Stadtwerken sind nur der erste Schritt. Wenn man einmal einen gewissen KundInnenkreis aufgebaut hat, kann man weitere Experimente wagen. Hier ist die Einladung die Visitenkarte des Hauses. Nur eine professionelle Einladung lädt zu einer professionellen Veranstaltung. Das gilt für solche auf Papier wie für solche per E-Mail.

Besonders gewarnt werden soll zum Schluss noch vor den sozialen Netzwerken! Es schaut natürlich sehr „zeitgeistig“ aus, wenn das „f“ von Facebook auf den Drucksorten prangt. Allein, wenn die elektronischen Auftritte nicht laufend – mindestens wöchentlich! – aktualisiert werden, ist das meistens kontraproduktiv. Man ist schlichtweg uninteressant. Also: Nicht *mehr* versuchen, als man wirklich bewältigen kann. Das Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck hat diese Schiene schließlich eingestellt.

Das wichtigste Kapital jedes Kommunalarchivs sind und bleiben engagierte MitarbeiterInnen, die mit kleinem Budget für den feinen Unterschied sorgen. ■



Der Lesesaal des
Stadtarchivs Innsbruck.

Archiv und Zeitgeschichte

Die Aufgaben des Archivs einer Gemeinde sind vielfältig. Erwartet werden Dienstleistungen für Politik und Verwaltung wie das Evidenthalten und Recherchieren wichtiger Unterlagen sowie das Gewährleisten von Rechtssicherheit. Außerdem ist das Archiv das Gedächtnis einer Kommune, wie das Beispiel des Archivs der Stadt Linz zeigt.

Walter Schuster, Leiter des Archivs der Stadt Linz

Zeitgeschichtliche Quellen

Trotz der Schwerpunktsetzung auf Mittelalter und frühe Neuzeit stellte bereits in den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts das, was man später „Zeitgeschichte“ nennen sollte, einen besonderen Arbeitsschwerpunkt des Linzer Stadtarchivs dar. Man setzte auf Dokumentationsmaterial inklusive audiovisueller Medien: was damals noch belächelt wurde, galt doch alles, was nicht behördliches Registraturgut war, als Archivgut minderer Bedeutung. Neben frühen Oral-History- und Ausstellungsprojekten wurden ab den Sechzigerjahren für das jährlich vom Archiv herausgegebene „Historische Jahrbuch der Stadt Linz“ systematisch Beiträge ausgewählt, die kulturgeschichtliche, alltagsgeschichtliche, aber auch politische Themen aus den allerletzten Jahrzehnten zum Inhalt hatten.

Projekt „Nationalsozialismus in Linz“

Unter diesen Rahmenbedingungen wurde das Archiv der Stadt Linz in den 1990er-Jahren die zentrale Schnittstelle zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Stadt Linz. Gemeinsam mit externen ExpertInnen wurde ein Konzept erstellt, das die wissenschaftliche Bearbeitung zahlreicher Themenbereiche vorsah. Am 19. September 1996 beschloss der Linzer Gemeinderat einstimmig das Projekt „Nationalsozialismus in Linz“, dessen Leitung beim Archiv lag.

Nicht weniger als 50 Autorinnen und Autoren (darunter drei aus den USA) trugen in insgesamt sechs Publikationen mit 4.000 Seiten zum Gesamtwerk bei. Die Resonanz in der Fachwelt und in der medialen Öffentlichkeit war gewaltig und fast einhellig positiv: 133 Artikel in Printmedien wie „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Profil“, „Presse“, „Standard“ und

in regionalen Medien sowie 78 Besprechungen in historischen Fachzeitschriften widmeten sich den Planungen und Ergebnissen der Forschungsarbeit. Das wissenschaftliche Hauptwerk des Projekts, die 2001 vorgestellte zweibändige Publikation „Nationalsozialismus in Linz“, war mit über 2.000 verkauften Exemplaren ein besonderer Erfolg.

Provenienzforschung

Im September 1998 beauftragte der Bürgermeister das Archiv, die Sammlungsbestände der Neuen Galerie der Stadt Linz (heute Lentos Kunstmuseum) einer Prüfung zu unterziehen. Der im Jänner 1999 der Öffentlichkeit vorgestellte Bericht des Archivs war nicht nur die Basis für weitergehende Forschungen, sondern bot die Grundlage für die Übergabe zweier wertvoller Gemälde an die Erben der ursprünglichen jüdischen Eigentümer. In einigen weiteren Fällen waren es die Recherchen des Archivs, die es der Provenienzforschung ermöglichten, konkrete Hinweise für eine Identifizierung zu liefern.

Weitere Forschungsprojekte

Der Erfolg und die positive Resonanz der vorangegangenen Aktivitäten bestärkten die politischen EntscheidungsträgerInnen, den eingeschlagenen Weg – die verstärkte Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte – fortzusetzen. Im März 2003 beschloss der Linzer Gemeinderat mit dem wissenschaftlichen Projekt „Linz im 20. Jahrhundert“ ein weiteres großes Forschungsvorhaben, das dem Archiv der Stadt Linz übertragen wurde. Der zweibändige wissenschaftliche Sammelband zu „Linz im 20. Jahrhundert“, der Anfang 2011 präsentiert werden konnte, stieß offenbar gerade wegen seiner unterschiedlichsten Themenstellungen und Aspekte –

die vom „Mythos Voest“ über die Volksdeutschen in Linz bis zu den Auswirkungen der 68er-Bewegung in Linz reichten – auf großes Interesse in der Öffentlichkeit.

Obwohl das Projekt „Linz im 20. Jahrhundert“ noch nicht abgeschlossen war, gab der Gemeinderat im Juni 2009 den Auftrag, „Linz 1918–1938“ einer eingehenden wissenschaftlichen Betrachtung zu unterziehen. Die Liste an Aufträgen für historische Forschungen reicht bis in die allerjüngste Vergangenheit: Das Archiv soll gemeinsam mit dem Linzer Frauenbüro ein Projekt zur Geschichte der Frauen in Linz durchführen.

Straßenbenennungen und Denkmäler

Mit der Zeitgeschichte steht die Aufgabe des Archivs der Stadt Linz in Verbindung, Vorschläge für die Benennung von Verkehrsflächen auszuarbeiten. Umgekehrt ist das Archiv auch die erste Anlaufstelle, um eine Stellungnahme zu vermeintlich oder tatsächlich problematischen Benennungen früherer Zeiten abzugeben.

Dieselbe Aufgabenstellung betrifft Denkmäler: Vorschläge für Inschriften von neu errichteten Gedenktafeln und Denkmälern sowie Stellungnahmen zu als bedenklich empfundenen Denkmälern und Gedenktafeln werden von den politischen EntscheidungsträgerInnen und der Öffentlichkeit immer häufiger nachgefragt.

Vermittlung von Zeitgeschichte

Die Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Projekte des Archivs der Stadt Linz wurden und werden neben wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Büchern in Ausstellungen, Vorträgen, Veranstaltungsreihen (gemeinsam mit der Volkshochschule), Videos und im Internet präsentiert.



Eine Auswahl der zeitgeschichtlichen Publikationen des Archivs der Stadt Linz.



Die Ausstellungen über „Linz einst und jetzt“ erfreuen sich besonders großer Beliebtheit.



Die als Wanderausstellungen konzipierten Ausstellungen zu zeitgeschichtlichen Themen werden auch in Schulen gezeigt.



Die zeitgeschichtlichen Vorträge im Ars Electronica Center locken auch jüngeres Publikum an.

Bei den Publikationen waren es vor allem die Bildbände, die – gespeist aus den reichhaltigen Fotobeständen des Archivs – in der Öffentlichkeit die größte Aufmerksamkeit erzielten. Nach der Buchreihe „Linz-Bilder“, die die Geschichte von Linz von 1848 bis zur Gegenwart dokumentierte, war es die Serie „Linz einst und jetzt“, die sich zum regelrechten Verkaufsschlager gestaltete: In drei Bänden wurde jeweils auf einer Doppelseite einer historischen Stadtaufnahme eine aktuelle Fotografie aus derselben Perspektive gegenübergestellt.

Das Archiv nutzt für die Wissensvermittlung hochmoderne Präsentationsformen, wie sie etwa der „Deep Space“ des Linzer Ars Electronica Center bietet: Auf 16 mal

9 Metern Projektionsfläche werden historische Fotos und Dokumente von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs fachgerecht kommentiert und einem – verglichen mit durchschnittlichen historischen Vorträgen – zahlreichen Publikum präsentiert.

Angeichts der Bedeutung der Zeitgeschichte für die Stadt Linz ist es nicht überraschend, dass dieser Thematik in dem neuen, im Jänner 2013 beschlossenen Linzer Kulturentwicklungsplan (KEP) breiter Raum gewidmet wird.

Der Mehrwert der Archive

Das Archiv der Stadt Linz konnte sich durch die permanente Anforderung, zeitgeschichtliche Fragestellungen zu beant-

worten und Forschungsvorhaben zu initiieren, als Kompetenzzentrum für Zeitgeschichte profilieren. Diese Ausrichtung steht in der Tradition von Kommunalarchiven in Deutschland und Österreich, die von ihren Archivträgern als Spezialisten für Geschichte und – in den letzten Jahrzehnten vermehrt – Zeitgeschichte angesehen wurden und werden.

Da die Präsentation von Zeitgeschichte dort auf Akzeptanz und positive Resonanz stößt, wo sie auf der systematischen und methodisch korrekten Auswertung von Quellen basiert, können Archive und die einschlägig ausgebildeten Archivarinnen und Archivare mit ihrem fachspezifischen Know-how einen besonderen Beitrag leisten. ■

Kernaufgaben der Kommunalarchive

Die zahlreichen Kommunalarchive Österreichs erfüllen eine wichtige Aufgabe für ihre Gemeinde und für die Gesellschaft. Erst durch die Archivierung von kommunalem Schriftgut wird sichergestellt, dass für alle Interessierten eine Einsicht in Dokumente und Unterlagen aller Art zur eigenen Geschichte möglich ist und dass regionale wie überregionale Forschung zu neuen Erkenntnissen gelangen kann.

Brigitte Rigele, Direktorin des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Das Archiv ermöglicht aber nicht nur das persönliche wie das kollektive Erinnern, es bewahrt auch gemäß seiner ursprünglichen Funktion Dokumente (Verträge) zur Sicherung von Rechtsansprüchen auf, wobei die Echtheit und Glaubwürdigkeit dieser Dokumente durch das Archiv gewährleistet wird.

Hauptzweck der Archivierung ist heute, den Zugang zu den dauernd aufzubewahrenden Informationen der Gemeinde – sei es für amtliche, rechtliche oder wissenschaftliche Zwecke – zu ermöglichen. Die passenden Schlagworte zu dieser Aufgabe der Archivierung sind: bewerten, übernehmen, erhalten bzw. speichern, erschließen, such- und nutzbar machen.

Auswahl – Bewertung

Da zumindest bei größeren Gemeinden aufgrund der großen Mengen an jährlich anfallenden Behördenunterlagen nicht alles in das Archiv übernommen werden kann und soll, gehört es zu den Kernaufgaben der Archivare und Archivarinnen, die angebotenen Unterlagen – in welcher Form auch immer, digital oder analog – zu bewerten und über ihr weiteres Schicksal – dauernde Aufbewahrung im Archiv oder Entsorgung – zu entscheiden. „Archivwürdig“, so der Fachausdruck, sind Unterlagen, die aufgrund ihrer rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bedeutung sowie für das Verständnis von Ge-

schichte und Gegenwart von bleibendem Wert sind oder die aufgrund von Rechtsvorschriften dauernd aufzubewahren sind.

Meist können die Entscheidungen in Absprache mit der abgebenden Stelle getroffen werden. Manchmal ist das Material so alt, dass niemand mehr darüber Auskunft geben kann und umfangreichere Recherchen über die Herkunft notwendig sind. Bei aktuellen Unterlagen, spätestens bei elektronischen Unterlagen erweisen sich Akten- und Skartierungspläne als sinnvoll und notwendig. Werden hier die Systematik der Protokollierung, die Aufbewahrungsfristen und die archivische Bewertung festgelegt, hilft dies der Effizienz der Verwaltung und der Archivierung.

Ohne Ordnung kein Finden

Nach der Übernahme von Archivgut wird das angelieferte Material auf Vollständigkeit und mögliche Schäden überprüft. Bei Bedarf muss die ursprüngliche Ordnung erkannt und müssen Ordnungsarbeiten durchgeführt werden. Nur wenn klar ist, nach welchen Kriterien das Archivgut geordnet ist, lassen sich Unterlagen auch wieder finden. Archive mit wenigen Beständen haben damit naturgemäß geringere Probleme als größere Archive.

Die historischen Sitzungsprotokolle des Wiener Gemeinderats von 1867 bis 1871.



Wiener Stadt- und Landesarchiv



Das Archiv sichert das historische Wissen für die zukünftigen Generationen.

Zur Bestandserhaltung gehört die Sicherung und Erhaltung der authentischen Quellen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Umsetzung von schadensvermeidenden Maßnahmen wie Temperatur- und Feuchtigkeitskontrollen im Depot sowie Schutz der Archivalien durch Entfernung von Metallteilen und Lagerung in säurefreien Papierumschlägen und Kartons.

Erschließen, Suchen und Finden

Damit das Archivgut von allen genutzt werden kann, sind die notwendigen Informationen dazu möglichst einfach zugänglich zu machen: das heißt, es gehört erschlossen. Die Erschließungsarbeiten sind bei Archivalien höchst aufwendig und zeitintensiv, denn die Unterlagen sind komplex und die Zusammenhänge gehören dokumentiert (z. B. von Protokollen, die zu Akten führen, die wiederum Fotos oder Pläne enthalten). Internationale Standards stehen für die Beschreibung

von Archivgut zur Verfügung. Moderne Archive sind nach dem sogenannten Provenienzprinzip (=Herkunftsprinzip) aufgebaut, die Aktenbestände sind daher nicht nach Themen und Fragestellungen geordnet, sondern nach abgebender Stelle (z. B. Bauabteilung, Kulturabteilung) erfasst. Elektronische Archivinformationssysteme lösen heute vielerorts Suchkarten und Findbücher ab und erleichtern die Suche. Sie ersparen allerdings nicht die aufwendige Eingabe der Erschließungsdaten.

Digitale Quellen – digitale Langzeitarchivierung

Seit einiger Zeit eröffnet sich für viele Kommunalarchive ein völlig neuer und komplexer Aufgabenbereich, gilt es doch die heute entstehenden elektronischen Unterlagen für die Zukunft zu sichern. Da bereits in vielen Gemeinden die Informations- und Kommunikationstechno-

logie die Geschäftsprozesse unterstützt, stellt sich die Frage nach der digitalen Langzeitarchivierung. Im Gegensatz zum Papierakt muss bei elektronischen Systemen und Unterlagen meist schon bei der Anlage entschieden werden, ob eine Löschung oder eine Archivierung am Ende des Lebenszyklus der Daten stehen soll. Es kann nicht früh genug begonnen werden, sicherzustellen, dass auch die elektronischen Unterlagen (elektronische Akten, Datenbanken, Bilder, Filme, eventuell E-Mails, etc.) lesbar und verstehbar bleiben. Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsschaffung bei den aktenproduzierenden Stellen gewinnen für die Archive diesbezüglich an Bedeutung. Dabei bildet nicht die Speicherung der Daten, sondern die Bewertung und Auswahl der erhaltungswürdigen Daten sowie die Erhaltung ihrer Lesbarkeit die große Herausforderung für die Gemeinde und ihr Archiv. ■

Der Vergänglichkeit entrissen:

Mittelalterschätze des Stadtarchivs Steyr

Vor fünf Jahren traf der Steyrer Stadtarchivar Raimund Ločičnik im Zuge der Jahrestagung der KommunalarchivarInnen in Salzburg bei einer Führung auf den Archivrestaurator Christian Moser. Weil Kommunikation zu Ločičniks ureigensten Eigenschaften gehört, nahm er sich ein Herz und sprach die Möglichkeit einer Zusammenarbeit an. Mittlerweile ist daraus ein Projekt entstanden, welches Steyrs ältere Geschichte vor dem Untergang bewahrt.

Raimund Ločičnik, Leiter des Stadtarchivs Steyr

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das reichhaltige Steyrer Stadtarchiv etwa zwei Jahrzehnte lang halbwegs gut neu geordnet und geführt. Nach und nach versandeten dann aber die Aktivitäten und es wurde still um Steyrs Geschichte. Ausgelöst durch die 1000-Jahr-Feier im Sommer 1980 wurde der lange „Dornröschenschlaf“ des Stadtarchivs Steyr für kurze Zeit unterbrochen und durch eine Aufbruchseuphorie abgelöst. Doch schon 1985 endete diese Phase wieder, weil „weder ausreichend Geld noch Personal zur Verfügung gestellt wurde“, wie sich der damalige Kulturamtsleiter erinnert. Es dauerte genau 15 Jahre, bis der – einstmals zu den bedeutendsten Archiven Österreichs zählenden – Institution wieder Leben eingehaucht werden konnte.

Sicherung des Bestandes

Mit der Gründung des Vereins „Freunde der Geschichte der Stadt Steyr und der Eisenwurzen“ im Jahr 2000 gelang Raimund Ločičnik ein Neustart mit einer Basis-Subvention und einigen engagierten Vorstandsmitgliedern. Mit dem Erlass eines Landesarchivgesetzes für Oberösterreich (2003) wurde neben der Öffnung und Erschließung des Archivs auch dem Zustand und der Erhaltung der Archivalien großes Augenmerk geschenkt. Dabei zeigte sich, dass ein Teil des Bestandes von rasantem Verfall bedroht war.

In Kooperation mit dem Stadtarchiv Salzburg wurde ein Notfallplan erstellt, um unter fachlicher Leitung und Gesamtkoordination des Salzburger Archivrestaurators Mag. Christian Moser Bucheinbände

und Pergamenturkunden durch eine private Firma restaurieren zu lassen und danach konservatorisch optimal zu lagern. Steyrs Kulturamtsleiter Dr. Augustin Zineder sorgte für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel aus dem ordentlichen Haushalt der Stadt.

Fachgerechte Restaurierung

Die bis ins 13. Jahrhundert zurückreichenden Bestände, darunter die wertvolle Urkundensammlung, wurden in den letzten Jahren fachgerecht restauriert. Der Salzburger Buchbindermeister Bernhard Dannbauer brachte hierbei seine handwerklichen Fähigkeiten ein und mit der Steyrer Restauratorin Julia Kaltenberger wurde zusätzlich eine Spezialistin ins Boot geholt, die mit einem von Salzburg entliehenen Vakuum-Saugkasten den gesamten Archivalienbestand einer Oberflächenreinigung unterzog.

Im Zuge der Archivtagung des österreichischen Städtebundes am 12./13. April 2013 in Steyr konnte der Salzburger Archivleiter Dr. Peter F. Kramml gemeinsam mit Mag. Christian Moser dem Stadtoberhaupt der „Eisenstadt“, Gerald Hackl, ein besonderes Geschenk überreichen: Die Urkunde mit der Nummer 1, ausgestellt am 23. August 1287, mit der Bestätigung sämtlicher Privilegien der Stadt durch Herzog Albrecht I., die als Spitzenstück in der Restaurierungswerkstätte des Hauses der Stadtgeschichte Salzburg restauriert worden war. ■



Urkundenübergabe (v.li.): Raimund Ločičnik, Bgm. Gerhard Hackl, Peter Kramml, Christian Moser.

NÖ: Gemeinden und Land in gemeinsamer Verantwortung für Archive

Archive sind jener Raum, in dem die Geschichtsforschung und die Hinterlassenschaft des Verwaltungshandelns aufeinandertreffen. Umso erstaunlicher erscheint es daher, dass dem Archivwesen in der Gesetzgebung bisher nur sehr wenig Beachtung geschenkt wurde. Das Land Niederösterreich verfügt seit dem Vorjahr über ein modernes und praxisnahes Archivgesetz, das den kommunalen Anforderungen weiten Raum widmet.

Gregor Gatscher-Riedl, Leiter des Archivs der Marktgemeinde Perchtoldsdorf

Ein mitteleuropäischer Vorreiter in der Archivgesetzgebung auf teilstaatlicher Ebene war seit 1925 der Schweizer Kanton Genf. Später zogen verschiedene andere Kantone nach und 1989 wurde das Archivwesen im Freistaat Bayern gesetzlich geregelt. Die Republik Österreich erließ für ihren Wirkungsbereich 1999 das Bundesarchivgesetz – parallel dazu begannen auch in den Ländern diesbezügliche Überlegungen zu reifen.

Mit 1. Jänner 2012 ist das niederösterreichische Archivgesetz in Kraft getreten. Zum ersten Mal erhält damit nicht nur das Landesarchiv in St. Pölten eine gesetzliche Grundlage für sein Wirken, sondern auch die Gemeinden und Gemeindeverbände wurden in die Verantwortung genommen und die Rolle der Kommunalarchive klar definiert.



Festschreibung der kommunalen Verantwortung

Die Erhaltung der archiwwürdigen Unterlagen der niederösterreichischen Gemeinden und Gemeindeverbände liegt vor allem auch in deren eigenem Interesse. Deshalb wurde die grundsätzliche Verpflichtung zur Archivierung festgeschrieben. Dieser Archivierungspflicht kann von den Gemeinden auf unterschiedliche Weise nachgekommen werden. In erster Linie besteht die Möglichkeit, Kommunalarchivgut selbst zu archivieren. Die Gemeinden und Gemeindeverbände können dafür vorzugsweise die Organisationsform „Gemeinde- bzw. Stadtarchiv“ wählen, um die Bestandslagerung und -nutzung sicherzustellen.

Die Landesregierung soll nicht nur als Aufsicht fungieren, sondern die Gemein-

den und Gemeindeverbände in organisatorischer und fachlicher Hinsicht unterstützen. Die Gemeinden sind ihrerseits berechtigt, Kommunalarchivgut dem Landesarchiv anzubieten und zu überlassen. Dem Landesarchiv und den Gemeinden soll durch diese Regelung die Möglichkeit gegeben werden, im Sinne einer nachhaltigen Sicherung von Beständen mit überregionaler Bedeutung für beide Seiten eine vertretbare Lösung zu erreichen. Zwar geht dadurch das Eigentum am Archivgut auf das Land Niederösterreich über, für die Gemeinde ist dadurch aber die Sicherstellung von besonders wertvollen Unterlagen für die nachfolgenden Generationen gewährleistet. Wird vom Landesarchiv in begründeten Fällen Kommunalarchivgut in Form von Depotgut ohne Eigentumsübergang lediglich verwahrt, ist vertraglich

eine Kostenregelung festzulegen. In organisatorischer Hinsicht ist von den Gemeinden eine Benutzungsordnung für das Gemeindearchiv zu erlassen. Die Bekanntgabe einer mit den Agenden des kommunalen Archivgutes betrauten Person, die ebenfalls im neuen Gesetz enthalten ist, erfolgt durch den Bürgermeister bzw. im Falle von Gemeindeverbänden durch deren Obmann. Mit dem Gesetz wurde auch die Sicherstellung des Datenschutzes und der Schutzrechte der im Archivgut genannten Betroffenen umgesetzt. So wurde das Recht der im Archivgut genannten Personen auf Auskunft und Gegendarstellung bei unrichtigen Inhalten normiert, und die Festlegung von Schutzfristen – ab deren Ablauf Einsicht in das Archivgut genommen werden kann (Freigabe zur Nutzung nach 30 Jahren) – bestimmt. ■

Das „Gedächtnis“ einer Stadt

Der Übergang vom analogen zum digitalen Archiv ist in vollem Gang und stellt für die Kommunen eine große Herausforderung dar.

Manfred Hummel, freier Journalist

Kommunale Archive sind das „Gedächtnis“ einer Stadt. Neben Bauwerken und historischen Gegenständen besteht das historische Erbe unter anderem aus Urkunden, Akten, Karten, Bildern, Plänen, etc. Inzwischen sind digitale Unterlagen dazu gekommen. „In ihrer Gesamtheit bestimmen sie das unverwechselbare kulturelle Erscheinungsbild einer Kommune und schaffen die Grundlage dafür, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihr identifizieren und sie zu der ihren machen können“, heißt es in einem Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städte- tag (www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de). Je intensiver die Beziehung zur eigenen Heimat, desto größer die Bereitschaft zum Engagement in Vereinen oder im Gemeinderat. „Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wohin er geht“, hat der ehemalige deutsche Bundespräsident Theodor Heuss einmal gesagt. Um dieses Gedächtnis vor „Schwund“ zu bewahren, sollten sich die Gemeinden aktiv um ihre Archive kümmern. Das geistige Erbe gilt es aber nicht nur zu erhalten, sondern auch an die BürgerInnen zu vermitteln. Archive haben einen Bildungsauftrag. Bisher war die Einsicht in kommunale Archive ein schwieriges Unterfangen. Meist verschafften sich nur HeimatforscherInnen und WissenschaftlerInnen Zugang zu verstaubten Folianten und vergilbten Urkunden. Durch die Benutzung litt das Archivgut. Oft lieferten Karteikarten die Übersicht über die verborgenen Schätze. Das Internet hat die abgeschiedene Welt der Archive radikal verändert – und erweitert. Auf einmal kann sich ein lokales Archiv weltweit präsentieren. Jede/ Jeder Interessierte kann zu jeder Zeit und an jedem Ort auf dem Globus Einsicht auch in Dokumente der Verwaltung nehmen. Vorausgesetzt, sie sind digitalisiert und stehen ohne Sperre im Netz.

Herausforderung Digitalisierung

Kleinere Kommunen stellt die Digitalisierung ihres Schriftgutes vor enorme technische und finanzielle Herausforderungen. Allgemeine Angaben über Systeme und Kosten lassen sich angesichts der bunten Fülle nicht machen. Neben der Anzahl der BenutzerInnenlizenzen spielt u.a. der Umfang der externen Dienstleistung eine wesentliche Rolle. In der Wirtschaft besitzen etwa 30 Prozent der Unternehmen keine professionellen Lösungen für die Archivierung von Daten. Auch in mancher Stadtverwaltung mögen zwar Schlüsselabteilungen mit einem Digitalen Datenmanagement-System (DMS) und Vorgangsbearbeitungs-System (VBS) arbeiten, aber andere Referate speichern ihre Unterlagen noch immer nach Gutdünken im Windows Explorer ab. Oder sie arbeiten mit den guten alten Handakten, die ein Bote zwischen den Abteilungen hin und her trägt.

Das Ziel: Weniger Papier

Dabei ließen sich durch die digitale Archivierung Zeit (schneller Zugriff) und Kosten (deutlich weniger Papier, geringerer Raumbedarf) einsparen. Auch interne Arbeitsabläufe lassen sich trotz stagnierender finanzieller Ressourcen optimieren. Unter digitaler Archivierung versteht man eine datenbankgestützte, langfristige und sichere Aufbewahrung von jederzeit reproduzierbaren digitalen Daten. Aber erst wenn es auch genuin digital erzeugte Dokumente enthält, diese also nie in Papierform existierten, spricht man laut Robert Zink, Vorsitzender des IT-Ausschusses der Bundeskonferenz Kommunalarchive, von einem „echten“ digitalen Archiv. Die Werkzeuge für ein solches Archivsystem sind Computer mit ausreichender Verarbeitungs- und Speicherkapazität, Scanner zur Erfassung von Dokumenten und Bildern, geeignete Software und Formate wie PDF, TIFF und JPEG, CD- bzw. DVD-

R-Schreib-/Lesegeräte, Speichermedien zur physikalischen Aufbewahrung wie CDs und DVDs sowie elektronische Ablagen. Und natürlich wird geschultes Personal benötigt.

In der Entwicklung der elektronisch unterstützten Verwaltung (E-Government) ist Österreich führend in Europa. Anfang 2004 wurde für alle Bundesdienststellen die elektronische Aktenbearbeitung (ELAK) eingeführt. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer digitalen Archivierung des Aktenmaterials. Dafür ist das österreichische Staatsarchiv zuständig (www.oesta.gv.at). Seit 2007 wird am „Digitalen Archiv Österreichs“ (digLA) gearbeitet. Als technischen Partner wählte man nach einer europaweiten Ausschreibung, an der sich fünf große Anbieter beteiligten, die Firma „Atos IT Solutions and Services“ aus. Die deutsche Tochter des französischen IT-Dienstleisters ging aus der IT-Sparte von Siemens hervor.

Nach einer „arbeitsintensiven“ Umsetzungsphase 2010/2011 befindet sich das Digitale Archiv im Echtbetrieb. Die ersten Übernahmen von elektronischen Akten werden in diesem, beziehungsweise im nächsten Jahr erwartet. Der Zugriff auf alle Archivalien im Digitalen Archiv Österreichs ist, sofern sie nicht mehr der gesetzlichen Schutzfrist unterliegen, über einen angeschlossenen Webshop möglich. Wer nach Archivgut sucht, kann dieses mit Hilfe des Archivinformationssystems (AIS) finden.

Es gibt mancherorts Aufholbedarf

Während also die Ebene der Bundesdienststellen quasi digitalisiert ist, bietet sich auf der nächsten Stufe ein höchst unterschiedliches Bild. „Manche Bundesländer sind vorbildhaft, manche befinden sich noch in der Steinzeit“, stellt Berthold Konrath vom österreichischen Staatsarchiv fest. Sehr weit sind laut Konrath die

Die Digitalisierung des Schriftgutes ist für die Städte auch eine enorme technische und finanzielle Herausforderung.



Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg, weil dort auch viele Unternehmen beheimatet seien. In den beiden erstgenannten österreichischen Bundesländern kümmert sich die Firma Gemdat (Gemeindedaten) – gegründet von Banken und dem Gemeindebund – um die Informationstechnologie für Kommunen. Partner der Oberöreicher ist die Linzer Firma „Fabasoft“, ein großer Anbieter von Daten-Management-Systemen. Die Gemdat Oberösterreich (www.gemdat.at) betreut mehr als 430 Gemeinden, 250 Verbände und Sonderbetriebe sowie über 250 Kindergärten und Horte. Die Gemdat Niederösterreich (www.gemdatnoe.at) liefert als Marktführer maßgeschneiderte EDV-Lösungen für 410 von 573 Gemeinden. Als Basis dient ein DMS- und Archivsystem, welches von der

EASY SOFTWARE AG in Zusammenarbeit mit der Firma OTRIS entwickelt wurde. Die Gemdat hat das modular aufgebaute System namens K.I.M.-ELAK dann den Anforderungen des kommunalen Bereichs angepasst. Der Schwerpunkt liegt im Gegensatz zur Langzeitarchivierung auf der Verwaltung von „lebenden“ Vorgängen. So verwaltet die Stadtgemeinde Tulln seit 2001 sämtliche Belege der Finanzbuchhaltung in einem elektronischen Archiv. Feldkirchen in Kärnten betreibt seit einem Jahr die vollständige elektronische Aktenverwaltung. Neuester Hit der Niederöreicher ist eine mobile App für BürgerInnen und TouristInnen, mit deren Hilfe sie alle nur denkbaren Informationen der Heimatgemeinde, beziehungsweise des Urlaubsorts auf das Smartphone zaubern können.

In Salzburg praktiziert seit 2000 der Magistrat flächendeckend die elektronische Akte (ELAK). Die Datenmenge wächst wöchentlich um 22 Gigabyte. Diese Daten werden mehrfach gespiegelt in zwei Rechenzentren gesichert. Von außen kommende Papierdokumente werden eingescannt: im vergangenen Jahr waren das 150.000. Nur weniger als ein Prozent der Dokumente werden in Papierform archiviert.

Wie geht es weiter? „Wir befinden uns derzeit in einer Hybrid-Welt: der Übergangsphase von der analogen in die digitale Welt“, sagt Berthold Konrath. Man müsse Formate finden, die auch in 100 Jahren noch lesbar sind. Denn Historiker denken bei ihren Speicherzeiträumen an die „Ewigkeit“.

Das Archiv im Boden

Im Laufe ihrer Geschichte haben unsere Städte eine unverwechselbare Identität gewonnen. Ihre Gestalt war ständigen Veränderungen unterworfen. Diese Umgestaltungen und die damit im Zusammenhang stehenden Entwicklungsprozesse lassen sich – mehr noch als im historischen Baubestand – in den archäologischen Hinterlassenschaften fassen. Diese stellen damit eine einzigartige Quelle zur Stadtgeschichte dar: das Archiv im Boden.

Martin Krenn, Bundesdenkmalamt, Abteilung für Bodendenkmale, Gebietsreferent Niederösterreich

Erst seit den frühen 1990er-Jahren rückte in Österreich diese so wichtig Quelle in den Fokus der archäologischen Forschung und der Denkmalpflege. Die Baumaßnahmen nach dem zweiten Weltkrieg bis in die 80er-Jahre wurden nur in Einzelfällen archäologisch begleitet.

Erste Ansätze waren vor allem, ausgelöst durch Baumaßnahmen, immer im Bereich von Städten mit römischen Wurzeln zu beobachten. Umfangreiche Grabungen in einzelnen Städten wie z. B. Tulln, St. Pölten, Krems, Hall in Tirol oder Wien ermöglichten, die verschiedenen Entwicklungsstufen städtischen Lebens nachzuvollziehen. Die archäologischen Reste erwiesen sich hierbei als Primärquellen, die zur Ergänzung und Erweiterung der schriftlichen und baulichen Überlieferungen dienten, aber auch weit darüber hinausgehende Erkenntnisgewinne ermöglichten. An Hand dieser Quellen lassen sich Fragen zur historischen Siedlungstopographie, zur Stadtentwicklung, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte oder auch zur Ver- und Entsorgung einer Stadt beantworten.

Grabungen in Niederösterreich

Das derzeit wohl herausragendste Beispiel in Österreich stellen die Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte im Stadtgebiet von Tulln dar. Neben neuen Erkenntnissen zur römischen Präsenz vom Ende des 1. bis zur ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts, die sich in Form eines Alalagers mit zugehörigen Zivilsiedlungen und Gräberfeldern manifestierte, konnten außerordentliche Quellen zur Stadtwerdung und zur Stadtentwicklung gewonnen werden. Diese beschränken sich aber nicht nur auf das Mittelalter, sondern liefern auch hervorragende Einblicke in die Zeit des 16.

und 17. Jahrhunderts. So konnte bei der Grabung Einkaufszentrum Rosenarcade ein Schatzfund aus der Zeit der zweiten Türkenbelagerung aufgedeckt werden, der neben mehreren Ringen und Anhängern auch eine Medaille Karls V. enthielt. Zeitgleich ist auch der kuriose Fund eines ganzen Skelettes eines Dromedars zu sehen, das dem türkischen Heer wohl als Lasttier diente.

In zahlreichen anderen Städten und Gemeinden Niederösterreichs hat die Archäologie in den letzten beiden Jahrzehnten ebenfalls einen bedeutenden Stellenwert erreicht. Zentrales Element ist hierbei die Zusammenarbeit der einzelnen kommunalen Verwaltungsbehörden mit der staatlichen Denkmalpflege – dem Bundesdenkmalamt – und die rechtzeitigen Informationen der Bauherrschaften. Viele irrige Vorstellungen und Ängste, z. B. dass durch archäologische Funde Bauvorhaben um Jahre verzögert werden oder dass überhaupt nicht gebaut werden kann, können durch zeitgerechte Information und Einplanung der notwendigen archäologischen Arbeiten in das Baugeschehen

entkräftet werden. Städte wie Mautern, Pöchlarn, Neunkirchen, Krems sowie St. Pölten, das seit drei Jahren einen eigenen Stadtarchäologen beschäftigt, können hier als Modellfälle genannt werden.

Ein spätantikes Kleinkastell

Das beste Exempel für innerörtliche Projekte findet sich derzeit in der Marktgemeinde Wallsee-Sindelburg. Hier wurde im Zuge der Errichtung der sogenannten „Lebenswelt“, einer Behinderteneinrichtung mit Wohn- und Arbeitssituation, das spätantike Kleinkastell von Wallsee aus dem 4. und 5. Jahrhundert nach Christus freigelegt. Der Baukörper zählt zu den bedeutendsten Denkmälern am römischen Limes in Österreich. Dieser Bedeutung konnte insofern Rechnung getragen werden, als im Zuge des Bauvorhabens das Kastell in den Neubau integriert wurde und dieses einmalige Kulturgut dadurch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies gelang nur durch intensive – sowohl planerisch als auch finanziell – Kooperation aller Beteiligten. ■



Tulln, Einkaufszentrum Rosenarcade, Übersicht nach Norden.

Stadtarchäologie spart Zeit und Geld

Archäologische Funde können bei Bauprojekten zu Verzögerungen und erhöhten Kosten führen. Für Historiker sind die Erkenntnisse aus den Grabungen hingegen von unschätzbarem Wert. In der niederösterreichischen Landeshauptstadt sorgt ein eigener Stadtarchäologe für die Einhaltung des Denkmalschutzes und den reibungslosen Ablauf von Bauvorhaben.

Ronald Risy, Stadtarchäologie St. Pölten

St. Pölten erlebt derzeit die zweite Phase der Hauptstadtwerdung. Ein Investitionsvolumen von fast zwei Milliarden Euro sorgt dafür, dass an allen Ecken und Enden gebaut wird. Bei vielen Bauvorhaben im Gemeindegebiet stehen archäologische Funde an der Tagesordnung, da die Menschen seit ihre Sesshaftwerdung vor mehr als 7.000 Jahren im Traisental ideale Lebensbedingungen vorfanden.

Denkmalschutz ist gesetzlich vorgeschrieben

Werden nun Bodendenkmäler bei Bauvorhaben aufgedeckt, greift das Denkmalschutzgesetz und es besteht sofortige Meldepflicht. Die zuständige Behörde ist das Bundesdenkmalamt, Abteilung für Bodendenkmale, die die weitere Vorgehensweise bestimmt. Dieser gesetzliche Auftrag kann einen Bauherrn in die Bredouille bringen, nimmt doch allgemein die Erforschung der Bodendenkmäler geraume Zeit in Anspruch, verursacht beträchtliche Kosten und erfordert mitunter sogar eine Umplanung des Bauvorhabens.

Stadtarchäologe erstellt Archäologie-Kataster

Seit den 1980er-Jahren arbeiten im Magistrat die Baubehörden eng mit dem Fachbereich Kultur und dem Bundesdenkmalamt zusammen. Seit damals werden alle archäologischen Fundstellen im Stadtgebiet systematisch katalogisiert. So konnte ein Kataster aufgebaut werden, der darüber Aufschluss gibt, auf welchen Grundstücken und in welchem Ausmaß mit Bodendenkmalen gerechnet werden kann oder sogar muss. Das ist für Bauherrn und Behörden bereits vorab eine wichtige Information. Schon bei den ersten Kontakten für ein Bauprojekt mit der Behörde wird das Thema Archäologie erörtert und der Stadtarchäologe Dr. Ronald Risy in die Pla-

nungen eingebunden. Als Serviceleistung des Magistrats steht er auch privaten Bauherrn mit Rat und Tat zu Seite. Er sorgt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben für eine



Der Leiter des St. Pöltner XXXLutz-Hauses Martin Lackner, Dr. Ronald Risy und BM Mag. Matthias Stadler präsentieren Funde.

rasche Abwicklung der Ausgrabungen und dafür, dass das Bauvorhaben in der Regel zeitgerecht umgesetzt werden kann und die Kosten im Rahmen bleiben. Ein Teil der noch im Aufbau befindlichen Informationen des Archäologie-Katasters steht auch unter „<http://st-poelten.map2web.eu>“ öffentlich zur Verfügung.

Stadt spart Zeit und Geld

Ein zentrales Projekt der Stadtentwicklung ist die Neugestaltung des Domplatzes und die Erneuerung der Einbauten. Das Bundesdenkmalamt hat bereits zu Beginn der Planungsarbeiten verfügt, dass die Mauerreste im Bodengrund nicht entfernt werden dürfen. Die archäologische Erforschung des Untergrundes ist jedoch zwingend erforderlich, um eine tragfähige Schicht für die neue Oberflächengestaltung des Domplatzes herstellen zu können. Somit ist der St. Pöltner Domplatz mit einer Fläche von 5.700 m² derzeit eines der größten innerstädtischen Grabungsprojekte Österreichs. Angesichts dieser enormen Herausforde-

rung ist es sinnvoll, einen Stadtarchäologen zu beschäftigen.

„In Summe kommt der Stadt ein eigener Archäologe billiger als die Beauftragung einer Grabungsfirma. Außerdem sparen wir viel Zeit. Zudem können wir private Bauherrn besser unterstützen und effizienter beraten. Der Stadtarchäologe entscheidet in kürzester Zeit, was zu tun ist und hält Rücksprache mit dem Bundesdenkmalamt. Alleine im Jahr 2012 wurden zusätzlich zum Domplatz 14 weitere archäologische Maßnahmen in St. Pölten betreut. Das wissen alle Bauträger sehr zu schätzen“, erläutert Bürgermeister Mag. Matthias Stadler die Vorteile eines eigenen Stadtarchäologen.

Bauherrn profitieren

Der Leiter des XXXLutz-Hauses in St. Pölten, Martin Lackner, beschreibt seine Erfahrungen mit der Archäologie so: „Schon vor Beginn der Bauarbeiten für unser neues Möbelhaus war bekannt, dass wir an diesem Bauplatz auf archäologische Funde stoßen werden. Die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden und mit dem Stadtarchäologen im Speziellen hat hervorragend funktioniert, sodass die Archäologie für unser Bauvorhaben letztlich kein wirkliches Problem darstellte.“

Ausgrabungen sind Anziehungspunkt

Für die Erforschung der Stadtgeschichte sind die archäologischen Grabungen von unschätzbarem Wert. In der Öffentlichkeit wird die Grabungstätigkeit durch eine umfangreiche Informationskampagne unterstützt. Die Tätigkeit der Archäologen und die Erkenntnisse aus den Ausgrabungen stoßen auf reges Interesse und hohe Akzeptanz. Zudem gibt es regelmäßige Veranstaltungen, Führungen bei Grabungen, Workshops für Schulklassen und Ausstellungen im Stadtmuseum. ■



Anthropologie und Archäologie

Im Zuge vieler archäologischer Ausgrabungen und Bauarbeiten, aber auch bei polizeilichen Ermittlungen werden menschliche Skelette, Knochen und Zähne entdeckt. Die forensische, historische bzw. prähistorische Anthropologie beschäftigt sich mit solchen Funden.

Fabian Kanz, Department für Gerichtsmedizin, Med-Uni Wien

Diese menschlichen Überreste stellen ganz besondere Funde dar, sind sie doch biologische Archive, welche Informationen über die Identität, über vergangene Lebens- und Arbeitsbedingungen, über Umweltbelastungen, über Krankheiten sowie über die Ernährung der einstigen Menschen in sich tragen.

Bei der Untersuchung dieser mineralisierten Hartgewebe kommen naturwissenschaftlich-medizinische Methoden wie

Radiologie, Histologie, Molekularbiologie, Mikroskopie und Analytische Chemie zur Anwendung. Auf diese Weise gelingt es, auch nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten den Gesundheitszustand ganzer Bevölkerungen zu rekonstruieren und Rückschlüsse auf die damaligen Lebensumstände und Lebensweisen zu ziehen, aber auch bei einzelnen Individuen deren persönliches Leid nachvollziehbar zu machen.

Besondere Funde

In den ersten zweieinhalb Jahren der Ausgrabungen (2010–2012) am Domplatz in St. Pölten wurden bereits bei etwas mehr als 3.500 Individuen anthropologische Analysen durchgeführt. Von all diesen „St. PöltnerInnen“ aus dem Mittelalter konnten biologische Gewebeproben asserviert werden und stehen nun in einer Biodatenbank zur weiteren Forschung zur Verfügung. Insgesamt wurden 32 Prozent der

Bestatteten als männlich, 28 Prozent als weiblich und 40 Prozent als Kinder bzw. Jugendliche identifiziert. Die hohe Kindersterblichkeit ist typisch für das Mittelalter und war durch mangelndes Bewusstsein für Hygiene und fehlende medizinische Möglichkeiten bedingt. Die Infektionswege vieler Erkrankungen waren weitgehend unbekannt, Antibiotika noch nicht gefunden. Die hohe Säuglingssterblichkeit in St. Pölten konnte erst durch die Entwicklung der modernen Medizin Anfang des 20. Jahrhundert reduziert werden. Lag sie doch um 1920 noch bei 26 Prozent und 1925 noch bei 4 Prozent, so hat sie sich heute auf erfreuliche 3,9 Promille, etwa 4 Kinder auf 1000 Lebendgeburten, eingependelt. Einmal erwachsen, waren Lebenserwartungen wie heute (78 Jahre bei Männern und 84 Jahre bei Frauen) die große Ausnahme. So erreichten die mittelalterlichen Männer in St. Pölten nur ein durchschnittliches Alter von 34 Jahren und eine Körperhöhe von 170 cm. Die St. Pöltnerinnen starben in der Regel 3 Jahre früher und wiesen eine durchschnittliche Größe von 158 cm auf. Das im Vergleich zu den Männern reduzierte durchschnittliche Sterbealter der Frauen liegt an deren erhöhtem Sterberisiko durch Geburten und Schwangerschaften. Eines der hygienischen Hauptprobleme St. Pöltens dürfte, wie in den meisten anderen mittelalterlichen Städten, die Abfallbeseitigung gewesen sein, lebten doch mit dem Aufblühen der Städte immer mehr Menschen auf kleinem Raum unter relativ unhygienischen Verhältnissen zusammen. Dies war ein idealer Nährboden für die Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gegensatz zu heute waren genau diese Infektionskrankheiten eine der häufigsten Todesursachen und führten damit zu einer generell erhöhten Mortalität.

„Müllabfuhr“ im Mittelalter

Die Entsorgung von Schmutzwasser, Fäkalien und Abfall war in der Regel Privatsache, was eher schlecht als recht funktionierte. Dazu kamen noch der Mist und die Kadaver der frei in der Stadt herumlaufenden Tiere. Da die Straßen selten gepflastert und die Kloakenschächte nicht abgedichtet waren, kam es häufig zu Infek-

tionskrankheiten aufgrund des verseuchten Trinkwassers. Ein großes gesundheitliches Problem stellte auch der weitverbreitete Befall der BewohnerInnen mit von Schweinen übertragenen Wurminfektionen dar. Als Beispiel für eine Berufskrankheit, die in St. Pölten verbreitet war, sei der Milzbrand genannt, an dem die Arbeiter des Lederverarbeitenden Gewerbes im Ledererviertel vielfach litten. Anordnungen der Stadtverwaltung aus dem 14. Jahrhundert belegen die Bemühungen zur Verbesserung der hygienischen Zustände. So wurde der Verkauf von finnischem Fleisch verboten, Straßen wurden gepflastert und es gab erste Ansätze für eine städtisch organisierte Abfallbeseitigung. Nach der im Mittelalter gültigen Miasmentheorie waren schlechte Luft oder üble Ausdünstungen Schuld an der Entstehung und Verbreitung von Infektionskrankheiten, weshalb die meisten Hygienemaßnahmen auf die Beseitigung übelriechenden Abfalls ausgerichtet waren.

Krankheiten des 14. Jahrhunderts

Da St. Pölten kein Fernhandelsstützpunkt oder Kreuzfahrersammelzentrum war, blieb die Stadt von Cholera und exotischen Infektionen verschont. Aus der Literatur geht nicht hervor, dass St. Pölten von dramatischen Seuchen betroffen gewesen wäre. Lediglich die Lungenpest hat die Stadt 1349 getroffen, was aber lokal wenig dauerhafte Nachwirkungen hatte. Zu den am meisten gefürchteten Krankheiten vor dem Auftreten der Pest im 14. Jahrhundert gehörten Infektionen des Magen-Darm-Trakts, die durch verseuchtes Trinkwasser häufig zum Ausbruch von Epidemien führten. Weitere Infektionskrankheiten, die eine hohe Opferzahl forderten, waren Pocken, Masern, Grippe, Tuberkulose, Lepra und Syphilis. Eine Vielzahl von pathologischen bzw. traumatischen Veränderungen an den ausgegrabenen Skeletten konnte identifiziert werden. Generell kann aber die Belastung der St. Pöltner mit Krankheiten, die sich auch am Knochen manifestieren, mit rund 11 Prozent im Vergleich zu anderen mittelalterlichen Gemeinschaften (ca. 15 Prozent) als geringer bezeichnet werden. Das liegt höchstwahrscheinlich an der guten Versorgungslage mit ausgewogenen

Lebensmitteln aus der Region. Auch mit interpersonellen Konflikten dürfte die/der eine oder andere Bewohner/in von St. Pölten Erfahrungen gemachten haben. Neben einer Vielzahl von typischen Knochenbrüchen belegen dies verheilte, aber auch tödliche Schädeltraumata – verursacht durch scharfe Gewalt.

Der Nutzen der durch archäologische Ausgrabungen in St. Pölten gewonnenen menschlichen Überreste ist für die moderne Medizin und auch die Gerichtsmedizin immens.

So tragen sie zur Aufklärung der Entwicklungsgeschichte von Krankheiten und dadurch zu einem besseren Verständnis der Krankheiten bei, was zu neuen Forschungsansätzen in der Medizin führen kann: Im St. Pöltner Kollektiv wurde u.a. der frühe Nachweis für die „modernen“ Krankheiten wie Brust- und Prostatakrebs genauso erbracht und ein Beleg für die infektiöse Syphilis gefunden. Auch der volkswirtschaftliche Nutzen der Behandlungsmöglichkeiten der modernen Medizin erschließt sich z. B. an der Entwicklung der Kindersterblichkeit sowie der Zahngesundheit.

Großer Nutzen ergibt sich weiters durch die Entwicklung von neuen Methoden für die Gerichtsmedizin zur Aufklärung von Verbrechen – vor allem bei der Identifikation von unbekannten Toten: wie z. B. die Bestimmung des postmortalen Intervalls, der Hängigkeit, die Rekonstruktion der Körperhöhe sowie metrische regionale Referenzwerte für die Geschlechtsbestimmung.

Die neuesten Entwicklungen der Forensischen Anthropologie und der Bioarchäologie, vor allem im Bereich der DNA-Analyse und der Analyse von stabilen Isotopen, erlauben es im zunehmenden Maße, die „Bioarchive“ in den menschlichen Überresten zu entschlüsseln. Im Lichte der rasanten Entwicklung der Diagnose- bzw. Behandlungsmöglichkeiten sind bzw. werden in Zukunft umfangreiche biologische Gewebe-Datenbanken von essentieller Bedeutung sein. Hier werden die St. Pöltner BürgerInnen von der vorgelegten, weltweit wahrscheinlich umfangreichsten regionalen Gewebestichprobe als unmittelbare biologische Nachfahren sicherlich profitieren. ■

Neuer Wert für alte Mauern

Selbst im 20. Jahrhundert noch vielerorts als störende Barriere empfunden, lassen Stadtmauern heute die Herzen der TouristikerInnen höher schlagen. Sie galten lange Zeit als wissenschaftliches Stiefkind. Längst widmet sich den alten Gemäuern auch die Archäologie.

Johannes Luxner, freier Journalist

Die Geländekuppe wird von der Thaya in einer großen engen Schlinge umflossen. Sie bildet einen exponierten Punkt in der sattgrünen Landschaft des nördlichen Waldviertels. Am Rücken dieser bewaldeten Felsformation gelegen, zeigt sich die Stadt Drosendorf dementsprechend pittoresk. Doch der Ort birgt auch abseits des Optischen seine Qualitäten: Um die naturgegebene Wehrhaftigkeit dieser topografischen Störung zu erkennen, muss man kein Verteidigungsexperte sein. Im 12. Jahrhundert waren es die Grafen von

Stadt in Österreich, die von einer geschlossenen historischen Verteidigungsmauer umgeben ist.

Die Stadtmauern sind noch immer da

Dabei sind Reste von Stadtmauern in Österreich keine Seltenheit. Hierzulande gab es an die 100 Städte, die Formen von Befestigungen aufwiesen. Die imposanten Überbleibsel verteilen sich über das ganze Land, wie Beispiele von Hall in Tirol über Friesach in Kärnten bis hin nach Freistadt

in Oberösterreich zeigen. Doch vor allem sind es niederösterreichische Städte, deren ehemalige Befestigungsanlagen auffallend gut erhalten sind. „Je schlechter die wirtschaftliche Entwicklung, umso besser sind die Stadtmauern konserviert“, erklärt Nikolaus Hofer vom Bundesdenkmalamt das Paradoxe am Thema: „Es hatte den Aufwand nicht gelohnt, sie niederzureißen.“

Vor allem agrarisch geprägte Städte seien es gewesen, die bis zur Zeit der Industrialisierung mit einem Niedergang zu kämpfen hatten, so Hofer. Die Armut als Konservator: „Dort, wo sich auch dieser industrielle Aufschwung in Grenzen hielt, sind besonders gut erhaltene Beispiele zu finden.“ Jene Gebiete Österreichs, die nach Errichtung des Ostblocks an den Rand der Wahrnehmung rückten, erhielten durch diese neue geopolitische Situation eine zusätzliche konservatorische Komponente. Denn selbst im 20. Jahrhundert galt das Schleifen von Stadtmauern als

progressiver Akt. „In Hainburg gab es wegen des Baus der Bundesstraße teilweise Abbrüche. In Eggenburg wurde ein ganzes Stadtmauertor weggerissen“, sagt Hofer über das fehlende Bewusstsein, das sich erst gegen Mitte des letzten Jahrhunderts wandelte: „Diese Abbrüche würde man heute nicht mehr zulassen. Die Tourismusmanager würden dem heiße Tränen nachweinen.“

Einst ein Hindernis für Stadtentwicklung

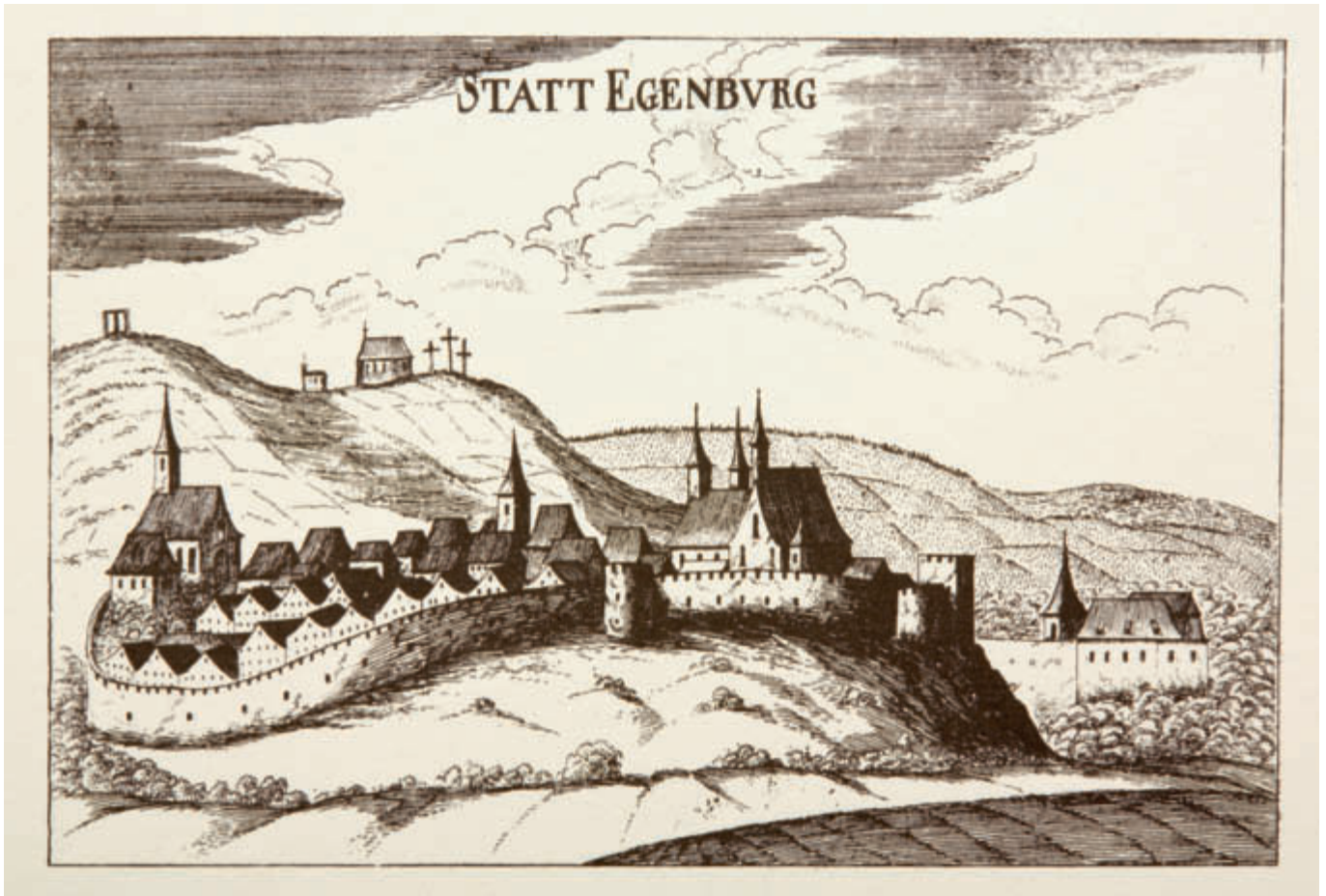
Über Jahrhunderte galten die funktionslos gewordenen Stadtmauern als Hemmnis für städtische Entwicklung. Paradebeispiel ist Wien. Dort, wo sich einst die Stadtmauer und die militärstrategisch wichtigen vorgelagerten Freiflächen befanden, entstand der nötige Raum für die Ringstraße. In vielen anderen Städten mutierten die Mauerreste zu Steinbrüchen, in denen sich die Bevölkerung reichlich bediente. Dabei haben die mittelalterlichen Stadtmauern bereits um das Jahr 1500 ihre Funktionalität verloren. Vor Erfindung der Artillerie bestanden Stadtbefestigungen aus hoch aufsteigenden Mauern mit vielen Türmen. Diese Bauweise hatte dem Beschuss durch die Artillerie wenig entgegenzuhalten. „Krems war im 15. Jahrhundert durch Matthias Corvinus nach wenigen Tagen sturmreif geschossen.“ Deshalb ist die Geschichte von Stadtmauern ein Spiegelbild der Artilleriegeschichte. Hofer: „Ausgehend von Italien entstand in der Renaissance ein neues System des Festungsbaus. Die Höhe der Mauern wurde reduziert. Man ging in die Fläche, um ein Verteidigungssystem zu errichten, das den Feind daran hindert, die Artillerie in Position zu bringen.“ Mit Erdbeschüttungen wurden diese Anlagen gedämmt. Aufprallenden Geschossen sollte möglichst wenig Widerstand geboten werden. Das hielt die Schä-



Nikolaus Hofer vom Bundesdenkmalamt.

Pernegg, die getrieben von dieser sicherheitstechnischen Erkenntnis, auf dem Plateau hoch über der Thaya die Siedlung errichteten. Bald schon nach der Gründung erhielt der Ort das Aussehen, das ihn heute noch auszeichnet. Drosendorf wurde zusätzlich von einem Stadtmauer ring umschlossen. Bereits 1278 bewies die Anlage ihre Funktionalität. Eine Belagerung durch Ottokar Přemysl wurde nach 16 Tagen abgewehrt. Nur wenige Wochen später verstarb Přemysl in der Schlacht auf dem Marchfeld. Die Stadtmauer steht heute noch. Drosendorf ist die einzige

Die Stadt Eggenburg. Kupferstich aus
den Topographien des gebürtigen
Tirolers Georg Matthäus Vischer
(1628–1696).



den gering. Diese neuzeitlichen Befestigungen mit ihren Freiflächen und mehreren vorgelagerten Mauern stehen dennoch im direkten Zusammenhang mit den Bauwerken des Mittelalters: „Man hat die mittelalterlichen Mauern stehen gelassen und sie mit mehreren Meter dicken Ziegelschichten vorne und hinten verstärkt“, so Hofer über den baulichen Pragmatismus, der an vielen Orten noch gut zu erkennen ist: „Im Zuge des Baus der Wiener U-Bahnstation Stubentor wurden Teile der ehemaligen Stadtmauer ausgegraben und konserviert. Hier sieht man diese Struktur deutlich.“

Von der Wissenschaft „wiederentdeckt“

Dabei dauerte es verhältnismäßig lange, bis sich die Wissenschaft den Resten der Stadtmauern annahm. Nikolaus Hofer

spricht von einem Stiefkind: „Im Gegensatz zu Kirchen und Burgen wurden sie von der Kunstgeschichte lange als fades Mauerwerk wahrgenommen. Weil Sensationen meistens ausbleiben, hat sich auch die Archäologie nur sporadisch damit beschäftigt.“ Mitverantwortlich für das heutige Bewusstsein, dass die Stadtmauern großen Wert besitzen, sei der einsetzende Städtetourismus der letzten drei Jahrzehnte, so Hofer. Die Möglichkeiten einer touristischen Nutzung bilden einen wichtigen Antrieb für Revitalisierungsmaßnahmen. In Krems, wo Nikolaus Hofer federführend in die Ausgrabungen und Bestandsaufnahme der weitläufigen Anlage involviert war, kann heute der Verlauf der Verteidigungsanlage gut nachvollzogen werden. Hofer spricht von einem positiven Lokalpatriotismus, der damit in kleineren Städten entstände. Die identitätsstiftende

Komponente der alten Anlagen sei nicht zu unterschätzen – auch wenn österreichische Städte durch die landesfürstliche Dominanz nie jenes städtische Bewusstsein entwickelten, wie dies in den selbstbewussten Städten Italiens der Fall war und ist. Dabei ist die Kremser Anlage auch ein gutes Beispiel für bauliche Maßnahmen abseits der Verteidigungsaspekte. Das repräsentative Element sei laut Hofer bei Stadtmauern nicht zu unterschätzen. In Krems stand einst an der Flanke zur Donau alle 50 Meter ein Turm. „Das war verteidigungstechnisch sinnlos. Im Mittelalter war von der Donau aus kein Angriff möglich“, erzählt Hofer, „vielmehr ging es darum, den vorbeifahrenden Schiffen eine repräsentative Schauseite zu bieten – die Kunde der stolzen Stadt zu verbreiten.“ Wenn man so will, eine frühe Form des Stadtmarketings. ■

„Eine detektivische Sache“

Ob Ahnenforschung als Beruf oder Hobby: Stadtarchive sind ein Knotenpunkt, wenn es um die Erforschung von Familiengeschichte geht. Die Genealogin Barbara Krump über ihre Tätigkeit, mitunter exzentrische Motive der KlientInnen und die mühevolle Suche nach den passenden Puzzlestücken.

Johannes Luxner, freier Journalist

Nein, in Österreich gebe es keine offizielle Ausbildung zum GenealogInnen-Beruf, erzählt Barbara Krump. Das Rüstzeug dafür müsse man sich Stück für Stück in der Praxis aneignen. Schließlich gleiche kein Auftrag dem anderen, so die Grazerin. Krump arbeitet als studierte Geschichtswissenschaftlerin in einer Historikerkanzlei, deren Kerngebiet die Ahnenforschung darstellt, wie das Fach der Genealogie im Volksmund genannt wird. „Jeder Fall ist interessant“, hält Krump fest, „weil man im Vorhinein nie weiß, was am Ende der Recherche rauskommt.“ Zu wissen, von wem man ab-

stamme, habe die Menschen immer schon fasziniert. Doch meistens herrschen im Feld der professionellen Ahnenforschung pragmatischere Gründe, um in der familiären Vergangenheit von bestimmten Menschen zu graben.

Im Zuge von Verlassenschaften und der dabei nötigen Suche nach Erben sorgen professionelle AhnenforscherInnen für Licht im Dunkel. Schließlich ist die klischeebeladene Geschichte von der unerwarteten Erbschaft keine Konstruktion Made-in-Hollywood, sondern steht in direktem Zusammenhang mit der Tätigkeit von GenealogInnen.

Von wem stamme ich ab?

Wen es allerdings aus purer Neugierde an der eigenen Abstammung zu den ProfessionistInnen treibt, ist fast immer an einem Merkmal zu erkennen, wie Krump aus ihrem Tagesgeschäft erzählt: „Die meisten machen sich über die eigene Abstammung erst Gedanken, wenn sie ein wenig älter sind. Sie wollen den eigenen Nachkommen erzählen können, wo die familiären Ursprünge liegen.“ Innerhalb dieses Interesses an der eigenen Familiengeschichte herrschen wiederum mannigfaltige Motive, die mitunter bis hin zur Exzentriz reichen: Unter der Rubrik „Familienge-





Die Genealogin
Barbara Krump.

heimnisse“ firmierende Vermutungen, wie jene nach unehelichen Kindern, stellen kein seltenes Motiv für die Beauftragung von professionellen Recherchen dar. Vermutete Verwandtschaftsverhältnisse zu Adelshäusern oder berühmten historischen Persönlichkeiten bezeichnet Krump gar als klassischen Antrieb: „Oft geht es den Leuten um das Ich-möchte-dazu-gehören.“

Dabei hat die Digitalisierungswelle der vergangenen 15 Jahre nicht nur im Feld der Hobby-GenealogInnen – das sich einer bis dato ungekannten Beliebtheit erfreut und via Online-Plattformen einschlägige Vernetzungsarbeit und Hilfestellungen in Form von Datenbanken leistet – ihre Spuren hinterlassen. „Der erste Schritt führt auch mich mittlerweile zum Computer“, sagt Krump: „Vor allem bei seltenen Namen lassen sich immer öfter Anhaltspunkte finden.“ Besonders knifflig werde es meist bei vorangeschrittener Recherchetätigkeit: „Es ist wirklich eine detektivische Sache“, so Krump, deren Arbeit zum Teil auch eine gehörige Portion Intuition verlangt: „Wenn der klassische Rechercheweg nicht funktioniert, ist Kreativität gefragt. Zu wissen, wo man anfragen muss, wo man Quellen findet, wenn vordergründig alles ausgeschöpft ist:

das ist die tatsächliche Herausforderung für die Genealogie.“ Prinzipiell gilt aber: „Alles kann eine Quelle sein.“

Ohne Archiv geht es nicht

Dennoch bilden gerade die Stadtarchive wichtige Brücken in die Vergangenheit. „Das Grazer Stadtarchiv ist auch für mich ein wichtiger Ort“, so Krump. Hier befindliche Meldeunterlagen seien ebenso von zentraler Bedeutung für die Rekonstruktion von Verwandtschaftsverhältnissen wie Verlassenschaftsakten, alte Sterbebücher, Volksbefragungsunterlagen und vor allem alte Adressbücher, die in vielen aber längst nicht in allen Stadtarchiven aufbewahrt werden. Überhaupt sei es schwer, in diesem Bereich von einer generellen Datenlage zu sprechen, betont Krump. Die Qualität und der Umfang der Archive könnte unterschiedlicher nicht sein. Krump: „Kriege und Brände haben viel an Material zerstört.“ Erschwerend kommt hinzu, dass es damals keine flächendeckenden Aufzeichnungen gab: „Das Erfassen der Meldedaten setzte etwa gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein. In kleinen Ortschaften erst ab den 1930er-Jahren. Auch das macht es schwierig.“ Standesamtliche Aufzeichnungen gibt es in Österreich überhaupt erst seit dem Jahr 1939.

Wer Verwandtschaftsverhältnissen vor jener Zeit auf die Spur kommen möchte, ist vor allem auf die Kirchenbücher angewiesen, die Auskunft über Taufen, Eheschließungen und Sterbefälle geben.

Doch die vielen neuen HobbyahnenforscherInnen sind nicht nur in den Weiten des World-Wide-Web, sondern auch in den Stadtarchiven bemerkbar: „Plätze in diesen Archiven müssen mittlerweile vorab reserviert werden – die erhöhte Nachfrage ist eindeutig spürbar.“ Krump sieht dieses neu erwachte Interesse im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg: „Weil die Nachkriegsgenerationen eher geschwiegen haben, ist das Interesse der Nachkommen umso größer.“ Wobei in großen Städten auch „Datenbanken“ zu finden sind, die auf den ersten Blick nicht unbedingt im Zusammenhang mit Ahnenforschung gesehen werden. „Friedhöfe sind etwas sehr wichtiges. Hier können Familienzusammenhänge gut eruiert werden“, so Krump. Die Digitalisierung von Gräberdaten, die im Fall der Stadt Wien prinzipiell einer vereinfachten Gräbersuche auf großen Arealen, wie jenem des Wiener Zentralfriedhofs, dienen soll, bedeutet ebenso einen riesigen Fundus an Namen und Sterbedaten. Als die Wiener Datenbank vor Jahren online ging, verbreitete sich die Kunde über diese neue üppige Quelle unter den internetaffinen HobbygenealogInnen wie ein Lauffeuer. Ihr Beruf habe durchaus auch eine sehr emotionale Ebene, sagt Barbara Krump. Nicht nur, dass die KlientInnen viel von familiären Schicksalen erzählen – besonders im Fall von Familienzusammenführungen bekommt die Genealogie einen besonders starken emotionalen Drall –, sondern z. B. auch bei der Recherche von jüdischen Verwandtschaftsverhältnissen. Krump: „Da merkt man erst, wie radikal in der NS-Zeit vorgegangen wurde.“ Und mitunter sind es auch Skurrilitäten, die das Recherchieren begleiten: „Ich musste die Geburtsurkunde einer ausgewanderten Frau besorgen und konnte sie trotz Kenntnis des Geburtsorts und -datums nicht und nicht finden. Bis ich durch einen Zufall das Problem fand: Die Frau hatte sich bei der Auswanderung um fünf Jahre jünger gemacht.“

Städte in der Wissensgesellschaft

Wissensmanagement befasst sich mit der Gestaltung von wissensintensiven Organisationen bzw. von Organisationen, die in einer wissensbasierten Gesellschaft agieren. Doch gerade aufgrund der heutigen Wissensintensität in der Leistungserbringung kann das Management von Organisationen immer weniger Halt an den organisationalen Grenzen machen. Daher ist gerade auch für Städte ein umfassender Wissensmanagement-Ansatz gefragt.

Bernhard Krabina, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Ziel der Lissabon-Strategie war es, die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen [...]“. Auch wenn dieses Ziel wohl insgesamt nicht erreicht wurde, hat die Lissabon-Strategie doch viele positive Effekte erzielt.¹ In der Nachfolgestrategie Europa 2020 ist zwar nicht mehr derart explizit von der Wissensgesellschaft die Rede, aber mittlerweile ist wohl unbestritten, dass wir uns im globalen Wettbewerb vor allem über einen Fokus auf die Ressource Wissen bewähren müssen. Der Österreichische Städtebund hat in einem Positionspapier frühzeitig die Implikationen einer Umsetzung der 2020-Strategie auf städtischer Ebene dargelegt und insbesondere auf die Bedeutung der lokalen Ebene bei der Zielerreichung hingewiesen.²

Wissensmanagement für Städte

Doch welchen Beitrag kann Wissensmanagement für Österreichs Städte leisten? Die klassische Wissensmanagement-Literatur beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Frage, wie wissensbasierte Organisationen gestalten sein und gesteuert werden müssen. Die Unterschiede einer Stadtverwaltung oder eines städtischen Betriebes zur Privatwirtschaft sind in der Regel recht gering, sodass sich viele Instrumente des Wissensmanagements auch erfolgreich im öffentlichen Sektor anwenden lassen.

Ergänzend zu dieser „Mikroebene“ (siehe Abbildung 1) lohnt sich aber auch der Blick über die Grenzen der Organisation hinaus. Hier lassen sich spannende Fragestellungen wie die Gestaltung der Beziehungen von Politik, Verwaltung, Wirt-

schaft und Zivilgesellschaft in einer wissensbasierten Gesellschaft (Public Governance) oder der Beitrag bzw. Wert von öffentlichen Einrichtungen zur Wissensgesellschaft diskutieren (Public Value). In einer Gesamtsicht wird auch klar, dass insbesondere durch die Entwicklungen von Open Government die organisationalen Grenzen immer mehr verschwimmen bzw. auch aktiv abgebaut werden müssen, um (organisatorische und gesellschaftliche) Innovation zu ermöglichen.³ Der Pfeil in der Abbildung symbolisiert die Wechselwirkung zwischen der Frage, wie politische und gesellschaftliche Ziele erreicht werden (symbolisiert durch das Regierungsprogramm für Wien, rechts unten in der Abbildung) und welche organisationalen Strukturen nötig sind, um diese Ziele zu erreichen (symbolisiert

Wissensmanagement im öffentlichen Sektor



Mikroebene

- ☐ Public Management
- ☐ Wissensmanagement in der Organisation

Makroebene

- ☐ Public Governance
- ☐ Beitrag zur Wissensgesellschaft (Public Value)



durch das Organigramm der Wiener Stadtverwaltung).

Im Kern ist diese Diskussion also eine klassische Frage von modernem Public Management und Public Governance, beeinflusst von neuen Interaktionsebenen durch soziale Medien. Welchen Beitrag leistet nun das Thema Wissensmanagement?

Es liefert sowohl ein Grundverständnis für die Gestaltung wissensintensiver Organisationen (wie sie eine Stadtverwaltung zweifellos ist) als auch eine Fülle von Methoden, die im öffentlichen Sek-

tor auch teilweise schon erfolgreich angewandt wurden.

Wien (Stadtentwicklung und Stadtplanung) eine Wissensbilanz 2012 erstellt und veröffentlicht. Im vom KDZ begleiteten Projekt wurde der bisherige Leistungsbericht nach der Struktur einer Wissensbilanz gestaltet.

Abbildung 2 zeigt die vier Säulen der Wissensbilanz der MA 18:

In der ersten Säule wird das organisationale Umfeld beschrieben; die zweite Säule stellt die Ressourcen dar, wobei der Fokus in der Wissensbilanz auf dem intellektuellen Vermögen (unterteilt in Human-, Struktur- und Beziehungsvermögen) liegt. Da im

Offene Daten – offene Informationen – offenes Wissen

Frei verfügbare Daten sind eine wesentliche Quelle für offenes Wissen, Innovation und Partizipation. Mit insgesamt über 500 veröffentlichten Datensätzen von Wien, Linz, Engerwitzdorf, Graz, Kremsmünster und Salzburg gibt einmal mehr die kommunale Ebene das Tempo bei Open Government Data vor: einem Bereich unserer Wissensgesellschaft, der sich in den nächsten Jahren auch weiterhin dynamisch entwickeln wird.⁵ Insgesamt zeigt sich, dass die Themen Wissensma-



Rechnungsabschluss der Stadt Wien die Positionen für die MA 18 nicht explizit ausgewiesen sind, wurde der Wissensbilanz der Budgetteil wieder hinzugefügt, um ein umfassendes Gesamtbild präsentieren zu können. In Workshops wurden die individuellen Kernkompetenzen der MA 18 gemeinsam diskutiert und festgelegt und diese als Gliederung für die Leistungs-

darstellung verwendet. Die letzte Säule beschreibt die Wirkungen der MA 18. Somit ist ein umfassendes Gesamtbild einer Organisation des öffentlichen Sektors gezeichnet, das neben beschreibenden Elementen auch konkrete Indikatoren für intellektuelles Vermögen, Leistungen und Wirkungen enthält. Die Wissensbilanz hat den Vorteil, nicht nur für die externe Darstellung als Leistungs- und Wirkungsbericht, sondern auch zur internen Steuerung verwendbar zu sein, sofern das Indikatorensystem sich in Zukunft auch in internen Steuerungsmethoden (wie z. B. den MitarbeiterInnengesprächen) wiederfindet.

management, Public Management und Open Government einander überschneiden, sich gegenseitig ergänzen und befruchten. In der heutigen Zeit sind es einmal mehr die Städte, die maßgeblich die Gestaltung unserer (Wissens)Gesellschaft prägen. ■

Wissensbilanz – eine Methode für Stadtverwaltungen?

Eine dieser Methoden ist die Wissensbilanz. Sie wurde ursprünglich für das Forschungszentrum Seibersdorf entwickelt und ist bis heute in zahlreichen Organisationen des öffentlichen Sektors in Verwendung; von den österreichischen Universitäten über den Rechnungshof bis hin zur Nationalbibliothek. Auch Regionen haben bereits den Mehrwert erkannt, ihre Leistungs- bzw. Jahresberichte in der Struktur einer Wissensbilanz zu gestalten bzw. Aspekte der Wissensbilanzierung dort einzubringen. Mit ihrer Wissensbilanz hat die Metropolregion Frankfurt RheinMain als erste deutsche Metropolregion eine ausführliche Analyse über die Stärken und Schwächen der Region veröffentlicht.⁴

Als erste (uns bekannte) Stadtverwaltung hat die Magistratsabteilung 18 der Stadt

¹ Vgl. dazu die Evaluierung der Lissabon-Strategie: http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs_2009/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf [Download: 12. 4. 2013]

² Vgl. dazu: http://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USER_DATA/themenfelder/europa/Positionspapier_Langfassung_final_deutsch_lang.pdf [Download: 12. 4. 2013]

³ Vgl. dazu ausführlicher: Proxok/Krabina: Offene Stadt: Wie BürgerInnenbeteiligung, BürgerInnenservice und soziale Medien Politik und Verwaltung verändern. Schriftenreihe: Öffentliches Management und Finanzwirtschaft, Band: 16, Jahr: 2012 NWV, Wien-Graz 2012..

⁴ Vgl. dazu: <http://www.region-frankfurt.de/Wissen/Wissensbilanz> [Download: 12. 4. 2013]

⁵ Vgl. dazu <http://data.gv.at> bzw. <http://www.kdz.eu/delopen-government-vorgehensmodell>

Gedächtnis findet Stadt

Andrea Steffek, Bibliothek & Wissensmanagement, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

„All unser Wissen von Geschichte haftet an Orten [...] Wir kommen ohne Bilder von Schauplätzen, an denen sich alles ereignet hat, nicht aus. History takes place – Geschichte findet statt.“¹

Über die Zeit hinweg haben sich verschiedene Begrifflichkeiten von Gedächtnis entwickelt. Heute unterscheidet man vorwiegend zwischen:

- dem politischen Gedächtnis,
- dem individuellen und kollektiven Gedächtnis,
- dem sozialen oder kommunikativen und kulturellen Gedächtnis,
- den bewussten und unbewussten Formen des Erinnerns sowie
- alltäglichen und traumatischen Erinnerungen, etc.

Die Liste ist lang und die Definitionen sind umfangreich. Das Gedächtnis stützt sich zu einem relativ großen Teil auf das Handeln seiner Akteurinnen und Akteure. An zweiter Stelle stehen materielle Dinge, also Spuren und Hinterlassenschaften, charakteristische Zeugnisse, die sowohl von vergangenen Ereignissen zeugen, als auch als „Gedächtnisstützen“ dienen. Dazu zählen die Erinnerungsorte, die das Gestern mit dem Heute verbinden und in einen Sinnzusammenhang bringen, wie beispielsweise in Form von Gedenkstätten, Denkmälern und Gräbern, Aufschriften, Erinnerungs- und Gedenktafeln², Straßennamen, Bildern, Sonderbriefmarken, Liedern, Büchern, etc. Wer hat sich nicht schon einmal Gedanken über die Benennung einer Straße gemacht? Warum hängt diese Gedenktafel an diesem Haus? Warum steht dort ein Mahnmal? Wessen gedenken wir damit? Woran soll erinnert werden?

Orte der Erinnerung können spontan entstehen: der Ort, von dem man weggegangen ist, um etwas zu tun und an den man zurückkehren muss, um sich zu erinnern, aber auch der Ort, an dem eine Schlacht, ein Massaker oder ein feierliches Ritual stattgefunden hat. Sie werden

durch die Intervention bestimmter Gruppen und/oder Institutionen, beispielsweise in Form von Denkmälern, geschaffen. Dennoch ist es so, dass den Orten selbst kein immanentes Gedächtnis innewohnt, selbst wenn man glaubt, an ihnen „den Hauch der Geschichte“ zu spüren. Ein Ort trägt die Geschichte nicht in sich, ist per se nicht Erinnerungsort, sondern wird erst aufgrund der Zuschreibungen – durch das, was über diesen Ort gesprochen wird, aber auch durch das, was über diesen Ort nicht erzählt wird – zu einem solchen gemacht.

Das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft, einer Stadt, einer Gemeinde ist von seinen Inhalten und Strukturen her ein soziales und kulturelles Phänomen, es ist gemeinsamer Besitz und damit identitätsstiftend. Jede Stadt, jede kleinste Gemeinde hat ihre Geschichte, ihre Vergangenheit. Geschichte birgt Verantwortung. Aus diesem Grund müssen sich Städte und Gemeinden ihrer Geschichte bewusst sein, sie annehmen, sie aufarbeiten und, wenn möglich, daraus lernen. Wie dies möglich ist, soll am Beispiel von München gezeigt werden. Bei den von der Landeshauptstadt initiierten **Kultur-Geschichtspfad**³ handelt es sich um Rundgänge entlang historisch bedeutsamer Orte und Ereignisse in den Münchner Stadtvierteln. Sie dienen dazu, lokale Besonderheiten der Stadtgeschichte zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu entdecken; sie führen zu berühmten Bauwerken, historisch bedeutsamen Plätzen sowie Wohnungen und/oder Wirkungsstätten wichtiger Persönlichkeiten. Orientierungstafeln weisen vor Ort den jeweiligen Pfad und die betreffende Einzelstation aus. Die Wege werden durch Broschüren mit Übersichtskarten begleitet, die in der Stadt-Information im Rathaus gratis erhältlich bzw. im Internet abrufbar sind. Da sich die Stadt München ihrer Verantwortung für die Geschichte der Stadt bewusst ist, entstanden im Rahmen dieser Reihe die **ThemenGeschichtspfade**⁴ zur

Geschichte des Nationalsozialismus, zu Orten des Erinnerns und Gedenkens, zur Geschichte der Homosexuellen und jener der Frauenbewegung in München.⁵

Wenn man im Internet nach „Gedächtnis“ und „Stadt“ googelt, so erhält man zahlreiche Treffer, die auf Stadtarchive verweisen, wie die Beispiele Dornbirn⁶, Salzburg⁷, Düsseldorf⁸ oder Wiesbaden⁹ zeigen. Interessant ist, dass immer wieder die Formulierung „Gedächtnis der Stadt“ Verwendung findet.

Historisch gesehen scheiterten die Versuche für eine gesetzliche Regelung des Archivwesens in Österreich meist an der föderalen Struktur des Landes, da man von gesamtstaatlichen Vorstellungen ausging. Erst Ende der 1990er-Jahre – forciert durch die historische Forschung (Stichwort: Historikerkommission) – entstanden auf Bundesebene und in der Mehrzahl der Bundesländer Regelwerke für die Sicherung und Nutzung des Archivgutes. Die Archivgesetze der einzelnen Länder regeln die Behandlung des Archivgutes auf Landes- und Gemeindeebene. Gesetze bzw. Verordnungen gibt es bereits in Kärnten (1997), Wien (2000), Oberösterreich (2003), Salzburg und Vorarlberg (2008), Niederösterreich (2011) und der Steiermark (2013).¹⁰

„Archive sind das öffentliche Gedächtnis eines Landes. Als wissenschaftliche Institutionen schützen sie das Archivgut vor Vernichtung und Zersplitterung, gewährleisten seine Nutzung für Forschung, Bildung und Rechtssicherung und ermöglichen so eine Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur.“¹¹ Dass Gemeindearchive ihrem Auftrag nachkommen, zeigen unter anderem das Archiv der Stadt Linz¹² oder jenes der Stadt Baden bei Wien¹³ durch ihre Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit.¹⁴ Die fortschreitende Technologie und die damit einhergehende digitale Langzeitarchivierung des (kommunalen) Verwaltungsschriftgutes (Stichwort: elektronischer Akt)¹⁵ bilden künftig ein neues Aufgabenfeld

mit mannigfachen Herausforderungen für Archive. Das heißt, zu den Pflichten der Städte und Gemeinden zählt die Sicherung ihres historischen Erbes, welches neben signifikanten Bauwerken, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Traditionen vor allem in der archivalischen Überlieferung von Urkunden, Akten, Karten, Bildern, Tonträgern, Plänen, Unterlagen aus digitalen Systemen Ausdruck findet. Das historische Erbe einer Stadt, einer Gemeinde bestimmt ihr unverwechselbares kulturelles Erscheinungsbild und schafft „die Grundlage dafür, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihr identifizieren und sie zu der ihren machen können“¹⁶.

Schloss Laxenburg bei Wien,
Graphische Sammlung Albertina.
„Guckkastenserie“ für
Kaiser Ferdinand I.

- ¹ Schlögel, Karl: *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München, Wien 2003, S. 70. Zitiert in: Assmann, Aleida: *Geschichte findet Stadt*. In: *Kommunikation - Gedächtnis - Raum: Kulturwissenschaften nach dem »Spatial Turn«*, hrsg. von Moritz Csáky Christoph Leigeb, Bielefeld: Transcript 2009, S. 13.
- ² Vgl. dazu beispielsweise: DÖW (Hrsg.): *Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung*. Wien: Deuticke 1998. DÖW (Hrsg.): *Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Ergänzungen*. Wien: Deuticke 2001. Arnberger, Heinz; Kuretsidis-Haider, Claudia (Hrsg.): *Gedenken und Mahnen in Niederösterreich 1934-1945. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung*. Wien: Mandelbaum Verlag 2011.
- ³ Vgl. dazu: <http://www.muenche.n.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Stadtgeschichte/Kulturgeschichtspfade.html> [Download: 12.04.2013].
- ⁴ Vgl. dazu: <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Stadtgeschichte/ThemenGeschichtspfade.html> [Download: 12.04.2013]. Die ThemenGeschichtspfade sind zusätzlich zur Print- und Online-Version jeweils mit einer Audioversion verbunden.
- ⁵ <http://www.vol.at/gemeinde/die-stadt-dornbirn-und-ihr-gutes-gedaechtnis/3526791> [Download: 12.04.2013].
- ⁷ http://www.stadt-salzburg.at/internet/bildung_kultur/stadtgeschichte_332250/haus_der_stadtgeschichte_332260/glockengasse_8_332821.htm [Download: 12.04.2013].
- ⁸ <http://www.duesseldorf.de/stadtarchiv/> [Download: 12.04.2013].
- ⁹ <http://www.wiesbaden.de/kultur/archiv/archiv/gedaechtnis-der-stadt.php> [Download: 12.04.2013].
- ¹⁰ Vgl. dazu: Rosner, Willibald: *Nur altes Papier? Die niederösterreichischen Gemeindearchive auf dem Weg in die Zukunft*. In: *Forum Public Management* 2012, 3, S. 21-23, <http://www.kdz.eu/de/nur-altes-papier-die-nieder%C3%B6sterreichischen-gemeindearchive-auf-dem-weg-die-zukunft> [Download: 12.04.2013].
- ¹¹ NÖ Archivgesetz, LGBl. 5400. In: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrNo/LRNI_2011126/LRNI_2011126.pdf [Download: 12.04.2013].
- ¹² Vgl. dazu: Schuster, Walter; Jenner, Maria: *Das Archiv der Stadt Linz und die Zeitgeschichte*. In: *Scrinium* 2011, 65, S. 117-126, http://www.voea.at/tl_files/content/Scrinium/Scrinium_65/Scrinium_Nr_65_117-126.pdf [Download: 12.04.2013].
- ¹³ Vgl. dazu: Maurer, Rudolf: *Baden bei Wien – eine Stadt auf der Suche nach ihrer Zeitgeschichte*. In: *Scrinium* 2011, 65, S. 80-86, http://www.voea.at/tl_files/content/Scrinium/Scrinium_65/Scrinium_Nr_65_080-086.pdf [Download: 12.04.2013].
- ¹⁴ Vgl. dazu auch die weiteren Beiträge des Bandes 65 der Zeitschrift *Scrinium* zum Thema „Archive – Politik – Zeitgeschichte“ in: <http://www.voea.at/41.html> [Download: 12.04.2013].
- ¹⁵ Vgl. dazu: <http://www.oesta.gv.at/site/5761/default.aspx> [Download: 12.04.2013].
- ¹⁶ Bräunche, Ernst Otto: *Tradition und Innovation: Kommunalarchive in Deutschland*. In: *Das Rathaus* 66(2013), 1, S. 7.



Verschwimmende Grenzen

Der 1. Österreichische Stadtregionstag zeigte, wie Städte und Gemeinden kooperieren, um Strukturen mit Qualität und damit starke Regionen zu schaffen. Nationale und internationale Beispiele verdeutlichten die Notwendigkeit dieser Prozesse des Miteinanders.

„Planung ist das Ersetzen des Zufalls durch den Irrtum.“ Stefan Schelle, Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching bei München, ließ mittels Humor von Beginn an wissen, dass Patentrezepte im Bereich von Agglomerationsräumen eine Illusion sind. Schelle war zum 1. Österreichischen Stadtregionstag in Graz geladen, um das Oberhachinger Erfolgsmodell vorzustellen (siehe Interview unten). Bereits in den 1970er-Jahren wurden dort Planungsprozesse in Gang gesetzt, die heute an vielen anderen Orten erst in der Diskussionsphase stecken. Dabei ist gerade in Zeiten leerer Kassen der Kommunen bei der strukturellen Vernetzung von Städten und Gemeinden Taktendräng gefragt. Synergien wollen genutzt werden. Wie kann man diese Entwicklung steuern?

Wie kann dieses gemeinsame Handeln zu einem Erfolg werden? So lauteten die vorab definierten Fragen zur erstmaligen Austragung des Österreichischen Stadtregionstags.

Weil es auf komplexe Fragen selten einfache Antworten gibt, war es ein Reigen an Vortragenden, der versuchte, anhand des eigenen Herausforderungsfeldes Denkanstöße zu geben. EU-Kommissar Johannes Hahn sprach über die europäische Stadtregionspolitik. Barbara Crome, Hahns Kollegin bei der Europäischen Kommission, blickte auf die EU-Strukturfondsperiode 2014–2020 und gab zu bedenken, dass sich das Thema insofern bereits schwierig gestaltet, da es an einer für ganz Europa allgemein gültigen Definition einer Stadtregion mangle. Axel Prieb, der Erste Regionsrat der Region Hannover, er-

läuterte das fragile System der Wechselwirkungen zwischen Stadt und Umlandgemeinden und der dahinter stehenden Psychologie. Hiesige Best-Practice-Beispiele von Vorarlberg bis Bruck an der Leitha gaben Einblick in die tägliche Praxis von Regionalisierungsprozessen.



Stefan Schelle ist Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching.

Der komplexe Eurodistrict Basel

Viele Teilnehmende aus der Verwaltung dürften jedoch Erleichterung verspürt haben, als die Gesandtschaft aus dem sogenannten Eurodistrict Basel am Wort war. Angesichts der im Raum Basel herrschenden Komplexität, wirkt manch hiesiger Verflechtungsprozess zwischen Städten und Gemeinden als überschaubare Herausforderung. Die Baseler

Agglomeration ist eine trinationale Angelegenheit. Dort, wo die Schweiz, Frankreich und Deutschland aufeinandertreffen, hat sich ein Cluster gebildet, der als eine einzige Stadt wahrzunehmen ist und den es von den unnatürlich gezogenen Grenzlinien zu befreien gilt. Hier treffen drei Rechtssysteme ebenso aufeinander wie drei Landessprachen – auch wenn dazwischen nur der Rhein fließt, sind die strukturellen Barrieren riesig.

Vor allem die Bewahrung der Identität zwischen Landschaft und Stadt habe eine der ganz zentralen Fragen in diesem Prozess bedeutet, nannte Klaus Eberhardt, der Bürgermeister des auf der deutschen Seite gelegenen Rheinfelden, einen der grundlegenden Ansätze, um der herrschenden Zersiedelung etwas entgegenzusetzen. Letztlich wurde ein Verein nach französischem

Recht gegründet, um eine strukturelle Basis zur Überwindung der Grenzen zu schaffen. 60.000 GrenzgängerInnen gibt es in der prosperierenden Region allein in Basel und Basel Landschaft. Der in der Region befindliche Euro-Airport befördert ca. fünf Mio. Passagiere jährlich. Das verlange nach entsprechender Mobilität, nannte Frédérique Duvinage, Geschäftsführer des Vereins, den Verkehr als eine der wichtigsten Kategorien, die in harmonischen Einklang auf allen Länderseiten zu bringen sind. Dass solche Vorhaben nicht von einem Tag auf den anderen umzusetzen sind, zeigt das Beispiel der dortigen Straßenbahn. Duvinage: „Es dauerte 15 Jahre bis zur ersten grenzüberschreitenden Straßenbahn.“ Vermeintliche Kleinigkeiten, wie unterschiedliche nationale Vorschriften – z. B. die Bremslichter von Straßenbahnen betreffend –, können dabei durchaus zu wahren Hürden heranwachsen, gestand Duvinage. Und verdeutlichte damit, dass Prozesse der regionalen Zusammenarbeit aus vielen kleinen, mitunter skurril anmutenden Puzzlesteinen bestehen.

Das „gallische Dorf“ bei München

Stefan Schelle ist Bürgermeister von Oberhaching. Das Verhältnis zur Millionenstadt München war nicht immer harmonisch. Heute profitieren beide voneinander.

ÖGZ: Herr Bürgermeister Schelle, in Oberhaching gibt es keinen Einzelhandel auf der grünen Wiese. Dementsprechend auch keine Leerstände in der Ortsmitte, sondern eine funktionierende Lebensmittelversorgung. Wie geht das?

Stefan Schelle: Das hat eine lange Vorgeschichte. Mit der Leitlinienplanung, die bei uns bereits in den Siebzigerjahren einsetzte, hat sich ergeben, dass wir eine ländlich orientierte Gemeinde bleiben wollen – mit einer starken Ortsmitte und einem Erscheinungsbild ohne Flachdächer, was Oberhaching 1974 in einer Orts-

AUS DEM STÄDTEBUND



Der 1. Stadtregionstag in Graz, u.a. mit Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger, Bürgermeister Nagl und Kommissar Hahn.

gestaltungssatzung festhielt. Das war zu jener Zeit, als rund um München die Trabantenstädte nur so aus dem Boden schossen. Mein Amtsvorgänger machte da nicht mit. Was die Planer aus München sagten, war ihm – salopp gesagt – wurscht. Mit dem Ansatz: Wir sind nicht das Anhängsel und damit der Befehlsempfänger Münchens. Es wurden keine Baugebiete ausgewiesen. Damals wurden wir bereits gewarnt: „Ihr verschlaft die Entwicklung!“ Und die haben wir ganz bewusst verschlafen. Die Grundstücke rund um München waren damals ja schon an die Bauträger verkauft und die Katholische Kirche hatte angesichts der erwarteten Flut an Umlandbewohnern bereits eine Kirche für 1.000 Personen gebaut. Aber die Oberhachinger wollten diese Entwicklung nicht.

Die rechtliche Legitimierung dieser Ortsgestaltungssatzung wurde damals aber zunächst angefochten ...

Stefan Schelle: Ja! Und diese Satzung hat bis zum Bundesverwaltungsgericht gehalten. Das Gericht hat gesagt, dass dies kein Eingriff ins Eigentum bedeutet, wenn die Gemeinde Gestaltungsrichtlinien vorgibt. Das hat die Oberhachinger damals im eigenständigen Weg bestärkt. Was in der Folge zu einem Umdenken in München führte. Man merkte dort, dass diese planerischen Orgien nicht funktionieren und dass München eigentlich davon profitiert, wenn das Umland ein qualitativvolles Wohnumfeld bietet. Das stärkt die ganze Region.

Wie konnten Sie nun die Wiesen am Ortsrand vom Handel und vom Parkplatzbau freihalten?

Stefan Schelle: Vor gut zehn Jahren sind die Expansionsmanager auch bei mir Schlange gestanden und haben ähnliches gesagt wie bereits in den Siebzigerjahren: „Ihr verschlaft die Entwicklung im Einzel-

handel. Ihr werdet schon sehen, wo ihr bleibt.“ Wir haben nicht mitgemacht und heute bei einer Einwohnerzahl von etwa 14.500 Menschen fünf Metzger, unzählige Bäckereien und keinen Leerstand in der Ortsmitte. Diese vitale Mitte bildet nun eine stark identitätsbildende Komponente. Unser Wochenmarkt verstärkt das. Die Lebensmittelversorgung blieb zentral. Das tut dem Ort gut. Augenblicklich gibt es zwei Bauvorhaben in der Ortsmitte, wo sich große Lebensmittelvollversorger ansiedeln. Das machen diese Konzerne normalerweise nie. Aber die Kaufkraft ist bei uns vorhanden – so zwingt man die Konzerne tatsächlich dazu, statt 240 Parkplätze auf der grünen Wiese 100 Tiefgaragenplätze im Zentrum zu bauen, die sich der Lebensmittelversorger noch dazu mit dem Gemeindesaal teilen muss.

Johannes Luxner, freier Journalist

Zukunft Stadtregionen?

Städte und ihr Umland – die sogenannten „Stadtregionen“ – müssen künftig verstärkt zusammenarbeiten, denn das Leben der Menschen hält sich nicht an Gemeindegrenzen. So sollten Aufgaben wie der Nahverkehr, die Naherholungsgebiete oder die Regionalplanung idealerweise nicht nur auf Kernstädte beschränkt sein, sondern auf die Region ausgeweitet werden.



- Alfred Nagelschmied vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 16 Verkehr und Hochbau

Herr Nagelschmied, was bedeutet regionale Zusammenarbeit im Fall einer Metropole wie Graz und ihrem Umland? Wo liegen die Herausforderungen?

Regionale Zusammenarbeit bedeutet insbesondere im Bereich der Mobilität, dass für die Lösung der Probleme ein gemeinsames Bild der Situation, der Ziele und der Lösungsmöglichkeiten geschaffen wird. Die Herausforderung liegt wie überall darin, dass der Blick über den eigenen Tellerrand den Blick auf das Ganze freigibt und zum Teil auch eigene Interessen im Interesse des Ganzen zurückgesteckt werden.

Stimmen die Rahmenbedingungen zur Umsetzung für solche Kooperationen? Inwiefern herrscht ein gewisser Verbesserungsbedarf?

Die Rahmenbedingungen werden im Rahmen der Gemeindestrukturreform in der Steiermark gerade geschärft und eine enge Kooperation zwischen Graz und dem Umland institutionalisiert. Der öffentliche Verkehr, insbesondere der regionale Schienenverkehr, ist das Rückgrat für die Ökologisierung des Verkehrssystems in Ballungsräumen und es sind auch innerhalb der Verwaltung große Umdenkprozesse erforderlich. Schließlich geht es um eine radikale Trendumkehr: weg vom KFZ und vom Straßenbau hin zur massiven Förderung des Umweltverbundes.



- Bernhard Fischer, Geschäftsführer Römerland-Carnuntum

Herr Fischer, welche Nutzung von regionalen Synergien bieten sich im Fall der Smart Region Bruck an der Leitha besonders an?

Ein aktives Zentrum stärkt die ganze Region. Bruck an der Leitha ist neben Fischamend und Schwechat unbestritten ein Zentrum der Region Römerland Carnuntum und will deshalb auch eine führende Rolle übernehmen. In einer Zeit der zunehmend vernetzten Zusammenarbeit und gegenseitigen Abhängigkeit kann nur ein starkes und aktives Zentrum auch die Region als Ganzes stärken.

Was bedeutet der Ansatz der regionalen Zusammenarbeit konkret für den Wirtschaftsstandort? Wer profitiert in welcher Form?

Die starke Beteiligung der Kommunen ist ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung von regionalen und städtischen Zielen. Viele der in der Lokalen Aktionsgruppe „Römerland-Carnuntum“ angesprochenen Optimierungsprozesse sind an Aktivitäten auf der örtlichen Ebene geknüpft. Nachhaltige Stadtentwicklung und die Lokale Aktionsgruppe „Römerland-Carnuntum“ haben in vielen Punkten gemeinsame Ziele und Inhalte. Um Synergien zu nutzen, arbeiten die Stadtentwicklung und die Lokale Aktionsgruppe-Römerland-Carnuntum eng zusammen. Ergebnisse, Erkenntnisse und Zielorientierungen aus dieser Zusammenarbeit finden direkt oder indirekt Eingang in den Stadtentwicklungsprozess, dessen strategisches Hauptziel eine nachhaltige, zukunftsbeständige Entwicklung der Stadt Bruck an der Leitha ist.

Die Interviews führte
Johannes Luxner

Fortsetzung des Artikels „Mehr Verständnis für die gegenseitige Abhängigkeit“, Österr. Gemeinde-Zeitung ÖGZ, Ausgabe 5/2013 (56-57).



Foto: Volava/PID

Einfaches Navigieren im mobilen Stadtplan wien.at

Das Video-Portal wien.at-TV zeigt das Leben in der Stadt in bewegten Bildern: Wöchentliche Nachrichtensendungen, Live-Übertragungen aus dem Gemeinderat und Webcams an verschiedenen Hotspots zeigen in, was in Wien passiert. Das „Virtuelle Amt“ erleichtert hunderte Behördenwege – neben generellen Amts-Infos können viele Amtswege gleich online erledigt werden.

HISTORISCHER UND ÖKOLOGISCHER STADTPLAN

Der wien.at-Stadtplan ist mehr als nur eine Karte. Luftbilder und Adress-Suche sind lediglich der Einstieg. Historische Pläne von 1547 bis ins 19. Jahrhundert zeigen, wie sich Wien über die Jahrhunderte veränderte, wuchs und schließlich zu der Stadt wurde, die es heute ist. Eine Datenbank liefert Details zu ArchitekturInnen und Baustilen tausender Gebäude.

Jetzt gibt es auch eine neue mobile Version des Stadtplanes wien.at. Sie ist für die meisten Smartphones der Android- und iOS-Familie verfügbar. Der digitale Stadtplan ist webbasiert: auf dem mobilen Gerät braucht man daher keine App-Installation.

WIEN.AT

VON DER STADT FÜR DIE STADT

Das Onlineportal der Stadt Wien kann viel und ist für alle da: wien.at liefert die wichtigsten Informationen zu allen Bereichen des städtischen Lebens.

WAS IST LOS IN WIEN? Wo sind die besten Ausstellungen? Was tut sich am Rathausplatz? Wie sah Wien im 16. Jahrhundert aus? Das sind nur einige wenige Fragen, die wien.at schnell und unkompliziert beantwortet. Von der Bädereröffnung bis zu den Kurzparkzonen in den Bezirken – wien.at fasst alle Infos aus den Magistratsabteilungen und Unternehmen der Stadt zusammen. Die Webseite der Stadtverwaltung kann viel: WienerInnen erhalten hier ebenso wichtige Infos wie TouristInnen und alle, die mehr über Wien erfahren wollen. Auf zehntausenden Seiten öffnet sich ein riesiger Informationsbereich zu allen Themen des städtischen Lebens: Von Bildung und Forschung über Bauen und Wohnen bis hin zur Umwelt.

WIEN.AT IST FÜR ALLE DA: Neben Deutsch ist das Portal auch auf Englisch und in den Sprachen Bosnisch/Kroatisch/Serbisch sowie auf Türkisch verfügbar. So ist es für MigrantInnen leichter, sich schnell in der Stadt zurechtzufinden und in Wien neu zu starten. Als wien.at 1995 online ging, war es ein kleiner Werbeauftritt. Mittlerweile ist das Portal zu einer der größten Infoseiten Österreichs gewachsen – wien.at ist eines der erfolgreichsten kommunalen Internetportale der Welt. Das liegt auch daran, dass das Angebot im Laufe der Jahre stetig erweitert und zum Teil grundlegend erneuert wurde. Seit drei Jahren gibt es wien.at auch in einer mobilen Version für Smartphones.

Info: www.wien.at/stadtplan, www.wien.at

URBAN PLUS

EU-geförderte integrierte Stadt-Umland-Entwicklung im Süden von Graz.

Seit Jahrzehnten stellen Raumplaner Diagnosen über den Zustand der österreichischen Kulturlandschaft: Dazu zählen die über lange Zeit verabsäumten Reformen in der Landes- und Regionalplanung, mangelnde Eingriffsmöglichkeiten in die lokale Flächenwidmung zur Wahrung übergeordneter Interessen oder offensichtlich falsche Anreizsysteme der öffentlichen Hand wie Wohnbaubeihilfe für „Zersiedelungsprojekte“ oder die Pendlerpauschale quasi als „Schmerzengeld“ für die oftmals selbstgewählte Distanzierung von den urbanen Kernstädten. Der Leidensdruck durch aktuelle Herausforderungen wie Zersiedelung, Flächenverbrauch und Zunahme von Pendlerströmen wird mittlerweile auch in den periphersten Gemeinden rund um die Städte spürbar.

Bekanntlich spielen sowohl psychologische als auch soziale und räumliche Aspekte bei der bevorzugten Wohnform eine wesentliche Rolle. So werden häufig Rahmenbedingungen wie Privatsphäre, Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit, Nähe zur Natur, Anzahl der Wohnräume, Sicherheit für die Kinder, Arbeitszimmer im Haus und private Außenflächen als wesentliche Entscheidungsgründe für Einfamilienhäuser angeführt. Auch die bereits obligatorisch nachgefragten Garagenplätze und/oder Carports und zusätzlicher Stauraum sowie das nachbarschaftliche Zusammenleben – das nahezu gleich bedeutend wie die rechtliche und finanzielle Unabhängigkeit gesehen wird – erscheinen vielen als wichtig.¹ Für einen Großteil der ÖsterreicherInnen ist daher seit Längerem das Einfamilienhaus die beliebteste Wohnform. Die Siedlungsentwicklungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die klaren Grenzen zwischen Stadt und Land aufgehoben und neue Siedlungsformen an deren Über-

gangsbereichen entstehen lassen. Diese Raumtypen – Vorstadt, Suburbia, Zwischenstadt oder im Englischen „urban sprawl“ genannt – weisen jedoch charakteristischerweise in der Bebauung geringere Siedlungsdichten bei höheren Infrastrukturherstellungskosten auf und entsprechen weder aktuellen ökonomischen noch ökologischen oder sozialen Nachhaltigkeitskriterien. Auch nachteilige soziale Aspekte kommen in diesen Einfamilienhausarealen immer mehr zu tragen, wie beispielsweise zunehmende Vereinsamung älterer Menschen oder deren erschwerte Versorgungslage.²

Spricht man mit kommunalen VolksvertreterInnen, werden selbstverständlich die Vorteile von wachsenden Gemeinden genannt.

Man hätte bessere Karten beim Poker um Bedarfszuweisungen von Seite der Landesverwaltung. Manche hoffen sogar, die magische 10.000er-EinwohnerInnenmarke zum

Sichern von Finanzausgleichszahlungen zu erreichen. Konzernfilialen, Gewerbe- und Industrieansiedelungen, Einkaufszentren und/oder Gewerbeparks „auf der grünen Wiese“ werden teils mit Sonderkonditionen ins Gemeindegebiet gelockt, um deren Kommunalsteueranteile in die meist leeren Gemeindekassen sprudeln zu lassen. Mit diesen althergebrachten kommunalen Finanzierungskonzepten lassen sich teils auch kuriose Infrastrukturprojekte realisieren, deren Notwendigkeit besonnene Stimmen zwar in Frage stellen, mit denen man jedoch den Dank und Respekt der BürgerInnen und letztlich auch die kommenden Wahlen gewinnen könnte. Übrig bleibt letztlich eine amorph verbaute, zersiedelte Kulturlandschaft, die ihren Namen nicht mehr verdient: der vielzitierte Speckgürtel. Es lohnt sich jedoch auch darüber nachzudenken, ob es nicht noch andere Gründe

als die beschriebenen individualisierten Wohnansprüche in Form des „Modells Einfamilienhaus“ gibt, weshalb einst die sogenannte Stadtfucht einsetzte. Gründe, die in den heutigen Städten selbst, in ihrer Politik und letztlich auch in ihrer Verwaltung zu suchen sind und deren Ursachen engagiert entgegenzutreten ist.

Hier wäre zunächst der starke Siedlungs- und Flächendruck in den Kern- bzw. Innenstädten zu nennen, der mit zumeist steigenden individuellen Flächenansprüchen und hohen Miet- und Baulandpreisen in innerstädtischen Lagen einhergeht. Faktoren, die den längerfristigen Prozess der Wohnsuburbanisierung ins städtische Umland, wo Flächenpreise niedriger sind und die Verfügbarkeit an Wohnbauland größer ist, mit sich brachten. Weiters haben Kernstädte meist traditionell ein Imageproblem gegenüber dem Umland, das häufig und leider zugegebenermaßen meist auch berechtigterweise als attraktiver gesehen wird.

Da die gestiegene individuelle Mobilität nicht mehr eine unmittelbare räumliche Nähe des Wohnortes zum Arbeitsplatz bedingt, spielen eine kinderfreundliche Umgebung, eine teils höhere Wohn- und Lebensqualität, ein grünes Wohnumfeld, die Nähe zu Freizeiteinrichtungen und die landschaftliche Attraktivität des Umlandes eine immer größere Rolle für die Wahl des Wohnsitzes. Dies sind berechnete Ansprüche der BewohnerInnen, die man mit heutigem planerischen Wissen auch in urbanen, verdichteten Räumen ohne Wenn und Aber umsetzen müsste. Suburbanisierung wurde nicht zuletzt auch durch ein deutlich verändertes Mobilitätsverhalten mit gleichzeitigem Ausbau des Verkehrsnetzes, einem nachhinkenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und insbesondere durch eine stark gestiegene individuelle Motorisierung ermöglicht.³

Die große Ironie an den Trends „Stadtfucht“ und „Suburbanisierung“ ist jedoch, dass gerade diejenigen, die ihr Heil in der (vermeintlich) naturnahen, ruhigen, erholsam bietenden Stadtumland-Situation



Christian Nußmüller,
Stadtbaudirektion Stadt Graz

AUS DEM STÄDTEBUND

suchen, diese ländlichen Idyllen spätestens ab dem Eintreten eines Massenphänomens selbst wieder zunichte machen. Wie schön wäre die Vorstellung, wenn BewohnerInnen und politische EntscheidungsträgerInnen in den leidgeplagten Stadtregionen plötzlich ein Bewusstsein für übergeordnete raumplanerische Entwicklungszusammenhänge bekämen.

Neben anderen europäischen Agglomerationsräumen hat man sich auch im Süden der Landeshauptstadt Graz bereits in der Vorbereitung der aktuellen EU-Strukturfondsperiode 2007–2013 bemüht, die bereits teilweise genannten Themen und Herausforderungen in der Stadtregion mittels integriertem Entwicklungskonzept zu fokussieren. Durch den Einsatz von Förderungen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung konnte man ein Anreizsystem für die Entwicklung und Umsetzung interkommunaler Kooperationsprojekte in einem definierten Teil der Stadtregion schaffen. Dank der guten Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde des Landes Steiermark gelang es, für ein ein-

gegrenztes Förderungsgebiet das Aktionsfeld URBAN PLUS im operationellen Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007–2013“ zu implementieren, das sich während der gesamten Programmperiode ausschließlich der integrierten Stadt-Umland-Entwicklung im Süden von Graz widmet. Dieses stadtgrenzenübergreifende Förderungsgebiet umfasst die vier südlichen Grazer Stadtbezirke St. Peter, Liebenau, Puntigam und Straßgang sowie die daran angrenzenden kleinregionalen Entwicklungsverbände GU-SÜD und GU 8, bestehend aus insgesamt 16 Umlandgemeinden mit einer Größe von jeweils 1.000 bis 7.000 EinwohnerInnen. Insgesamt leben im URBAN-PLUS-Gebiet aktuell über 100.000 Menschen. Gemeinsam wurden und werden so unter Koordination der Stadtbaudirektion Graz aktuell insgesamt 26 regional wirkende Teilprojekte für bislang 8,3 Millionen Euro, davon 2,7 Millionen Euro aus EU-Regionalfondsmitteln, umgesetzt.

URBAN PLUS fördert innovative Projekte in folgenden vier Themenbereichen:

- Integrierte, stadtgrenzenübergreifende Standortentwicklung zur Vorbereitung einer vorausschauenden, koordinierten Entwicklung des Gesamttraumes;
- Verkehrs- und Mobilitätsmaßnahmen im Schnittstellenbereich Stadt-Umland;
- Grünraumentwicklung, Naherholung und ökologische Ausgleichsmaßnahmen;
- Lokale Partnerschaften zur Verbesserung der Qualität als Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum.

Projekte können von den beiden genannten Gemeindekooperationen oder auch Einzelgemeinden sowie Abteilungen der Stadt Graz zur Förderung beantragt werden. Eine wertvolle Unterstützung bei der Projekteinreichung und -umsetzung erhalten die Gemeinden durch das „Regionalmanagement Graz & Graz-Umgebung“. Pflichtkriterien für eine Projektförderung sind eine Projektkooperation zwischen der Stadt Graz und einer Gemeindekooperation oder einzelnen Umlandgemeinden, positive Projektauswirkungen sowohl für Stadt als auch für Umland, sowie die Übereinstimmung mit etwaigen überge-



Stadt Graz Vermessungsamt

AUS DEM STÄDTEBUND

ordneten Planungen auf regionaler Ebene. Insgesamt stehen 2007 bis 2013 dafür rund 2,79 Mio. Euro an Fördermitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Bei einer Maximalförderquote von 50 Prozent werden diese durch die beteiligten Kommunen sowie durch Landes- oder Bundesmittel in mindestens derselben Höhe vor- und kofinanziert. Bereits erfolgreich abgeschlossen sind Vorhaben wie der Bushaltestellenausbau für Regionalbuslinien sowie deren Bewerbung, das Shared-Space-Projekt der Marktgemeinde Feldkirchen bei Graz, die Errichtung eines Generationenparks in der Marktgemeinde Hausmannstätten oder eines Skateparks im Grazer Bezirk Liebenau. Auch innovative kleinräumige Verkehrskonzepte oder Studien zum PendlerInnenverhalten in der Stadtregion oder zu Nachverdichtungspotenzialen in suburbanen Einfamilienhausgebieten konnten bislang bereits realisiert werden. Aktuell in Durchführung befindet sich unter anderem ein erstmaliges gemeinsames Hochwasserschutzprojekt der Stadt Graz mit den Nachbargemeinden Raaba und Grambach. In der Diskussion zu den Stadtregionen geht es primär um die Etablierung dieser eigenständigen, für Österreichs wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung besonders relevanten Raumeinheit. Dementsprechend reicht es nicht aus, allein auf eine Verbesserung der in einer Stadtregion ablaufenden Planungs- und Entscheidungsprozesse zu setzen, sondern generell Stadtregionen im Gesamtsystem österreichischer Politik zu installieren. Die Schweiz betreibt seit über zehn Jahren eine dezidierte Agglomerationspolitik, die auf der fortlaufenden Ausschreibung von Modellvorhaben in Agglomerationen basiert, für die auch ein eigenes Bundesbudget ge-

schaffen wurde. 2011 wurde diese Agglomerationspolitik positiv evaluiert und soll im Wesentlichen in der bisherigen Form weitergeführt werden. Auf allen drei Verwaltungsebenen (Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden) genießt die Agglomerationspolitik eine hohe Akzeptanz, und die Agglomerationsprogramme und der Infrastrukturfonds des Bundes haben wesentlich zu einer besseren Abstimmung der Verkehrs- und Siedlungsentwicklung aufeinander beigetragen.⁴

Auch für Österreich bemüht sich die ÖREK-Kooperationsplattform Stadtregion aktuell um eine Diskussion über die Herausforderungen in Agglomerationsräumen, respektive um die Weitergabe der Vision einer optimalen Zusammenarbeit in der Stadtregion als Ergebnis einer permanenten Auseinandersetzung zwischen den Bedürfnissen des Einzelnen, gesellschaftlicher Gruppen und der öffentlichen Hand.

Weiterhin bleiben jedoch in Österreichs Stadtregionen Fragen hinsichtlich einer besser koordinierten, nachhaltigen Regionalplanung offen, die sich vorrangig mit Themen wie dem Flächenverbrauch und der Entwicklung interkommunaler Standortentwicklungsstrategien auseinandersetzen müsste. Auch die Frage einer Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichssystems in Richtung einer speziellen Berücksichtigung der Raumeinheit „Stadtregion“ harrt aktuell noch einer Lösung. Jedenfalls wird man sich in Österreichs Stadtregionen zukünftig auch vermehrt mit dem Phänomen nach und nach frei werdender Baulandreserven in Einfamilienhausgebieten der 1950er- bis 1970er-Jahre auseinandersetzen müssen. Neubebauungen müssten hier selbstverständlich entsprechende Wohn- und Raumordnungsqualitäten bei erhöhter Bebauungs-

dichte aufweisen. Nationale Förderpolitiken, wie die Wohnbauförderung, müssten endlich auf diese Anforderungen Rücksicht nehmen. Die EU-geförderten Kooperationsprojekte im Rahmen von URBAN PLUS gaben Graz und 16 seiner Umlandgemeinden in den vergangenen Jahren die einmalige Chance, eine Art „stadtreregionales Labor“ zum Austesten intensiverer Kooperationen auf Planungsebene einzurichten. Für die Stadtregion Graz war das Aktionsfeld URBAN PLUS jedoch auch ein wichtiger Impuls für eine intensivere Auseinandersetzung mit den kommunalen Nachbarn und die gemeinsame Entwicklung der Stadtregion hin zu einem wettbewerbsfähigen Standort mit lebenswerten Wohnqualitäten. Die Stadt Graz versucht aktuell gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund und anderen Städten das stadtreregionale Kooperationsthema auch in der kommenden Strukturfondsperiode 2014–2020 in übergeordneten Strategien auf Landes- und Bundesebene zu verankern. Geeigneter Fokus in der Stadtregion Graz könnte in den kommenden Jahren neben dem integrierten Stadtentwicklungsansatz die Erstellung einer Smart-Region-Strategie für den steirischen Zentralraum sein, ausgehend vom bereits umsetzungsreifen Smart-City-Konzept Projekt Graz Mitte.

Christian Nußmüller,
Stadt Graz, Stadtbaudirektion

¹ Vgl. A. Mayer, 2012: *Verdichtet wohnen wie im Einfamilienhaus*. In: *Schweizer Gemeinde Ausgabe* 10/12, S. 30-31

² Vgl. R. Rossegger, G. Prasenc et al. 2011: *Dichtedialog. Sozial verträgliche Nachverdichtung. Endbericht des URBAN PLUS-Projekts*. S. 10

³ Vgl. Internetlink: <http://de.wikipedia.org/wiki/Suburbanisierung> (Abruf am 15.04.2013)

⁴ K. Wirth, A. Schantl, 2012: *Beitrag in KDZ FORUM PUBLIC MANAGEMENT #2 2012*, S. 16



Investitionen in Ihre Zukunft

Kofinanziert von der Europäischen Union
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

INFOS:

www.urbanplus.at, www.innovation.steiermark.at

Verwaltungsbehörde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 14 - Wirtschaft und Innovation, Dr. Gerd Gratzner (innovation@stmk.gv.at)

Verantwortliche Förderungsstelle: Stadt Graz, Stadtbaudirektion, Referat für EU-Programme und internationale Kooperation

DI Gerhard Ablasser (gerhard.ablasser@stadt.graz.at), Mag. Christian Nußmüller (christian.nussmueller@stadt.graz.at)





WIEN GOES OPEN DATA

Der preisgekrönte Online-Datenkatalog der Stadt Wien fördert Offenheit und den Austausch zwischen BürgerInnen und Verwaltung.

FÜR MEHR TRANSPARENZ und BürgerInnenbeteiligung setzt jetzt die Stadt Wien ganz auf „Open Government“. Mit dem Startschuss zu „Open Government Data Wien“ läutete die Stadt im März 2011 eine neue digitale Zukunft ein. Der bisherige Weg ist mit Erfolgen gekrönt: Der Open-Data-Katalog hat bereits internationale Auszeichnungen erhalten. In diesem Datenkatalog können WienerInnen Infos jederzeit kostenlos abfragen: Informationen zu Ämtern, Schwimmbädern, W-LAN-Hotspots, Krankenhäusern und vielem mehr. Außerdem findet man hier auch die Standorte von Park & Ride-Anlagen, Hundezonen und Christbaumsammelstellen. Der Stadtplan wird

laufend durch neue Geo-Daten etwa zu Gewässern und Parkanlagen erweitert. Laufend aktualisiert wird auch die Kunstsammlung MUSA: Das Museum Startgalerie Artothek stellt laufend Informationen zu seiner Kunstsammlung ins Netz: Hier finden sich von der Stadt Wien gekaufte Kunstwerke von 1951 bis in die Gegenwart.

Zur Aufarbeitung geöffnet werden außerdem statistische Daten zu Bevölkerung, Energie und Wahlen. Ende März 2013 wurde der Data-Katalog um weitere elf Datensätze ergänzt: Neu sind Inhalte in den Bereichen Verkehr und Technik, Kultur, Umwelt sowie Verwaltung und Politik.

DEN ERSTEN PREIS gab es beim „eGovernment Wettbewerb 2011 – Deutschland, Österreich, Schweiz“. Einen Ehrenpreis erhielt der Open Government Data-Katalog ebenfalls, weil vor allem die Verbindung von E-Government und Open Data überzeugen konnte. Seither folgen zahlreiche andere Städte dem Vorbild Wiens.

Das Projekt steht für Offenheit und Transparenz: denn frei zugängliche Daten ermöglichen einen breiten, demokratischen Wissensaustausch und fördern den Dialog zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Open Data verbessert die Kommunikation und animiert zu Innovation und Entwicklung. Kreative können die Daten nutzen, um Anwendungen zu entwickeln. Auf diese Weise sind schon zahlreiche Apps und viele Projekte entstanden.

Info: www.data.wien.gv.at



Fachausschusses für Veterinärwesen: **Die „Afrikanische Schweinepest“**

Am 10. und 11. Oktober 2012 fand in St. Pölten die 78. Sitzung des Fachausschusses für Veterinärwesen statt. Nach der Begrüßung der TeilnehmerInnen durch Bürgermeister Mag. Matthias Stadler wurde die Tagung vom Vorsitzenden, Dr. Walter Reisp, eröffnet.

Anschließend stellte Dr. Walter Kirchmayer (MA 60, Veterinärdienste und Tierschutz) in seinem Vortrag die „Tierseuchenübung des Krisenstabes“ vor. Die Übung fand am 18. Juni 2012 statt. Ziel war es, die Einsatzbereitschaft und die Einberufung des Krisenstabes, das korrekte Vorgehen gemäß Krisenplan, die Dokumentation mittels Einsatzjournal und den Umgang mit Stress zu üben. Ausgearbeitet und begleitet wurde das Szenario von der Firma Infaprotect GmbH.

Danach informierte Mag. Hermann Gsandtner (Tierschutzombudsstelle Wien) in seinem Erfahrungsbericht über die Aufgaben seiner Dienststelle in puncto „Soziale Einrichtungen und Tierschutz“. Die Tierschutzombudsstelle Wien ist seit ihrem Bestehen mit Anfragen bezüglich der Unterstützung sozial schwacher Menschen konfrontiert. Es zeigte sich, dass den Verantwortlichen aus Betreuungsorganisationen die rechtlichen Rahmenbedingungen der Tierhaltung unbekannt waren. Das Sozialprojekt Wohnungslose startete am 6. März 2008 gemeinsam mit Organisationen wie Caritas, Rotes Kreuz,

Volkshilfe Wien, etc. Bei der Konzepterstellung galt es, vorerst eine Bedarfserhebung durchzuführen. Diese stellte sich als schwierig heraus, da keine genauen Zahlen zu eruieren waren. Weiters waren die Ausarbeitung eines Hygiene- und Gesundheitsprogramms, die Schaffung begleitender Maßnahmen wie tierärztliche Betreuung, Futter, vorübergehender Unterbringung von Tieren sowie die Abklärung des gesetzlichen Umfeldes und ein Vertrag zwischen TierhalterInnen und Heim notwendig. Für die Haltung von Hunden gelang es umfassendehaltungsempfehlungen auszuarbeiten, ebenso für Katzen, Kleinnager, Vögel und Fische. Die Haltung von Reptilien ist verboten. Neben dem wichtigen Sozialfaktor der Tiere hilft die gezielte Tierschutzarbeit in sozialen Einrichtungen der öffentlichen Hand Kosten einzusparen.

Ein gefährlicher DNA-Virus

Dr.ⁱⁿ Elisabeth Marsch (Bundesministerium für Gesundheit) stellte in ihrem Vortrag „Afrikanische Schweinepest – Gefahr aus dem Osten“ die aktuelle Verbreitung und das Beobachtungsszenario die-

ser Tierseuche dar. Der Erreger der Afrikanischen Schweinepest ist ein DNA-Virus aus der Familie der Asfarviridae. Überträger sind Warzen- und Buschschweine; die Übertragung erfolgt durch Lederzecken. Die Krankheit ist erstmals 1921 in Kenia beschrieben, später in Südafrika. 1957 wurde sie erstmals in Europa festgestellt. Es handelt sich um eine hochkontagiöse Tierseuche mit einer Mortalitätsrate von 100 Prozent. Sie hat schwere sozioökonomische Auswirkungen und es gibt keinen Impfstoff. Der Virus zeichnet sich auch durch hohe Umweltresistenz aus.

Abschließend berichteten Dr.ⁱⁿ Karen Jebousek und MR Dr. Peter-Vitus Stangl (Bundesministerium für Gesundheit) in ihrem Vortrag von der „Direktvermarktung und dem Einzelhandel bei Lebensmitteln tierischer und pflanzlicher Herkunft“. Abgerundet wurde das Programm der 78. Tagung des Fachausschusses für Veterinärwesen mit einer Führung durch die historischen Ausgrabungen der Stadt St. Pölten und einem Abendempfang.

Sabine Marchart, Österr. Städtebund

AUS DEM STÄDTEBUND

Finanzkommission: Rating und Gebietskörperschaften

Neben der Debatte zu tagespolitischen Themen wie der Reform des Haushaltswesens der Städte und Gemeinden, dem weiteren Fahrplan zur Reform des FAG und dem Spekulationsverbot hatten die Finanzverantwortlichen der größeren Städte und Gemeinden diesmal die Möglichkeit, aus erster Hand Informationen aus dem so umstrittenen Bereich der Ratingagenturen zu erhalten.

Am 14. Februar 2013 fand in Wien eine Sitzung der Finanzkommission statt. Mag. Alois Strasser (Standard & Poor's, Gruppenleiter Öffentlicher Sektor, Ratings Deutschland, Österreich, Schweiz) erläuterte in seinem Vortrag die Rating-Methodologie für Gebietskörperschaften.

Was ist Rating?

Rating wird demnach definiert als Prognose, die Verbindlichkeiten pünktlich und vollständig bedienen zu können; hat also nichts mit einer Wirtschaftsprüfung oder einer Kaufberatung zu tun. S&P verwenden insgesamt 22 Unterkategorien, wobei die Fixierung der öffentlichen Hand auf das AAA nicht ganz verständlich ist, da etwa die österreichischen Unternehmen im Durchschnitt nur BB geratet sind. Die Ratings spiegeln Ex-post-Ausfallswahrscheinlichkeiten wider, wobei mit zunehmender Laufzeit auch diese Ausfallswahrscheinlichkeit steigt. Durch die Analyse im Nachhinein verschieben sich die Werte von Jahr zu Jahr. AAA heißt nun im Unternehmensbereich etwa, dass nach einem Jahr 0% dieser Schulden ausfallen. Nach 15 Jahren aber

etwa 1,06%. Bei B-beurteilten Papieren beträgt der Ausfall nach 15 Jahren aber schon 33,3%. Für Staaten ist eine solche Analyse weit schwieriger, da es keine so klaren Indikatoren gibt. Es kann nicht bzw. kaum auf Erfahrungen mit echten Insolvenzen zurückgegriffen werden (die USA [Chapter 9] und die Schweiz haben durchaus ein Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften). Entscheidend ist hier also weniger die Zahlungsfähigkeit als die Zahlungswilligkeit. Dennoch sind Staatsratings wichtig als Grundlage für Unternehmensratings in diesen Staaten. Länder und Gemeinden werden, so wie Unternehmen, nur auf Auftrag geratet. Einzig NÖ und Wien werden in Zusammenhang mit den übernommenen Haftungen für ihre (früheren) Bankinstitute automatisch bewertet. Laut Strasser werden die Bereiche Analyse und Verkauf in seiner Agentur strikt getrennt, da Reputation das einzige Produkt der Firma sei. Grundlage für die Bewertung von Gebietskörperschaften ist die Analyse von acht Hauptfaktoren: institutioneller Rahmen, Wirtschaft, Haushalts- und Finanzmanagement, Haushaltsflexibi-

lität, Liquidität, Schulden, Eventualverbindlichkeiten (etwa Haftungen für Unternehmen der öffentlichen Hand). Der Faktor „Liquidität“ wird am höchsten, nämlich mit 20% gewichtet.

Dazu kommen Sonderanpassungsfaktoren wie etwa das Rating des Nationalstaates, der Zugang zu einer außerordentlichen Unterstützung durch die nächsthöhere Ebene, etc. Zusammenfassend sind insgesamt also Transparenz, Vorhersagbarkeit, Einnahmen- und Ausgabengleichgewicht (strukturell), Abgabeneinnahmepotential (BIP pro Kopf, diversifizierte Wirtschaftsstruktur, etc.), Cash Flow, Demographisches Profil, Qualität der öffentlichen Verwaltung, etc. wichtig.

In der Diskussion wurde festgehalten, dass Vermögen nur eine untergeordnete Rolle für die Bewertung spielt, da es zusätzlich ja auch den politischen Willen zur Veräußerung geben muss. Im Bezug auf den weit wichtigeren Faktor Liquidität wäre etwa der garantierte Zugang zur ÖBFA eine sehr positive Ergänzung der kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten.

Oliver Puchner, Österr. Städtebund



Die TeilnehmerInnen der Sitzung der Finanzkommission zum Thema „Rating“ im winterlichen Arkadenhof des Wiener Rathauses.

Netzwerk Gesunde Städte: Knittelfeld: Seelische Gesundheit

Knittelfeld stand am 21. und 22. März im Zeichen der Gesundheitsförderung. Die Gesunden Städte kamen zur Frühjahrstagung in die Obersteiermark.

Zunächst stand die mittlerweile 60. Ausschusssitzung auf dem Programm. Rund 25 VertreterInnen aus 15 Gesunden Städten pflegten ihren Informations- und Erfahrungsaustausch. Bürgermeister Siegfried Schafarik präsentierte Knittelfeld als dynamische Stadt, in der Gesundheit eine hervorragende Rolle spielt. Stadtarzt Dr. Heimo Korber und Gesundheitsreferentin Waltraud Rauscher stellten das Projekt „Was die Seele stark macht“ vor.

Das Projekt begann mit dem Vortrag „Von Werther zu Papageno“, der die Strategien zur Bewältigung von Krisen bei Depression vorstellte, und einer anonymen Befragung der städtischen Bediensteten zum Thema „Zufriedenheit am Arbeitsplatz“. 220 MitarbeiterInnen der Stadtgemeinde Knittelfeld konnten während der Arbeitszeit – großteils kostenlos – gesundheitsfördernde und stressabbauende Maßnahmen in Anspruch nehmen. Das ist steiermarkweit auf Gemeindeebene das erste Projekt dieser Art. Nach Auswertung von 172 abgegebenen Fragebögen hat das Team der Bedienstetenvertretung die Wünsche der Kolleginnen und Kollegen zusammengefasst und ein Programm entwickelt.

Die Hauptpunkte „Entspannung, Bewegung, Information und Schulung“ werden in wechselndem Rhythmus angeboten. Abwechselnd hatten bis März 2013 insgesamt 75 Personen an den Präventionsangeboten teilgenommen.

Ziel ist, das Gesundheitsprogramm sowohl auf die individuellen als auch auf die betrieblichen Rahmenbedingungen abzustimmen. Der Dienstgeber Stadtgemeinde Knittelfeld steht voll hinter diesem Projekt, macht auch selbst mit und unterstützt die Bediensteten und die Bedienstetenvertretung in allen Belangen.

Burn-out, Depression, Suizid

Der 22. März war der Fachtagung „Burn-out-Depression-Suizid: Präventionsstrategien“ gewidmet. Gerhard Plank von der steirischen Arbeiterkammer leitete in den Themenkreis ein: Burn-out beginnt als Kluft zwischen Erwartungshaltung und gelebter Realität. Die wichtigsten Faktoren für Burn-out sind in den komplexen Bereichen von Arbeitsbelastung und Überbelastung, Kontrolle und Verantwortung, Wertschätzung, Gemeinschaft und Team, Fairness und Gerechtigkeit sowie Wertgefüge zu finden. Dr. Ulrike Schrittwieser und Mag. Rosemarie Mayerdorfer berichteten über Suizidprävention in der Steiermark, wobei sie neuestes Material aus dem Bezirk Murtal präsentierten.

Die Steiermark liegt mit 19 Suiziden auf 100.000 EinwohnerInnen an der Spitze der Bundesländer. Das suizide Geschlechterverhältnis lautet 3,1 zuungunsten der Männer. Risikogruppen bzw. risikohafte Faktoren: Menschen in psychosozialen Krisen, psychiatrische Störungen, früheres suizidales Verhalten, ältere Männer, Jugendliche, chronische Erkrankungen, körperliche Einschränkungen, soziale Isolation, Einsamkeit, Armut, existentielle Bedrohung.

Dr. Thomas Kapitany sprach zum Thema „Depression: Ursachen, Entstehung und Prävention“. Die wichtigsten Einflussfaktoren für Depression sind: das Geschlecht (2:1 Frauen und Männer); der Familienstand; verheiratete Frauen sind gefährdeter als Singles; erhöht gefährdet sind: verwitwete, geschiedene und getrennt lebende Männer und Frauen. Sozio-ökonomische Risikofaktoren sind: geringes Einkommen, geringe materielle Ressourcen, geringer Ausbildungsstand und Arbeitslosigkeit. Prof. Gernot Sonneck stellte abschließend den österreichischen Suizidpräventionsplan vor. Die wichtigsten Punkte: bewusstsensibilisierende Maßnahmen; Unterstützung und Behandlung; spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche, Erwachsene,



ExpertInnen für eine „starke Seele“:
Gerhard Plank, Ulrike Schrittwieser, Rosemarie Mayerdorfer und Heimo Korber (v.re.)



Fotos: Peter Lüftenegger

Die Gesunden Städte in Knittelfeld.

ältere Menschen, Risikogruppen; Schulung und Entwicklung; eine nationale Expertise und die Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen.

Peter Lüftenegger, Netzwerk Gesunde Städte

INFOS:

Burn-out, Depression, Suizid:

www.plattformpsyche.at,

www.buendnis-depression.at,

www.suizidpraevention-stmk.at.

Die nächsten Netzwerk-Termine:

20./21. Juni in Linz: 61. Ausschusssitzung und Fachtagung zum Thema 20 Jahre Netzwerk Gesunde Städte Österreichs

15./16. Oktober: Herbsttagung in Klagenfurt

AUS DEM STÄDTEBUND

Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten: Die Erhaltung von Gemeinde- und Landesstraßen

Am 24. und 25. April 2013 fand in Dornbirn der Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten statt. Mit insgesamt rund 48.500 EW ist die gastgebende Stadt Dornbirn nicht nur die größte Stadt Vorarlbergs, sondern auch die zehntgrößte Stadt in Österreich.

Da Dornbirn mit ca. 12.500 Hektar auch ein recht großes Gemeindegebiet hat, ist das zu erhaltende Straßennetz dementsprechend groß. Zusätzlich erstreckt sich das Gebiet auch über einige Bergparzellen, weshalb mit den speziellen Herausforderungen von Bergstraßen gerungen wird. Im Tal hat man durch die Fixierung des Siedlungsrandes die – für die Infrastruktur teure – Zersiedlung gestoppt.

Bei der Kalkulation der Erhaltungskosten ist neben der Straßenlänge vor allem die Fläche entscheidend, da etwa höherrangige Straßen breiter sind. Diese Fläche ist nun einerseits nach dem Gebrauchswert (Oberfläche, Befahrbarkeit, etc.) zu beurteilen, andererseits aber auch nach dem Substanzwert, der auch den Unterbau miteinschließt. Es geht somit um die Frage, ob einfachere Instandhaltungen ausreichen (Richtwert Deckensanierung: 30 Euro/m²) oder Generalsanierungen (Richtwert: 182

Euro/m²) notwendig sind. Unter normaler Belastung (also etwa ohne vermehrten Bus- oder LKW-Verkehr) sind Deckensanierungen alle 15 Jahre, Generalsanierungen alle 40 Jahre durchzuführen.

Es muss festgestellt werden, dass oftmals nur rund die Hälfte der notwendigen Mittel eingesetzt werden, was zu einem nachhaltigen Substanzverlust führt. Für eine umfassende Kalkulation müssen auch Nebengebäude (insbesondere Brücken), Beleuchtung, Ampeln, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen berücksichtigt werden.

Bessere Koordination notwendig

Im städtischen Gebiet kommt es aufgrund der vielen Einbauten (Leitungen) zu einer hohen Anzahl von Aufgrabungen, die oft vorerst nur provisorisch verschlossen werden, was in der Bevölkerung oft auf Unverständnis stößt. Neben echten Problemen bei der Schnittstelle zwischen Erdbau und Straßenbau und Koordinierungsschwierigkeiten von vielen zuständigen Stellen ist oft ein länger dauerndes Abklingen der Setzungen notwendig. Diesen durchaus verständlichen Gründen stehen neben den Kosten die Belastungen durch doppeltes Aufgraben und die Entsorgung des Provisoriums entgegen.

Durch bessere Koordinierung der Grabungsarbeiten und der Komplett-Vergabe an eine Baufirma könnten in einigen Fällen Kosten gespart werden. Zudem wären Haftungsansprüche möglicherweise leichter durchzusetzen. Auch übertriebene Qualitätsstandards (Übergriffe im wenig belasteten Gehsteigbereich) sind zu hinterfragen. Ebenso sollten Schadensmeldungen zur Geltendmachung von Haftungsansprüchen zentral gesammelt werden.

Straßenzustandserhebungen werden etwa alle fünf Jahre mittels eines speziellen Messfahrzeugs durchgeführt, deren Daten in das PMS-System eingespielt werden. Die Beurteilung der Unterbaukonstruktion gestaltet sich als besonders schwierig und wird bei den Landesstraßen weniger oft bzw. einheitlich durchgeführt. Für Gemeindestraßen sind solche Messungen ganz besonders schwierig, weil die vielen Einbauten die Erfassung verzerren.

Als besonders kritisch hat sich die mangelnde Überleitung der Analyseergebnisse in das tatsächliche Bauprogramm herausgestellt. Oftmals werden andere Prioritäten gesetzt und insgesamt wird zu wenig in die Instandhaltung investiert.

Oliver Puchner, Österr. Städtebund





Wahlkarte für die Nationalratswahlen:

Elektronischer Antrag mit Handy-Signatur bzw. Bürgerkarte spart Zeit und Geld

Das „Superwahljahr 2013“ bringt für Bund und Länder, aber besonders auch für Städte und Gemeinden Kosten bei der Abwicklung der Wahlen mit sich. Die Kommunen können aber finanzielle Belastungen reduzieren und dabei dennoch hochqualitativen Service bieten. Diese Möglichkeit steht jenen Städten und Gemeinden offen, die die Antragstellung mit signierbarem Online-Formular für die Wahlkartenbestellung zur Teilnahme an den Nationalratswahlen am 29. September 2013 anbieten.

Die Nationalrats-Wahlordnung 1992 sieht vor, dass Wahlkarten, die postalisch versandt werden, grundsätzlich als eingeschriebene Briefsendungen zu verschicken sind.

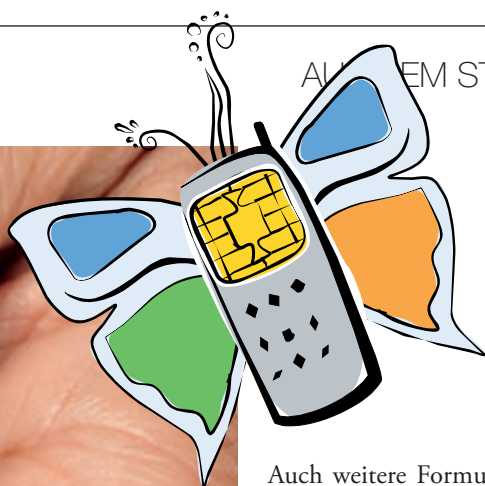
Das bedeutet mühsame Wege zum Postamt für jene Wahlberechtigten, die zum Zeitpunkt der persönlichen Abgabe der

Wahlkarte durch den Zusteller nicht zu Hause sind. Für die Kommunalverwaltungen fallen jedenfalls Kosten für das Einschreiben an. Es gibt jedoch eine Variante, die Einschreibkosten für den Versand der Wahlkarte zu sparen. Die Weiche dazu muss jedoch bereits im elektronischen Antrag gestellt werden.

Vorteile für Behörden und Antragstellende

Wird der Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte mit Handy-Signatur oder E-Card mit Bürgerkartenfunktion signiert, muss die Wahlkarte von der Stadt/Gemeinde nicht – wie bei Antragstellung ohne Signatur – mit eingeschriebener

ALLES IM STÄDTEBUND



Auch weitere Formularanbieter im kommunalen Bereich (z. B. IT-Kommunal GmbH oder Comm Unity) bieten ein entsprechendes Onlineformular für die Beantragung der Wahlkarte mit elektronischer Signatur an.

Bürgerinnen und Bürger informieren

Informieren Sie Ihre Wohnsitzbevölkerung aber auch rechtzeitig über den Vorteil der elektronischen Antragstellung der Wahl-/Stimmkarte mit Handy-Signatur und e-Card. HELP.gv.at bietet neben detaillierten Informationen zum Wählen mit Wahlkarte zur raschen Übernahme in die gemeindeeigene Website mittels „Content-Syndizierung“ auch „Textbausteine zum Wahl-/Stimmkartenantrag“ an, die Städte und Gemeinden im eigenen Amtsblatt oder auf ihrer Website verwenden können. Sie finden diese auf www.help.gv.at/partner unter dem Menüpunkt „Downloads: Textbausteine für Gemeinde-Websites“. Darin werden die Vorteile der Antragstellung mit Handy-Signatur für die Bürgerinnen und Bürger ebenso beschrieben, wie die rasche und einfache Beantragung der Signatur auf dem Mobiltelefon.

Rasche und einfache Aktivierung der Handy-Signatur

Immer mehr Städte und Gemeinden bieten den Bürgerinnen und Bürgern die Aktivierung von Mobiltelefonen für die elektronische Signatur direkt vor Ort an. Die Handy-Signatur – kostenlos und in nur wenigen Minuten freigeschaltet – ist sofort einsatzbereit.

Richten auch Sie in Ihrer Kommunalverwaltung Registrierungsstellen für Handy-Signaturen ein. Nutzen Sie das entsprechende Schulungsangebot des Bundeskanzleramtes und lassen Sie Ihre Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter zu Registrierungsbeauftragten (Registration Officer) ausbilden.

Als Alternative zur persönlichen Freischaltung im Stadt- oder Gemeindeamt oder anderen Registrierungsstellen (z. B. in jedem Finanzamt) stehen den Bürgerinnen und Bürgern komfortable Online-Aktivierungsmöglichkeiten – über Finanz Online oder mittels Online-Banking (z. B. unter www.sendstation.at) – zur Verfügung. Besitzerinnen und Besitzer einer bestehenden Bürgerkarte (z. B. e-card mit Bürgerkartenfunktion) können sich ihre Handy-Signatur auch damit aktivieren. Weitere Informationen zu den Aktivierungs- und vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten sind auf „www.handy-signatur.at“ beschrieben.

Zur Bewerbung der Handy-Signatur stehen Ihnen auch Logos zur Verfügung. Diese können Sie auf der Website der Plattform „Digitales Österreich“ (www.digitales.oesterreich.gv.at) im Menübereich „Services“ unter „Logos“ anfordern. Handy-Signatur-Folder können im Web-Shop von HELP.gv.at (www.help.gv.at/partner/webshop) zum Auflegen in Ihrem Stadt- oder Gemeindeamt bestellt werden. Für die Folder entstehen Ihnen keine Kosten und auch die Zusendung erfolgt selbstverständlich kostenlos. Gerne schult das Bundeskanzleramt auch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sodass diese dann in weiterer Folge Handy-Signaturen der Wohnsitzbevölkerung aktivieren können.

*Elvira Christine Regenspurger,
Mitarbeiterin Abteilung I/11, Bundeskanzleramt*

INFOS:

Mag. Elvira Regenspurger, Bundeskanzleramt,
IKT-Strategie (elvira.regenspurger@bka.gv.at).

Briefsendung verschickt, sondern kann als Standardbrief versendet werden. Das bedeutet eine Einsparung von Euro 2,20 pro versandter Wahlkarte für die Behörde und Zeitersparnis für die Antragstellenden, die sich mühsame Weg- und Wartezeiten ersparen. Bieten Sie daher den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile der elektronischen Antragstellung mit Handy-Signatur und nutzen Sie damit auch die Gelegenheit für Einsparungen in der Gemeindeverwaltung.

Onlineformular für Wahlkartenbestellung

Viele Städte und Gemeinden haben diesen Vorteil bereits bei der im Jänner abgehaltenen Volksbefragung für sich zu nutzen gewusst. Für die Nationalratswahlen steht erneut das vom Bundeskanzleramt auf „HELP.gv.at“ kostenlos angebotene Online-Formular „Wahl-/Stimmkarte – Antrag auf Ausstellung“ zur Verfügung.

Haus Graz managt Konflikte

Magistrat Graz, ITG Informationstechnik Graz GmbH und GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH haben ein gemeinsames Konfliktmanagementsystem eingeführt. 27 KonfliktlotsInnen wurden ausgebildet und geben den KollegInnen nun Hilfe zur Selbsthilfe, um Probleme am Arbeitsplatz zu lösen.



Die KonfliktlotsInnen des Hauses Graz geben ihren KollegInnen Hilfe zur Selbsthilfe, wenn's Probleme am Arbeitsplatz gibt.

Konflikte in Organisationen sind nichts Ungewöhnliches – wo Menschen sind, menschelt es eben, ob im privaten Bereich oder in der Arbeitswelt. Da sich Konflikte jedoch immer auf das Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirken, das Betriebsklima beeinflussen und Arbeitsabläufe stören, beeinträchtigen sie die Effektivität von Organisationen und verursachen Kosten. Der Magistrat Graz erkannte dies früh und bemühte sich um eine entsprechende Konfliktkultur: Bereits seit 2002 verfügt die Grazer Stadtverwaltung über eine „Richtlinie zum Erhalt und zur Förderung eines positiven Arbeitsklimas“. Basierend auf dieser Richtlinie wurde 2010 im Zuge der Neugestaltung des „Hauses Graz“ die Einführung eines erweiterten und umfassenden gemeinsamen Konfliktmanagementsystems beschlossen. Voraussetzungen für die Einrichtung eines organisationsübergreifend dauerhaft wirkenden und akzeptierten betrieblichen Konfliktmanagements waren die klare Befürwortung und Unterstützung durch die DienstgeberInnenseite und die DienstnehmerInnenvertretung.

Eine Frage der Kultur

Abseits der betriebswirtschaftlichen Dimension ist der konstruktive Umgang mit Konflikten vor allem eine Frage der Unternehmenskultur. In den Organisationen des Hauses Graz, in denen Menschen mit

unterschiedlichen Lebensstilen, verschiedenen ethnischen und kulturellen Hintergründen, ungleichen sozialen Chancen und materiellen Ressourcen täglich zusammen arbeiten, gibt es jede Menge Konfliktstoff. Umso wichtiger ist ein Konfliktmanagementsystem, das auf das aktive Mitwirken der Konfliktbeteiligten aufbaut; gekennzeichnet durch ein partnerschaftliches, von gegenseitigem Respekt und fairem Umgang getragenes Verhalten am Arbeitsplatz.

Ziele und Nutzen

Die Entwicklung und Implementierung eines Konfliktmanagementsystems soll – neben vielen anderen Aspekten – die Konfliktkosten reduzieren und die Nutzung von Konflikten als Potenzial für Verände-

rung bewirken, die Führungskräfte entlasten, die Entwicklung von persönlicher Konfliktfähigkeit (Beteiligte) und von Konfliktfestigkeit (Organisation) unterstützen, die MitarbeiterInnenzufriedenheit erhöhen, die Steigerung der Produktivität durch Optimierung von Prozessen begünstigen, zur Weiterentwicklung der Organisationskultur beitragen, ein positives Image der Organisation (Corporate Social Responsibility) fördern und zur Etablierung eines achtsamen Managements und einer Verantwortungskultur führen.

Allgemeine Akzeptanz

Das gemeinsame Konfliktmanagementsystem fand bei den Chefs der beteiligten Organisationen große Unterstützung, Mag. Günter Hirner, Geschäftsführer der GBG:



Der organisationsübergreifende Arbeitskreis mit den externen TrainerInnen.

AUS DEM STÄDTEBUND



KonfliktlotsInnen brauchen hohe soziale und persönliche Kompetenzen.

„Wir legen größten Wert auf die Erhaltung eines friedlichen Arbeitsumfeldes, wo die MitarbeiterInnen und ihre Leistungen wertgeschätzt werden. Jeder und jede Einzelne trägt hierbei auch eine ganz persönliche Verantwortung!“ Für ITG-Geschäftsführer DI Friedrich Steinbrucker sind die KonfliktlotsInnen „Wegbereiter einer neuen Konfliktkultur, die das Potenzial für konstruktive Weiterentwicklung erschließt“. Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel weiß: „Alle Beteiligten werden profitieren! Die Bediensteten, weil es sich in einem angenehmen, konfliktfreien Arbeitsumfeld einfach leichter arbeiten lässt; und der Dienstgeber, weil motivierte und einsatzbereite MitarbeiterInnen bessere Leistungen erbringen.“

9 Schritte bis zum Ziel

Mit Berücksichtigung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines gemeinsamen Konfliktmanagementsystems für den Magistrat Graz, die GBG und die ITG wurden folgende Schritte gesetzt:

- Eine Steuerungsgruppe wurde gebildet, die die Mitglieder des
- organisationsübergreifenden Arbeitskreises nominierte und
- mit der Projektleitung die MD-interne Krisenprävention und -intervention beauftragte.
- Das passende Systemdesign wurde gesucht: zu den bestehenden Konflikt-Ebenen sollte eine möglichst frühzeitige Konfliktbearbeitung ermöglicht werden. Um Konflikte sowohl in den einzelnen

Organisationen als auch überbetrieblich managen zu können, wurde eine Verbindung der bestehenden Stabsstelle für Krisenprävention und -intervention mit dem KonfliktlotsInnensystem gewählt.

- Das Anforderungsprofil für interne KonfliktvermittlerInnen wurde erstellt. Dazu gehört etwa: weitreichende Akzeptanz bei Führungskräften und KollegInnen, hohe soziale und persönliche Kompetenzen. Die Nominierung erfolgte durch die Vorgesetzten.
- Die Rahmenbedingungen wurden festgelegt und in einer Dienstvereinbarung festgehalten. Außerdem wurde ergänzend ein Konflikthandbuch durch und für die KonfliktvermittlerInnen erarbeitet.
- Die Evaluierungskriterien wurden definiert.
- Interne KonfliktvermittlerInnen wurden ausgebildet; die Führungskräfte wurden qualifiziert.
- Das Konfliktmanagementsystem wurde am 1. Juli 2012 in den Regelbetrieb implementiert und wird einer begleitenden Evaluierung unterzogen.

Die Ausbildung der KonfliktlotsInnen und die Schulung der Vorgesetzten erfolgten durch die externen Kooperationspartner der MEDIUS GmbH, die auch den gesamten Prozess begleiteten.

Regelwerke

Im Zuge der Implementierung wurde auch die Broschüre „Internes Konfliktmanagement“ erarbeitet, die sich in folgende vier Teile gliedert: „Haus-Graz-weite Übereinkunft zu einem gemeinsamen Konfliktmanagement“; „Richtlinie zum Erhalt und zur Förderung eines positiven Arbeitsklimas“; Auswahl, Ausbildung sowie Rechte und Pflichten der KonfliktlotsInnen sowie das „Konflikthandbuch“

27 KonfliktlotsInnen

27 Damen und Herren aus den drei Organisationen wurden nach oben genannten Kriterien ausgewählt und bekamen in 64 Unterrichtseinheiten das Rüstzeug, um ihren

KollegInnen und Kolleg bei Konflikten am Arbeitsplatz unterstützend zur Seite zu stehen. Sie wurden geschult, die Ursachen von Konflikten zu erkennen, zu analysieren und die passenden Lösungsmethoden anzubieten. Denn darum geht es beim Konfliktmanagementsystem der Stadt Graz in erster Linie: MitarbeiterInnen sollen Hilfe zur Selbsthilfe bekommen, sie sollen die Ursachen für die Probleme selbst erkennen, eigene Lösungsmöglichkeiten erarbeiten und schließlich selbst den Konflikt aus der Welt schaffen. Dies alles bewerkstelligen die KonfliktlotsInnen mit professioneller Distanz, strukturierter Führung und natürlich vertraulich. Die 27 Haus-Graz-MitarbeiterInnen haben neben dem „Konflikt-handbuch“ auch die Rahmenbedingungen für die Betriebsvereinbarung mit den Rechten und Pflichten der VermittlerInnen erarbeitet.

Da es schon ein bisschen persönliche Sympathie und Vertrauensvorschuss benötigt, um einer quasi fremden Person seine beruflichen Probleme anzuvertrauen, wurden die 27 KonfliktlotsInnen im Intranet der Stadt Graz ausführlich vorgestellt: dort ist auch eine Liste der KonfliktlotsInnen abrufbar.

Mitte Juli 2012 haben die KonfliktlotsInnen von Bürgermeister und Magistratsdirektor sowie den Geschäftsführern von GBG und ITG ihre Zertifikate erhalten. Einige von ihnen können bereits erste erfolgreiche Einsätze aufweisen – eine Bestätigung für den gemeinsamen Weg!

Elke Pölzl, Angela Schick,
Magistratsdirektion Graz

72 Seiten umfasst die Broschüre „Internes Konfliktmanagement“.



Jugendliche wollen mitbestimmen!

Keine Spur von Politikverdrossenheit – Jugendliche in Vorarlberg haben viel Verständnis für Demokratie und wünschen sich mehr Mitsprache in der Schule.

Überraschende Ergebnisse fördert eine aktuelle wissenschaftliche Untersuchung zum Demokratieverständnis und zur Jugendmitbestimmung im Vorarlberger Rheintal inklusive Dornbirn zutage. Demnach wollen sich drei Viertel (74 Prozent) der etwa 850 befragten Jugendlichen der 8. und 9. Schulstufe an den kommenden Wahlen in Vorarlberg beteiligen. Am Wohnort sind nahezu zwei Drittel der Jugendlichen zufrieden mit den Möglichkeiten zur Mitbestimmung, während sie diese in der Schule als ausbaufähig empfinden. Die repräsentative Studie ist im Rahmen einer Masterthesis entstanden. Begutachter Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs von der Universität Salzburg attestiert der Untersuchung unter anderem eine hohe Relevanz. „Demokraten fallen bekanntlich nicht vom Himmel. Das Thema und die Fragestellungen der Studie besitzen hohe Relevanz, die Argumentationsstränge überzeugen und die Untersuchung bringt zahlreiche neue Einsichten und klare Ergebnisse. Das für das Funktionieren lebendiger Demokratien notwendige Wissen und die adäquaten Fertigkeiten und Einstellungen müssen immer wieder neu dargestellt, vermittelt und gelernt werden. Die beiden Autoren gehen von der richtigen Grundannahme aus, dass man ‚Demokratie lernen‘ könne und zwar nicht nur durch Wissensvermittlung, sondern durch entsprechendes Handeln, Probieren und schlussendlich durch eigene Erfahrungen“, so Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs.¹

Jugendliche mit hohem Demokratieverständnis

Insgesamt stellen die Studien-Autoren Elmar Luger und Christian Weiskopf der Jugendmitbestimmung im Vorarlberger Rheintal inklusive Dornbirn ein gutes Zeugnis aus. Mehr als zwei Drittel der befragten Jugendlichen zeigen demnach große Veränderungsbereitschaft und ein hohes Demokratieverständnis. Vor allem die Bemühungen rund um Schuldemokratie der Stadt Dornbirn und des stadtnahen

Vereins „JugendDornbirn“ tragen offenbar Früchte. Nahezu 79 Prozent der Jugendlichen bestätigen, dass SchülervertreterInnen in Dornbirn bestens auf ihre Arbeit vorbereitet werden.

Besonders spannende Ergebnisse ergibt der Vergleich zwischen Jugendlichen deutscher und nicht deutscher Muttersprache, wobei zu letzteren jeder/jede fünfte Befragte zu zählen ist. Während in den Bereichen „Demokratieverständnis“ und „Beteiligung an Wahlen“ keine signifikanten Unterschiede auftreten, sind Jugendliche nicht deutscher Muttersprache deutlich zufriedener mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten am Wohnort und in der Schule. Sie empfinden diese als jugendgerecht und fühlen sich mit ihren Anliegen und Vorschlägen ernst genommen sowie bei Projekten stark eingebunden.

Mehr Mitbestimmung in der Schule gewünscht

Großes Potenzial erkennen die Studienautoren bei der Mitbestimmung in der Schule. „Wir erkennen in diesem Umfeld ein hohes Maß an Scheinpartizipation, da sich SchülerInnen nur oberflächlich in Entscheidungen einbezogen und von Verantwortlichen mittelmäßig bis schlecht unterstützt fühlen. Hier muss durch mehr oder tatsächliche Mitbestimmung von Jugendlichen bei Festlegung von Regeln im Unterricht, bei der Auswahl von Exkursionen bzw. Unterrichtsthemen oder bei der Notengebung gegengesteuert werden“, so Elmar Luger und Christian Weiskopf. Die zitierte Studie ist Teil der Masterthesis von Elmar Luger, Leiter der Jugendabteilung der Stadt Dornbirn, und Christian Weiskopf, Lehrer an der Polytechnischen Schule Dornbirn, die sie zum Abschluss des Lehrgangs „Politische Bildung“ an der Donau-Universität Krems verfasst haben. Sie ist erst kürzlich auch in Buchform im Akademikerverlag erschienen: für JournalistInnen steht ein kostenloses e-Book für Rezensionen zur Verfügung. Infos dazu unter info@akademikerverlag.de

¹ Anm.: Mit dem ersten Satz nimmt Univ.-Prof. Dachs Bezug auf Felix Baumgartner, der ja kurz nach seinem berühmten Spruch in einem Interview von der Bevorzugung einer „gemäßigten Diktatur“ als richtigere Staatsform gesprochen hat, siehe: <http://diepresse.com/home/panorama/welt/1306358/Baumgartner-fuer-Diktatur-statt-Demokratie>

JUGENDDORNBIRN
MEINE STIMME ZÄHLT!



KlassensprecherInnen treffen in Dornbirn: Jugendliche wollen mehr Mitsprache in der Schule.



Jugendliche wollen nicht nur sportlich, sondern auch politisch mitmischen.



Die vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen zur Förderung der jugendlichen Mitbestimmung unter anderem durch den Verein „JugendDornbirn“ zeigen Wirkung.

INFOS zur Studie unter www.dornbirn.at/demokratie-lernen oder unter <http://www.donau-uni.ac.at/de/universitaet/netpol/news/id/19259/index.php>.



Foto: Peter Provaznik

Eine besonders hilfreiche
App für alle Pedalritter:
Der „Radfahrbegleiter Wien“.

84 PRAKTISCHE APPS

FÜR ALLE BEREICHE DES LEBENS IN DER STADT

Kreative nutzen die Informationen des Online-Datenkatalogs der Stadt Wien für ihre innovativen Apps: von Gesundheit über Kunst und Kultur bis hin zu Sport und Spiel: Es ist für alle BürgerInnen der Stadt das Gesuchte dabei.

DIE ANWENDUNGEN des Open Government Data Wien könnten wohl kaum vielfältiger sein: Von Ambulanzen in Wien über diverse Kunst- und Kultur-Apps bis hin zu Partyplanern und Anwendungen für RadfahrerInnen. Doch damit nicht genug, es kommen stets neue Apps zu den bereits bestehenden 84 hinzu. Neu sind derzeit „Pollenradar“, „Baby benamsen“ und „Woody“.

POLLENRADAR

Diese App ist eine große Hilfe für AllergikerInnen, deren Immunsystem im Frühjahr besonders belastet wird. Die App stellt sämtliche allergieerzeugenden Bäume und ihre Umgebung in Wien dar. Es lässt sich ein persönliches

Allergieprofil erstellen, auch die Blütezeiten der Bäume werden visualisiert. Wer noch unsicher ist, wie der Nachwuchs heißen soll, dem hilft „Baby benamsen“. Die App inspiriert Eltern bei der Namensfindung: Sie zeigt einen der beliebtesten Vornamen in Österreich an. Gefällt er nicht, erscheint durch das Schütteln des Smartphones ein neuer Name. Aus insgesamt 2.900 Namen kann man Favoriten markieren und so für später vormerken.

„**WOODY**“ schafft auf spielerische Art ein Bewusstsein für Natur im urbanen Raum. Ziel ist, den Holzwurm Woody mit Nahrung zu versorgen. Das Besondere daran: Man muss sich tatsächlich vor einem Baum befinden, um

Woody fressen zu lassen. Dabei kann man entscheiden, ob man den Baum virtuell fällt oder den Wurm lediglich für einen harmlosen Snack darauf absetzen soll. Eine besonders hilfreiche App ist der „Radfahrbegleiter Wien“: Hier sind alle wichtigen Plätze für RadlerInnen auf einer Wien-Karte vermerkt: so etwa Trinkbrunnen, Citybike-Stationen und Fahrradparkplätze. Die Web-App bietet außerdem Infos zu Infrastruktur und zeigt etwa Citybikes und Polizeistationen an. Für AutofahrerInnen ist die Anwendung „Kurzparkzonen in Wien“ interessant. Die App zeigt alle Kurzparkzonen und die jeweilige Parkdauer an. Die App „Open Pins Vienna“ bietet die Standortinformationen zu diversen öffentlichen Einrichtungen aus dem Open Data Katalog der Stadt Wien für die Nutzung am iPhone. In einer Detailansicht werden verfügbare Informationen wie Öffnungszeiten oder Kontaktmöglichkeiten eingeblendet. Sie finden sämtliche Anwendungen online auf <http://data.wien.gv.at/apps>.

Weiterbildung

für MitarbeiterInnen und
MandatarInnen im öffentlichen Dienst

ZENTRUM FÜR
VERWALTUNGS
FORSCHUNG

K
D
Z

Public Management und Governance

12.03.	Veränderungsprozesse: Zwischen Akzeptanz und Widerstand	Bruck an der Mur
12.–13.03.	Qualität managen & Potenziale nutzen mit dem CAF	Linz
13.–14.03.	Verwaltungen neu ausrichten – Von der Aufgabenkritik bis zur Stellenbemessung	St. Pölten
04.04.	Gesund am Arbeitsplatz – Grundlagen der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) für öffentliche Verwaltungen	Linz
18.04.	Open Government Data umsetzen	St. Pölten
22.04.	Die EU – Was sie ist, wie sie funktioniert und wie ich als Gebietskörperschaft lokal mitgestalten kann	Linz
06.05.	BürgerInnenbeteiligung – Strategien und Methoden für Städte	Linz
27.05.	Bedienstetenschutz in Gemeinden richtig verankern – Grundlagen, Konzepte, Maßnahmen	Linz
28.05.	Verhaltenskodizes und Korruptionsprävention	Wien
12.06.	Instrumente und Methoden zur Identifikation und Steuerung von Risiken in Stadt und Gemeinde	Linz

Wirtschaftlichkeit und Finanzmanagement

09.04.	Bilanzen richtig lesen – Die wichtigsten Kennzahlen rasch analysieren können	Linz
11.04.	Facility Management: Gemeindegebäude optimal bewirtschaften	Linz
02.–03.05.	Effizienzorientiertes Management kommunaler Freizeiteinrichtungen	Kapfenberg
23.05.	Haushaltskonsolidierung in Zeiten des Stabilitätspakts	St. Pölten

Führungsarbeit

05.03.	Instrumente erfolgreichen Personalmanagements: Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile	Linz
21.–22.03.	Die Führungskraft als Motivator/in	Linz
15.04.	Instrumente erfolgreichen Personalmanagements: Die Einführung neuer MitarbeiterInnen sorgfältig planen und umsetzen	Linz
23.04.	Alter(n) in der Arbeitswelt – Wie Sie mit erfahrenen MitarbeiterInnen die Zukunft meistern	St. Pölten
15.05.	Instrumente erfolgreichen Personalmanagements: Das Hearing in der Personalauswahl professionell einsetzen	St. Pölten
17.–18.06.	Führungskompetenz in schwierigen Situationen – Probleme lösen, Konflikte meistern, Entscheidungen treffen	St. Pölten

Kommunikation

04.–05.03.	Sprechen vor Publikum – Überzeugendsvoll Präsentieren und Argumentieren	Linz
06.03.	Drehscheibe Sekretariat: Erfolgreiche Kommunikation in schwierigen Situationen	Linz
07.03.	Social Media in der Öffentlichkeitsarbeit einsetzen	Baden
18.–19.03.	Beschwerdemanagement – BürgerInnenkontakt auf Augenhöhe	Linz
06.–07.05.	Die eigene Work Life Balance verbessern – Kraftvoll in Beruf und Alltag	Baden
15.05.	Lehrredaktion für Gemeindezeitungen. Workshop: Wir gestalten vier Seiten Reportagen, Berichte und Meldungen.	Salzburg
16.05.	Drehscheibe Sekretariat: Souveränes Office-Management	St. Pölten
28.05.	Bescheide, Mitteilungen & Co: Amtliche Texte einfach schreiben.	Baden

Weitere Termine auf der Rückseite

Weiterbildung

für MitarbeiterInnen und
MandatarInnen im öffentlichen Dienst

ZENTRUM FÜR
VERWALTUNGS
FORSCHUNG

K
D
Z

Juristisches Update

27.02.	OÖ Sexualdienstleistungsgesetz (OÖ SDLG) – Zentrale Neuerungen für Gemeinden	Linz
07.03.	Ausgewählte Kapitel aus dem NÖ Raumordnungsgesetz 1976	Stockerau
14.03.	Bau und Verwaltung von Gemeindestraßen nach dem Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetz	Bruck an der Mur
18.03.	Das Salzburger Veranstaltungsrecht	Salzburg
19.03.	Die OÖ Bauordnung – Grundzüge des Baurechts für Nicht-JuristInnen	Linz
03.04.	Das NÖ Archivgesetz – Chancen und Möglichkeiten für die NÖ Gemeinden	St. Pölten
15.-16.04.	Verwaltungsverfahren kompakt – Bescheiderstellung, Zustellung und Vollstreckung für Verwaltungsbedienstete	Linz
24.04.	Das burgenländische Veranstaltungsgesetz	Eisenstadt
25.04.	Steiermärkisches Veranstaltungsgesetz (StVAG) 2012 – Zentrale Änderungen und Neuerungen für die Gemeindepraxis	Kapfenberg
30.04.	Insolvenzverfahren auf Basis IRAG 2010	St. Pölten
07.05.	Nachbarrechte in der NÖ Bauordnung	Stockerau
13.05.	Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012 und Verwaltungsverfahren – Auswirkungen für Städte und Gemeinden	Linz
03.06.	Örtliche Sicherheitspolizei und ortspolizeiliches Verordnungsrecht – Aufgaben und Kompetenzen der Gemeinden	Bruck an der Mur

Steuern und Abgaben

07.03.	Das Gemeindeabgabenrecht für Oberösterreich	Linz
04.04.	Gemeindeabgaben und Verfahrensrecht für die Gemeinden Tirols – Aktuelle Fragestellungen	Innsbruck

Wissensmanagement

09.04.	Wissenssicherung beim Ausscheiden von MitarbeiterInnen	Wien
20.06.	Wikis als Intranet und Wissensdatenbank nutzen	Wien

Spezialseminare in Kooperation mit KM-A

25.-26.02. Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung



Wien

Spezialseminare in Kooperation mit EIPA

05.03. Innovative Verwaltungen in Europa – Trends der besten EPSA-Projekte



Wien

KDZ-Praxisforen

08.-09.04.	Praxisforum Bauhofleiter 2013	Villach
22.-23.04.	Netzwerktreffen Bürgerservice 2013	Graz

KDZ-Lehrgänge

März-Mai	KDZ-Lehrgang: Finanz- und Ressourcenmanagement	Linz
Mai-September	KDZ-Lehrgang: Beteiligungsmanagement	Linz
Juni-November	KDZ-Lehrgang: Die Führungskraft als Coach	Linz

AUS DEM STÄDTEBUND



Der Bürgermeister von Enns,
Franz Stefan Karlinger

Zeit fürs Leben, Zeit für Enns

Der Beitritt zum Netzwerk „Cittaslow“ hat Österreichs älteste Stadt und ihre BewohnerInnen zur Rückbesinnung auf eigene Stärken geführt.

Wenn der Bürgermeister des kleinen Städtchens Enns auf seinen Stadtturm schaut, dann freut er sich. Das schmucke, 60 Meter hohe Wahrzeichen der Stadt erstrahlt in neuem Glanz. Die Ennser Geschäftstreibenden haben das Uhrwerk der Turmuhr aus dem Jahr 1564 auf eigene Kosten renoviert. In der leerstehenden Türmerwohnung haben sie das höchste Hotelzimmer eingerichtet. „Sie wollen eine einzigartige Nacht verbringen? – Im Ennser Stadtturm wird dies ab sofort geboten!“, lautet der Marketingspruch. Außerdem haben die Geschäftsleute die Galeriebeleuchtung auf dem Turm gesponsert. Keine Frage, für Franz Stefan Karlinger (SPÖ) ist der Turm eines der schönsten Beispiele für die neue Ära seiner Stadt unter dem „Cittaslow“-Zeichen.

Vor gut zehn Jahren war die Lage in Enns noch so miserabel wie in vielen anderen vergleichbaren Kommunen des Landes. Im Stadtzentrum standen viele Geschäfte leer. Die Diskontmärkte im nahen Großraum Linz saugten die Ennser Kaufkraft regelrecht ab. Kaum ein Geschäftsmann wollte sich noch im örtlichen Werbe- und Ausstellungsverein engagieren, nachdem in den vorangegangenen Jahren vier Anläufe gescheitert waren, endlich ein professionelles Stadtmarketing auf die Beine zu stellen. Entsprechend gespannt war das Verhältnis zwischen Politik, Altstadt-Wirt-

schaft und HausbesitzerInnen. Da half es auch nicht weiter, dass Enns, gegründet 1212, die älteste Stadt Österreichs ist.

Internationales Städtenetzwerk „Cittaslow“

Dabei verfügt das Städtchen mit seinen 11.400 EinwohnerInnen über interessante Standortfaktoren: Enns liegt mitten in einem boomenden Wirtschaftsraum, der Hafen am gleichnamigen Fluss verzeichnet starken Zuwachs, die Kaufkraft der Bevölkerung von Enns und der Nachbargemeinden ist hoch, die EinwohnerInnenzahl nimmt stetig zu und auch verkehrstech-

nisch ist die Stadt optimal erreichbar. Nicht zuletzt verfügt Enns über eine Altstadt voller Flair und Geschichte. Diese versunkenen Schätze galt es zu heben. Den Stadtvätern wird schnell klar, dass sie herkömmliche Marketingstrategien wegen der hohen Dichte großflächiger Einkaufszentren und der Sogwirkung der nahen Stadt Linz vergessen können. Vielmehr ist eine „authentische, glaubhafte, nachvollziehbare und für alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche anwendbare Neupositionierung der Alt- und Gesamtstadt“ das Gebot der Stunde. Bei Recherchen rückt das internationale Städtenetzwerk „Cittaslow“ in den Fokus.

Diese Ende der 1990er-Jahre von vier kleinen Städten in Italien gegründete Vereinigung hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensqualität in historischen Stadtkernen zu wahren und zu verbessern. Vorläufer war die Bewegung „Slow Food“, die sich anlässlich der Eröffnung einer Filiale einer amerikanischen Fast-Food-Kette 1986 an der „Spanischen Treppe“ in Rom gegründet hatte. Italienische Gourmets veranstalteten damals aus Protest ein Spaghetti-Essen. Ihre Aktion zur Rettung regionaler Küchen-traditionen fand große Unterstützung. Doch Lebensqualität ist mehr als gutes Essen. Dazu zählen laut Cittaslow-Charta auch typische Besonderheiten, welche die Identität von Städten und Gemeinden aus-



Uhrwerk (von 1564) im Ennser Stadtturm.

AUS DEM STÄDTEBUND

machen. Im Zeitalter der Globalisierung, die zu Gleichmacherei führt, gelte es, diese Identität zu verteidigen. Man will sich klar von den hektischen, großen und uniformen Einkaufsstandorten abgrenzen.

Diese Prinzipien stießen international auf großes Interesse. Heute tragen mehr als 111 Städte und Regionen in 18 Ländern das Slowcity-Logo: eine Schnecke. Sie haben eine Reihe von Verpflichtungen unterzeichnet, deren Einhaltung in allen Mitgliedstädten einheitlich und in regelmäßigen Abständen überprüft wird. Zu den Cittaslow-Kriterien zählen eine alternative Umweltpolitik samt Energieerzeugung ebenso, wie die Pflege von Kultur und Traditionen, eine nachhaltige und behindertengerechte Infrastrukturpolitik, urbane Qualität, die Aufwertung einheimischer Erzeugnisse, Gastfreundschaft, Bewusstseinsbildung im Sinne des Cittaslow-Gedankens und der Erhalt der typischen Kulturlandschaft. Dieser Zukunftsentwurf kam auch den Ennser Stadtvätern entgegen. Nach intensiven Diskussionen fiel 2006 die Entscheidung, sich als erste Stadt Österreichs um den Cittaslow-Status zu bemühen. Ein Jahr später erhielt Enns den Titel. Weitere Cittaslow-Städte in Österreich sind mittlerweile Hartberg (Steiermark) und Horn (Niederösterreich).

Über die Stadt nachdenken

Das 800-jährige Stadtjubiläum im Jahr 2012 bot einen willkommenen Anlass, sich ganz im Sinne der Cittaslow-Prinzipien des typischen Stadtcharakters bewusst zu werden und diesen aller Welt vor Augen zu führen. Das beginnt bei der ältesten und vollständig im Original erhaltenen Stadtrechtsurkunde Österreichs: Herzog Leopold VI. hat sie am 22. April 1212 in Enns ausgestellt. Das Jubiläumsjahr war ein buntes Fest der EnnserInnen und *für* die EnnserInnen. Österreichweit lautete die Botschaft: Hier präsentiert sich eine Stadt, die dank ihrer historischen Stätten kulturgeschichtlich eine herausragende Stellung einnimmt. Im Schloss Ennsegg führte das Theater „Sellawie“ mit großem Erfolg den ersten Teil der Nibelungensage auf. Wenn er auf das Jubiläumsjahr zurückblickt, nennt Bürgermeister Karlinger als sein schönstes Erlebnis, dass „alle, wirklich

alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt über ‚ihre‘ Stadt nachdenken und auch etwas dafür tun. Und sie so zu einer ‚genussvoll anderen‘ Stadt machen“. Das habe sich besonders deutlich gezeigt, als am 2. Juni 2012 nicht nur knapp 400 EnnserInnen bei der Premiere der Ennshymnen auf der Bühne standen, sondern auch ca. 5.000 Personen als BesucherInnen den Hauptplatz füllten. Die „Ennser Tracht für den Herrn“ ist das Gemeinschaftsprojekt des laufenden Jahres. Die Ennser Damentracht gibt es bereits.

Aus heutiger Sicht hat sich der Beitritt zum Cittaslow-Netzwerk gerechnet, sagt Karlinger. Mehr als 60 kleine, feine Betriebe haben sich in der Ennser Innenstadt angesiedelt; der Werbe- und Ausstellungsverein der Stadt hat doppelt so viele Mitglieder wie 2007; der Kaufkraftabfluss hat sich verringert; die AltstadtbesitzerInnen renovieren und das Verhältnis zwischen Politik, Altstadt-Wirtschaft und HausbesitzerInnen in der Innenstadt hat sich bedeutend verbessert.

Unter der Klammer Cittaslow finden sich alle Ennserinnen und Ennser wieder. Der Gedanke „Zeit fürs Leben – Zeit für Enns“ sei im Bewusstsein der Menschen angekommen. Sie hätten erkannt, wie wertvoll es ist, in einer gesunden, lebendigen Stadt zu wohnen, aber auch, was jede/jeder Einzelne dafür tun kann.

FAZIT

Und was empfiehlt Bürgermeister Karlinger Städten, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie Enns zu Beginn? „Zuerst innehalten und sich auf das Wesentliche besinnen: Was kann die eigene Destination gut, welche ‚Schätze‘ hat sie und wo will sie in 20 Jahren sein? Was sollen die Kinder und Enkelkinder in dieser Stadt in 20 Jahren tun? Wer diese Fragen ehrlich beantwortet, findet die authentische Lösung für die eigene Destination. Und nur darum geht es. Aufgesetzte Marketingkonzepte sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

Manfred Hummel, freier Journalist



Das Wahrzeichen von Enns: der Stadtturm



Schlussakkord der Ennshymnen, Juni 2012.



Das Pixel-Hotelzimmer im Turm.



5.000 BesucherInnen bei den Ennshymnen.

Die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht!“

Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI), bei der mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden müssen, verfügen die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeit, die Europäische Kommission zur Vorlage von Gesetzesvorschlägen in ihrem Zuständigkeitsbereich (z. B. Umwelt, Binnenmarkt, öffentliche Gesundheit) aufzufordern.

Mit diesem neuen Instrument der Bürgerbeteiligung, das mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt wurde und seit April 2012 in Kraft ist, sollen die europäischen BürgerInnen näher an die EU-Politik herangeführt werden.

Selbst wenn eine EBI die nötige Anzahl von Unterschriften erhält und alle Vorgaben erfüllt, kann die Kommission immer noch beschließen, die Initiative abzuweisen. Die EBI muss als *das* gesehen werden, was sie ist – ein Instrument, mit dem die Bürgerinnen und Bürger nicht nur die Kommission, sondern auch die Medien und die allgemeine Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema lenken und eine europaweite Debatte darüber auslösen können.

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) hat beschlossen, sich der Herausforderung zu stellen und mit der Sammlung von einer Million Unterschriften für das „Menschenrecht Wasser“ eine derartige Initiative einzuleiten. Für die EGÖD bedeutet dies, die ArbeiterInnen und BürgerInnen für dieses Recht und gegen die negativen Auswirkungen der in der Europäischen Kommission und bei europäischen Regierungen vorherrschenden Liberalisierungs- und Wettbewerbspolitik zu mobilisieren. Die Vereinten Nationen haben das universelle Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung anerkannt. In der Resolution 64/292 vom 28. Juli 2010 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung ausdrücklich anerkannt und sauberes Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung als entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung aller Menschenrechte bestätigt. In der Resolution werden die Staaten und die internationalen Organisa-

tionen aufgerufen, finanzielle Mittel und Unterstützung beim Aufbau von Sachkompetenz und Technologietransfer anzubieten, um einen gesicherten Zugang zu sauberem und leistbarem „Trinkwasser für alle“ zu schaffen. Doch wurden seit damals kaum Fortschritte bei der innerstaatlichen Umsetzung dieses Menschenrechts erzielt. Daher wird die europäische Kommission mit dieser EBI aufgefordert, dieses Menschenrecht zu europäischem Recht zu machen, welches für die EU-Mitgliedsländer verbindlich ist. Und sie zwingt, das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in der EU-27 Realität werden zu lassen.

Zielsetzung dieser Europäischen Bürgerinitiative ist es, Wasser und sanitäre Grundversorgung für jede Person in der Europäischen Union zu gewährleisten, den Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung weltweit zu bewerkstelligen und die begrenzten öffentlichen Wasserressourcen für künftige Generationen zu sichern, indem sie nicht den Binnenmarktregelungen unterworfen werden. Alle Bürgerinnen und Bürger brauchen Trinkwasser und ein sicheres Sanitärsystem. Und doch ist das selbst innerhalb von Europa für viele Menschen nicht gegeben. Die Initiatoren der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) für das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung gehen von dem Standpunkt aus, dass die Umsetzung dieses Menschenrechts eine Voraussetzung dafür ist, dass der Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung weltweit als Grundlage für die Verwirklichung aller anderen Menschenrechte erreicht wird.

Wir glauben, dass das Ziel „Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle“ nicht über den Markt erreicht werden kann.

Die Europäische Kommission sieht die Vollendung des Binnenmarkts als ihr letztendliches Ziel an, das sie mit Nachdruck anstrebt. Doch handelt es sich bei Wasser nicht um ein Handelsgut, das man den Marktmechanismen überlassen kann. Es ist öffentliches (Gemein)Gut und ein natürliches Monopol in dem Sinn, dass es in der Region zur Verfügung gestellt werden muss, in der es produziert wird. Wir sprechen hier von Trinkwasser, das aus der Wasserleitung kommt, nicht von abgefülltem Wasser.

Wasser als Menschenrecht bedeutet, dass die Behörden auf lokaler und nationaler Ebene in die Pflicht genommen werden müssen. Sie müssen ihrer Bevölkerung Wasser und sanitäre Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Der Markt sorgt nicht dafür, dass all jene, die keinen Zugang zu Wasser haben, diesen im Einzelfall auch bekommen, da es dafür keinen marktwirtschaftlichen Anreiz gibt. Wasser in ganz arme und abgelegene Gegenden zu bringen, ist die teuerste Dienstleistung. Nach marktwirtschaftlichem Standpunkt müssen die Menschen zuerst bezahlen, ehe sie eine Leistung bekommen, und diese muss gewinnbringend sein. Gewinn kann in wohlhabenden städtischen Gebieten erzielt werden, nicht aber in armen und abgelegenen Gegenden. Daher muss in der Wasserwirtschaft die Versorgung der ländlichen Gebiete mit den im städtischen Umfeld erzielten Gewinnen quersubventioniert werden. Weiters müssen sich die Menschen das Wasser auch leisten können – das ist der zweite wichtige Aspekt des Menschenrechts auf Wasser. Verglichen mit Strom, Internet, öffentlichen Verkehrsmitteln und anderen Leistungen der Daseinsvorsorge sind Wasser und sanitäre Grundversorgung relativ billige Dienstleistungen. Aber die Errich-

AUS DEM STÄDTEBUND

tung und der Ausbau eines Leitungsnetzes erfordern hohe Investitionen. Nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Unternehmen investieren nicht in die Versorgung armer (ländlicher) Gebiete, weil sich die Kosten nicht rechnen. Hier muss quersubventioniert werden. Aber Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, verwenden die im städtischen Umfeld erzielten Überschüsse nicht für die Versorgung von armen und ländlichen Gebieten. Die Gewinne gehen an die Aktionäre.

Der weltweite Widerstand gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung führt auch ins Treffen, dass es sich bei Wasser und sanitärer Grundversorgung um ein so wichtiges und grundlegendes Bedürfnis handelt, dass die Entscheidungen darüber nicht nach kommerziellen Rentabilitätsüberlegungen getroffen und daher nicht Privaten überlassen werden dürfen. Das Recht auf Wasser und damit auf die Wasserressourcen wird vom Gleichheitsanspruch getragen, und zwar nicht nur dem gleichen Anspruch auf ein Grundelement des Lebens, sondern auch auf gleiche politische Macht: Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz. Das bedeutet, dass Konflikte demokratiepolitisch gelöst werden müssen, nicht über den Markt und indem man Wasser hochwertigeren Nutzungen zuführt. Bei Wasser müssen die Menschenrechte gelten, nicht unternehmerische Strategien.

Die Forderungen

In der EBI werden drei Schwerpunkte aufgezeigt, wie die Europäische Kommission das Menschenrecht auf Wasser in die Praxis umsetzen kann.

1. Wasser und sanitäre Grundversorgung für alle in der Europäischen Union.
2. Menschenrechte vor Marktinteressen – keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft.
3. Weltweiter Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung für alle.

Hinsichtlich der ersten Forderung glauben die Initiatoren, dass die Europäische Union das Menschenrecht auf Wasser insofern durchsetzen muss, als für Wasser und sanitäre Grundversorgung (als Leis-

tung der Daseinsvorsorge) europäisches Recht gilt. Die Europäische Union kann die innerstaatliche Umsetzung dieses Rechts durch bindende Zielvorgaben für eine umfassende Versorgung in allen Mitgliedstaaten fördern. Im Sinne der zweiten Forderung wollen die Initiatoren die Europäische Union dazu bewegen, von ihrer aktuellen Markt- und Wettbewerbsorientierung auf ein Modell überzugehen, bei dem Rechtsanspruch und öffentlicher Dienstleistungsgedanke im Mittelpunkt



stehen. Wasser ist eine begrenzte natürliche Ressource, die für Leben und Gesundheit unbedingt notwendig ist. Es ist ein „natürliches“ Monopol und darf nicht den Binnenmarktregelungen unterworfen werden. Wasser ist keine Handelsware, sondern ein grundlegendes Menschenrecht und öffentliches (Gemein)Gut. Die Kampagne muss sicherstellen, dass das Wasser als ein öffentliches Gut angesehen wird und der Schutz unserer Wasserwelt über den kommerziellen Interessen steht. Innerhalb der europäischen Kommission ist zur Zeit marktwirtschaftliches Denken mit Schwerpunkt Wettbewerb vorherrschend. Dies führt zu noch mehr Ungleichheit statt zu einer gerechteren, nachhaltigen und fairen Gesellschaft. Daher ist ein Umdenken, das den Rechtsanspruch in den Mittelpunkt stellt, notwendig. Die dritte Forderung beruht auf der Überzeugung, dass die EU mehr für den universellen Zugang zu Wasser tun sollte. Die EU kann Ziele vorgeben und den globalen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu einem Teil ihrer

Entwicklungspolitik machen. Das ist dann ein aktiver Beitrag der EU zur weltweiten Verwirklichung des Rechts auf Wasser und sanitäre Grundversorgung.

Eine breite Unterstützungsfront vor allem in NGOs, wie etwa Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsorganisationen, aber auch Frauenorganisation, Kirchen und öffentlichen Wasserwirtschaftsunternehmen, soll den Erfolg der Kampagne sicherstellen. Selbst wenn bei den Einzelnen unterschiedliche Beweggründe vorlegen, eint sie das gemeinsame Interesse am Wasser. Als Unterstützer der EBI fungieren nicht nur ganz unterschiedliche Organisationen quer durch das politische Spektrum, die einen Bezug zum Wasser haben, sondern auch „prominente“ Persönlichkeiten, die als BotschafterInnen für die Kampagne gewonnen werden konnten. Die unterstützenden Organisationen und Botschafter finden Sie auf der Website „www.right2water.eu“.

Es ist dies auch ein Test für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Instrument der demokratischen Mitbestimmung, mit dem die Durchsetzung dieses Menschenrechts und ein Paradigmenwechsel in der europäischen Wasserpolitik erreicht werden sollen. Diese EBI ist somit in dreifacher Hinsicht ein Testfall. Erstens als Instrument der direkten Demokratie an sich. Zweitens, ob damit das Ziel einer Durchsetzung des Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Grundversorgung erreicht werden kann. Und drittens, ob wir damit dem Paradigmenwechsel von Wachstum zu Nachhaltigkeit sowie von der Marktorientierung zu einem anspruchsbasierten Modell einen wichtigen Schritt näherkommen.

Mit über EINER MILLION Unterschriften für die EBI „Wasser ist ein Menschenrecht!“ und der nötigen Unterstützung in mindestens sieben EU-Staaten bis Ende September können wir die Europäische Kommission dazu bringen, dass sie sich mit unseren drei Forderungen befasst und in weiterer Folge der Anspruch auf Wasser und sanitäre Grundversorgung im europäischen Recht verankert wird.

Jerry van den Berge, EGÖD

INFOS: www.right2water.eu

Profil moderner Kommunen und Städte

Initiative Digitalmarketing – Mit digitalen Marketing-Instrumenten BürgerInnennähe herstellen und regionale Betriebe unterstützen.

Ziel der Initiative Digitalmarketing ist es, die Kommunikation der Kommunen mit den BürgerInnen zu intensivieren und die Attraktivität klein- und mittelständischer Unternehmen aller Bereiche den BürgerInnen, Gästen und KonsumentInnen einer Region näherzubringen.

Große Einkaufszentren und Online-Portale setzen KMU und EPU stark unter Druck. Durch deren massive Werbung und Abwanderung auf die grüne Wiese verlieren ansässige Betriebe Kundenfrequenz und damit Ertrag. Die Initiative Digitalmarketing stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der KMU/EPU und zeigt deren klassische Stärken wie BürgerInnennähe, Käuferlebnis, Beratungs- und Servicequa-

lität auf. Mit Hilfe einfacher Digitalmarketinginstrumente treten Kommunen und Gewerbetreibende in direkten Dialog mit BürgerInnen und KonsumentInnen. Am Beispiel „Digital Graz“ wird moderne KundInnengewinnung für Grazer Betriebe leistbar gemacht; die Attraktivität und Lebendigkeit der Stadt wird noch präsenter und im Web dokumentiert. Nicht nur für Digital-EinsteigerInnen, sondern besonders für Dienstleistungsunternehmen wurden im Oktober 2012 knapp 300 Websites errichtet und im geschäftswirksamen Einsatz der Instrumente geschult und unterstützt. Gemeinsam mit der Universität Graz wurde die konkrete Geschäftswirksamkeit der zur Verfügung gestellten Digitalinstrumente für die Grazer Betriebe im Rahmen einer Studie wissenschaftlich nachgewiesen.

Eine weitere Ausbaustufe stellt eine regionale Shopping-App dar. Über die Funk-

tionalität der mobilen Produktsuche, über Navigation und Gutscheine, etc. können Unternehmen direkt in Dialog mit den KonsumentInnen treten. Garanten für eine rasche Verbreitung unter den Zielgruppen sind einerseits die kostenfreie Nutzungsphase und Schulung für Gewerbetreibende und andererseits die breit gefächerten Vorteile, die BürgerInnen und KonsumentInnen über Internet oder die allgegenwärtigen Smartphones daraus ziehen können.

Mit Hilfe dieser Digitalmarketing-Instrumente wird eindrucksvoll bestätigt, wie die regionale Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit kleiner Unternehmen nachhaltig verbessert werden können.

Beratung und Information zum Thema:

www.digitalgraz.at oder info@digitalgraz.at
oder 0664 / 88605939

Jetzt Abo bestellen!

- Finanzen • Gesellschaft • Kultur
- Umwelt • Europa • Politik • Sport
- Sicherheit • Mobilität • Bildung

Wir verbinden Städte in einem Magazin

Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden. Er gibt 10 Mal jährlich die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) heraus. Schwerpunkte sind aktuelle kommunalpolitische Themen. Das Einzelheft kostet 4,50 Euro, das Jahresabo 42 Euro. Abo-Anfragen an Frau Angelika Stola, Bohmann-Verlag, 1110 Wien, Leberstraße 122, Tel.: (01) 740 32/462, E-Mail: a.stola@bohmann.at

www.staedtebund.gv.at



FINANZEN

Ertragsanteilsvorschüsse für Mai 2013 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 05/2013 ¹⁾	Veränderung ggü. 05/2012	Ertrag für 01–05/2013	Veränderung ggü. 01–05/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	4.697.035	8,3%	30.008.784	5,2%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-477.278		898.358	-15,8%
Lohnsteuer	1.956.933	15,7%	10.382.945	11,1%
Körperschaftsteuer	-17.794		2.456.643	8,8%
Umsatzsteuer	2.038.112	11,3%	10.724.394	4,9%
Mineralölsteuer	306.336	-9,9%	1.736.713	0,3%
GBA mit speziellen Schlüsseln	129.604	-12,6%	755.150	-2,0%
davon:				
Bodenwertabgabe	73	-56,9%	2.436	-9,5%
Werbeabgabe	7.960	11,6%	49.883	-0,3%
Grunderwerbsteuer	51.170	-30,1%	329.394	-8,0%
GBA gesamt	4.826.638	7,6%	30.763.934	5,0%

1) i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindertragsanteile

	Vorschuss für 05/2013	Veränderung ggü. 05/2012	Vorschuss für 01–05/2013	Veränderung ggü. 01–05/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	14.345	5,4%	93.333	4,4%
Kärnten	33.704	1,8%	227.867	4,3%
Niederösterreich	88.709	4,2%	590.251	4,3%
Oberösterreich	85.162	1,1%	565.725	3,3%
Salzburg	38.212	3,3%	248.298	4,4%
Steiermark	70.601	6,5%	458.306	4,1%
Tirol	48.722	3,2%	314.242	3,5%
Vorarlberg	24.982	0,7%	166.945	3,8%
Wien	142.119	1,8%	944.358	3,5%
Summe	546.555	2,9%	3.609.326	3,8%

Liebe Leserin, lieber Leser! Ihre Meinung ist uns wichtig.

Wenn Sie Wünsche, Anregungen oder Beschwerden bezüglich der Österreichischen Gemeinde-Zeitung ÖGZ haben, richten Sie diese bitte an folgende Adresse: Österreichischer Städtebund, Rathaus, Stiege 5, Hochparterre, A-1082 Wien; Tel.: (01) 4000-89980; Fax: (01) 4000-99 89980; E-Mail: post@staedtebund.gv.at.

KOMMUNALSTEUER- BEMESSUNGSGRUNDLAGE: PRAXISENTSPRECHENDE SONDERFORMEN VON ARBEITSLÖHNEN

Bemessungsgrundlage für die Kommunalsteuer ist die Summe der Arbeitslöhne, die an die Dienstnehmer der in der Gemeinde gelegenen Betriebsstätte gewährt worden sind. In der Praxis haben sich viele Facetten von Arbeitslöhnen ergeben, welche von Zufluss, Bezeichnung, Anlass, Gestaltung oder Verrechnung beeinflusst werden. In der folgenden Abhandlung sollen einige wenige praxisentsprechende Formen von Arbeitslöhnen dargestellt werden.

1. Rechtsgrundlagen

Bemessungsgrundlage ist gemäß § 5 Abs. 1 KommStG 1993 grundsätzlich die Summe der Arbeitslöhne, die an die Dienstnehmer der in der Gemeinde gelegenen Betriebsstätten gewährt worden sind, gleichgültig, ob die Arbeitslöhne beim Empfänger der Einkommenssteuer (Lohnsteuer) unterliegen.

- die Bruttoarbeitslöhne an Dienstnehmer (Verwaltungspersonal und vor allem Leasingpersonal) von Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen,
- 70 Prozent des Gestellungsentgeltes von inländischen Unternehmen an ausländische Arbeitskräfteüberlasser,
- die von Unternehmen an Körperschaften öffentlichen Rechts ersetzten Aktivbezüge für dienstzugehörige Arbeitskräfte.

2. Bruttoarbeitslohn

Wenn von Bruttoarbeitslöhnen die Rede ist, zählen zu diesen

- vor allem neben den arbeitsrechtlich vereinbarten Arbeitslöhnen
- alle aufgrund einer vertraglich vereinbarten Entlohnung für aktive Dienstleistungen nach Beendigung des Dienstverhältnisses ausbezahlten Bezüge,
- sonstige Bezüge gemäß § 67 Abs. 1 EStG 1988 einschließlich Freibetrag sowie lohnsteuerbefreite Zulagen und Zuschläge im Sinne des § 68 EStG 1988,
- grundsätzlich die Sozialversicherungsanteile der Dienstnehmer sowie die vom Arbeitgeber freiwillig für seine Dienstnehmer übernommenen Sozialversicherungsbeiträge,
- Bezüge selbst an mehr als 50 Prozent behinderte Gesellschafter-Geschäftsführer
- geldwerte Vorteile wie Sachbezüge, Provisionen, Dienstwohnung, PKW für Privatfahrten, etc.,
- pauschale Kostenersätze wie Kilometergeld, Tagesgeld, Nächtigungsgelder sowie von der Gesellschaft für Geschäftsführer einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge,
- Pendlerpauschale und Werbungskostenpauschale der Dienstnehmer verringern nicht die Bemessungsgrundlage

Siehe dazu überdies ausführlich den Erlass des Bundesministerium für Finanzen vom 28.12.2011, BMF-010222/0260-VI/7/2011.

3. Spezifische abgabenpflichtige Personen

Lehrlinge waren ursprünglich nach dem Lohnsummensteuerrecht abgabefrei, nach dem Kommunalsteuerrecht ist jedoch eine diesbezügliche Abgabenbefreiung gesetzlich nicht mehr vorgesehen.



Bemessungsgrundlage ist formalrechtlich grundsätzlich die Monatsbruttolohnsumme.

In materiellrechtlicher Hinsicht gehören zu den kommunalsteuerpflichtigen Arbeitslöhnen

- Bezüge und Vorteile gemäß § 25 Abs. 1 Z. 1 lit.a) und lit.b) EStG 1988 an alle Dienstnehmer im Sinne des § 47 Abs.2 EStG und an Kapitalgesellschaften nicht wesentlich beteiligte Personen,
- Gehälter und sonstige Vergütungen jeder Art an die von § 22 Z. 2 Teilstrich 2 EStG 1998 erfassten Personen (wesentlich beteiligte Personen),
- Gehälter und sonstige Vergütungen jeder Art an freie Dienstnehmer im Sinne des § 4 Abs. 4 ASVG, einschließlich geringfügig beschäftigte Personen,

Personen, die das 60. Lebensjahr bereits überschritten haben, sind ebenfalls kommunalsteuerpflichtig; nach den Rechtsnormen des Familienlastenausgleichsgesetzes sind sie dienstgeberbeitragsfrei.

Gesellschafter-Geschäftsführer, welche wesentlich an der Gesellschaft und damit mehr als 25 Prozent beteiligt sind, sind kommunalsteuerpflichtig, selbst wenn sie nach dem Behinderteneinstellungsgesetz mehr als 50 Prozent behindert sind.

Personen die sich in Altersteilzeit befinden sind grundsätzlich kommunalsteuerpflichtig; Bezüge nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz, wie Kurzarbeitszeitleistungen, sind aber ex lege kommunalsteuerfrei. Sämtliche Bezüge im Rahmen der Altersteilzeit (Arbeitslohn entsprechend verringerter Arbeitszeit, zuzüglich Hälfte des Verzichts) sind grundsätzlich kommunalsteuerpflichtig.

Personen, die im Rahmen des Neugründungsförderungsgesetzes eingesetzt sind, und die dort beschäftigten Arbeitnehmer sind grundsätzlich kommunalsteuerpflichtig; für sie kommen die im Neugründungsförderungsgesetz vorgesehenen Abgaben-, Gebühren- und Beitragsbefreiungen nicht zum Tragen.

4. Praxisnahe Sonderfälle

4.1. Implacementprojekte

Implacementprojekte werden eingerichtet, um arbeitslose Arbeitnehmer im Bereich des Arbeitsmarktservice im Wege spezifischer Rechtsträger (Vereine, zumeist Kapitalgesellschaften) zwecks Ausbildung und vor allem zwecks Beschäftigung an diverse Beschäftigungsunternehmen weiter zu vermitteln.

Es stellen sich dabei vielfach von Fall zu Fall verschiedene Rechtsverhältnisse dar:

- ein Rechtsverhältnis zwischen einerseits AMS und andererseits den arbeitslosen Arbeitnehmern über Leistung von Arbeitslosengeld bzw. AMS und den oben zitierten Rechtsträgern (Verein, Kapitalgesellschaft) über Gewährung von Förderungsmitteln,
- ein Rechtsverhältnis zwischen dem Rechtsträger (Verein, Kapitalgesellschaft) und den diversen Beschäftigungsunternehmen über die Vermittlung von Arbeitslosen gegen Verrechnung von Administrationskosten und

Arbeitsentgelt (oftmals Stipendien genannt), sowie die Weitervermittlung der arbeitslosen Arbeitnehmer,

- allenfalls ein weiteres Rechtsverhältnis zwischen den arbeitslosen Arbeitnehmern und der Implacementstiftung über die Teilnahme an diesen Implacementprojekten.

Zusammenfassend stellt sich der abgabenrechtlich relevante Sachverhalt dermaßen dar, dass die genannten Rechtsträger (Vereine, Kapitalgesellschaften) arbeitslose Arbeitnehmer an Beschäftigungsunternehmen gegen Verrechnung der Administrationskosten und Stipendiengelder zur Arbeitsleistung weiter vermitteln und den nunmehr beschäftigten Arbeitnehmern für die zu erbringenden Arbeitsleistungen bei Beschäftigungsunternehmen ein Arbeitsentgelt in Form von mitunter „Stipendien“ ausbezahlen. In wirtschaftlicher Betrachtungsweise wird der Rechtsträger quasi als „Arbeitskräfteüberlasser“ hinsichtlich der bisher Arbeitslosen und nunmehr an Beschäftigungsunternehmen weitervermittelten Arbeitskräfte tätig; sodass die an nunmehr beschäftigte Arbeitnehmer ausbezahlten „Stipendien“ als Arbeitsentgelt und damit als kommunalsteuerpflichtiger Arbeitslohn gewertet werden könnten.

4.2. Verrechnungskontoentnahmen

Gesellschafter-Geschäftsführer entnehmen häufig Entgeltzahlungen aus dem Verrechnungskonto und deklarieren sie als nicht steuerbare Darlehensbeträge; es handelt sich dabei grundsätzlich um keine Gehaltsvorauszahlungen, weil die Rückzahlung nicht am nächsten Kalendermonat erfolgt und überdies für Gehaltsvorauszahlungen eine Kommunalsteuer entrichtet wird.

Ein Darlehen ist zumeist auszuschließen, weil

- Darlehensverträge einerseits als gebührenpflichtige Verträge bei der Finanzbehörde anzuzeigen sind und andererseits bei genannten Abgabenfällen kein entsprechendes Vertragswerk vorliegt und auch nicht beim Finanzamt zur Vergebühnung angezeigt wird (Darlehensverträge sind gemäß § 33 TP 8 GebG 1957 gebührenpflichtig),
- Darlehensverträge sind andererseits eindeutig vertragliche Vereinbarungen

über die Darlehenshöhe, Laufzeit und Fälligkeit von Tilgungsraten sowie Verzinsung, wobei in erwähnten Abgabenfällen weder solche Vertragsvereinbarungen formell geregelt, noch materiell praktiziert werden (in besagten Abgabenfällen werden lediglich Gesellschaftsbeschlüsse gefasst).

Nach § 21 Abs.1 BAO ist für die Beurteilung abgabenrechtlicher Fragen in wirtschaftlicher Betrachtungsweise der wahre wirtschaftliche Gehalt und nicht die äußere Erscheinungsform des Sachverhaltes bzw. die eigene rechtliche Bewertung durch den Steuerpflichtigen maßgebend.

Es ist daher zu prüfen:

- die bisherigen monatlichen Bezüge der Gesellschafter-Geschäftsführer,
- das Vorliegen eines gebührenpflichtigen formellen Darlehensvertrages mit den entsprechenden Kriterien über Darlehenshöhe, Fälligkeit, Verzinsung,
- die Verrechnung der angeblichen „Darlehensbeträge“ analog zu den bisherigen Gehaltszahlungen auf dem Verrechnungskonto,
- die Höhe der entnommenen „Darlehensbeträge“ und eine darlehensvertragsspezifische Rückzahlung.

4.3. Auslandstätigkeit

Bei großen Unternehmen werden zuweilen Topmanager bei aufrechtem Dienstverhältnis an Tochtergesellschaften ins Ausland entsandt, wobei ihre Bezüge vom Dienstgeber für den Zeitraum der Auslandsentsendung (Arbeitskräfteüberlassung) mitunter vorläufig ruhen, sie jedoch weiterhin in Österreich sozialversichert und lohnsteuerpflichtig sind. Die Arbeitslöhne werden in dieser Zeit der Arbeitskräfteüberlassung direkt von den Beschäftigerunternehmen, teilweise auf Arrangement eines weiteren Konzernunternehmens, dessen Produkte sie im Ausland bewerben, entrichtet. Diese Auslandsbezüge mit allfällig weiteren Bonuszahlungen sind ebenfalls in die Kommunalsteuerbemessungsgrundlage einzubeziehen, weil

- in wirtschaftlicher Betrachtungsweise es sich um einen Fall der Arbeitskräfteüberlassung handelt und daher die Auslandsbezüge in vollem Einvernehmen

- mit dem Arbeitgeber den entsandten, überlassenen Dienstnehmern zufließen,
- lediglich aus Gründen der Vereinfachung bei der Abwicklung vom üblichen Weg im Zusammenhang mit der Arbeitskräfteüberlassung, dass nämlich der Arbeitgeber die Arbeitslöhne ausbezahlt und vom Beschäftigerunternehmen refundiert erhält, abgewichen wird, um kostenaufwändige Auslandsüberweisungen zu vermeiden,
 - nach herrschender Rechtsprechung die Regelung des § 25 Abs. 1 Z. 1 EStG 1988 eine sehr weite ist und auch Leistungen erfasst, die den Arbeitnehmern unmittelbar im Wege dritter Personen zukommen, wenn sie nur ihre Wurzeln in dem Dienstverhältnis haben (VwGH-Erkenntnis vom 8.11.1983, Zl. 83/14/0108),
 - weshalb im Hinblick auf das weiter bestehende Arbeitsverhältnis, die Arbeitskräfteüberlassung auf Wunsch des Arbeitgebers und das Zufließen der Auslandsbezüge aufgrund einer vertraglichen Regelung bzw. im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber, diese Arbeitslöhne einer Kommunalsteuerpflicht in Österreich unterliegen können,
 - vor allem aber auch Sachbezüge, wie Dienstwohnung bzw. Dienstwagen im Ausland, ebenfalls in die Bemessungsgrundlage miteinzubeziehen sind, wenn sie als Teil des gesamten „Arbeitsüberlassungspaketes“ gesehen werden können und auf dem „Arbeitsvertrag“ und nicht einem gesonderten „Werkvertrag“ beruhen.

4.4. Kommanditisten-Bezüge

Gemäß § 23 Z. 2 EStG 1988 zählen zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb unter anderem die Gewinnanteile der Gesellschafter von Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen sind, insbesondere bei offenen Gesellschaften oder Kommanditgesellschaften. Für Mitunternehmer, wie Kommanditisten, normiert § 23 Z. 2 EStG 1988, dass Vergütungen für die Tätigkeit der Kommanditisten im Dienste der Mitunternehmerschaft grundsätzlich als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu erfassen sind, selbst wenn das Rechtsverhältnis,

aufgrund dessen ein Kommanditist gegenüber der Mitunternehmerschaft (Kommanditgesellschaft) tätig wird, zivilrechtlich als Arbeitsverhältnis anzusehen ist (VwGH-Erkenntnis vom 11.9.1997, Zl. 97/15/0128).

Bezüge von Kommanditisten könnten nur dann in die Bemessungsgrundlage für die Kommunalsteuer miteinbezogen werden, wenn beispielhaft

- die Vertragsregelung und entgeltliche Arbeitsleistung des Kommanditisten nicht der eines Mitunternehmers bzw. der vom Regelstatut des Handelsgesetzbuches vorgegebenen Position entspricht,
- eine typische, lediglich der Form nach als Kommanditisten geführte Arbeitskraft primär (ausschließlich) Arbeitsleistungen erbringt und nicht die selbstständige Tätigkeit und Funktion eines Kommanditisten erfüllt (VwGH-Erkenntnis vom 30.9.2009, Zl. 2004/13/0158),
- die Kommanditgesellschaft als Scheingesellschaft eingerichtet wurde, um beispielsweise ausländische Arbeitskräfte im Wege der Kommanditgesellschaft als „Kommanditisten“ am österreichischen Arbeitsmarkt beschäftigen zu können.

4.5. Firmenentgelte

Firmeninhaber von protokollierten oder nicht protokollierten Einzelfirmen stellen häufig ihre Dienste gegen Entgelt an Unternehmen zur Verfügung. Dabei handelt es sich jedoch in wirtschaftlicher Betrachtungsweise mitunter um eine Art von Arbeitsverhältnis mit seinen typischen Kriterien wie Arbeitsleistung, Arbeitsentlohnung, Weisungsgebundenheit und um keinen Werkvertrag, zumal

- diese Firmeninhaber nicht einen größeren Kundenkreis haben, sondern sich zumeist (größtenteils) nur gegenüber *einem* Unternehmer zur Arbeitsleistung verpflichten,
- ihre Arbeitsleistung gegen eine Entgeltleistung zumeist analog zu Tarifsätzen üblicher Arbeitnehmer erbringen,
- damit die zugeflossenen Entgeltleistungen kommunalsteuerpflichtig sein können, sofern ein Rechtsverhältnis nahe einem Arbeitsverhältnis vorliegt.

4.6. Funktionsentgelte

Sofern bei Kapitalgesellschaften sogenannte „Funktionsgeschäftsführer“ beschäftigt werden und Funktionszulagen erhalten würden, wäre diese ebenfalls kommunalsteuerpflichtig, wenn

- vom „Funktionsgeschäftsführer“ regelmäßige Arbeitsleistungen analog einem Geschäftsführer erbracht werden,
- dem „Funktionsgeschäftsführer“ für diese Arbeitsleistungen entsprechende Funktionszulagen regelmäßig gewährt würden.

4.7. Patententgelte

Sofern Arbeitnehmer im Rahmen ihrer Arbeitsverträge Arbeitsleistungen verbunden mit Erfindungen erbringen und aufgrund des Patentrechtes einen Rechtsanspruch auf höhere Arbeitslöhne entsprechend ihrer Arbeitsleistung (Erfindungen) haben, sind diese zusätzlichen Entgeltbezüge im Rahmen bzw. aufgrund ihres Arbeitsverhältnisses kommunalsteuerpflichtig.

Resümee

Die wenigen dargestellten Beispiele zeigen ganz deutlich, dass der Begriff „kommunalsteuerpflichtiger Arbeitslohn“ weit über die herkömmlichen Arbeitslöhne im Rahmen eines Dienstverhältnisses hinausgeht und in der Praxis zahlreiche Gestaltungsformen entwickelt wurden, welche jedoch eine Kommunalsteuerpflicht der Entgeltleistungen rechtfertigen können.

Wesentlich für die rechtliche Beurteilung der Kommunalsteuerpflicht von Entgeltbezügen aus Arbeitsleistungen ist nicht ihre zivilrechtliche Bezeichnung, sondern ihre wirtschaftliche Bedeutung für die Arbeitsleistungen erbringende Personen.

Von wesentlicher rechtlicher Relevanz ist aber auch, dass ein rechtlicher Konnex zwischen Unternehmer (Arbeitgeber) und den Personen, welche entgeltlich Arbeitsleistungen erbringen, gegeben ist.

*Dr. Peter Mühlberger,
Leiter Finanzrecht und
Rechtsmittelverfahren,
Magistrat Linz*

Auch für Ihre freie Fahrt gilt: alles eine Frage der richtigen Technik.

**Antworten von Siemens bringen den Verkehr zum Fließen.
Und die Umwelt zum Blühen.**

Zeit, die man im Stau steht, kann man besser nützen: z. B. Freunde treffen oder ins Kino gehen. Verkehrsverzögerungen belasten aber nicht nur Zeit und Nerven der Verkehrsteilnehmer, sondern auch die Umwelt.



Der Verkehrsrechner Sitraffic Scala
in der Wiener Rossauer Kaserne:
für fließenden Verkehr und weniger
Schadstoffausstoß.

Der Siemens Verkehrsrechner in der Magistratsabteilung 33 der Stadt Wien hat ein Auge darauf. Zur verkehrsabhängigen Steuerung der „Grünen Welle“ an Ampeln unterstützt er die Umsetzung von Steue-

rungs-, Lenkungs-, Leit- und Informationsstrategien für den Wiener Verkehr. 70 zentral gesteuerte digitale Video-Verkehrsbeobachtungsanlagen geben der Polizei einen Blick auf das Verkehrsgeschehen und lassen sie gezielt eingreifen. Für fließenden Verkehr und weniger Umweltbelastung. Vom Verkehrsrechner profitieren auch die Wiener Linien: sie schalten sich an vielen Ampeln die Grünphasen nach Bedarf. Und die Radfahrer: Ihnen wird ein sicheres Queren der Straßen ermöglicht. Darüber hinaus werden zukunftsreiche Mobilitätsplattformen wie z. B. ITS Vienna Region mit Daten gespeist.

Das weltweit größer werdende Verkehrsaufkommen nachhaltig zu bewältigen, sollte für alle zu den dringlichsten Aufgaben zählen. Auf unserer „To-Do-List“ steht sie deshalb täglich. Und zwar ganz oben.



Jetzt kommt Bewegung rein

Entspannt reisen ist gut fürs Business.

Die ÖBB Business Class macht Arbeit zum Vergnügen!



ÖBB Business Class um € 15,-*: individuell verstellbare Ledersitze, Steckdose an jedem Sitzplatz, Begrüßungsgetränk, Zeitungsservice, Am Platz-Service und Sitzplatzreservierung inklusive



Modernste Ausstattung – im railjet und den Fernreisezügen der ÖBB



Beste Verbindungen – im ÖBB Bahnnetz und über die Grenzen hinaus



In neuer ÖBB-Bestzeit von Wien nach Salzburg: ab jetzt in nur 2:22 Stunden

Informationen an allen ÖBB-Personenkassen, direkt im Zug oder auf oebb.at

